

BACHELORARBEIT

Der Einsatz von Frames in der Berichterstattung über das Gebäudeenergiegesetz von Medien der Axel Springer SE

vorgelegt am 01. Oktober 2024
Niels Breiholdt

Matrikelnummer: XXXXXXXXXX

1. Prüfer: Prof. phil. Hannah Früh
2. Prüfer: Ebru Tongar

**HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE
WISSENSCHAFTEN HAMBURG**

Department Information und Medienkommunikation
Finkenau 35
22081 Hamburg

Niels Breiholdt
Der Einsatz von Frames in
der Berichterstattung über das Gebäudeenergiegesetz
von Medien der Axel Springer SE

Bachelorarbeit eingereicht im Rahmen einer Bachelorprüfung

Im Studiengang Medien & Kommunikation

Am Department Information und Medienkommunikation

der Fakultät Design, Medien und Information

der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Erstprüfer: Prof. phil. Hannah Früh

Zweitprüfer: Ebru Tongar

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht die Berichterstattung verschiedener Medien der Axel Springer SE zur Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes 2023. Dabei liegt der Fokus auf der Identifizierung von Frames mittels qualitativer Inhaltsanalyse. Die politische-, mediale- und gesellschaftliche Debatte über die GEG-Novelle zeichnete sich vor allem durch ihre Unübersichtlichkeit aus. Die Identifizierung von Frames und ihre Veränderung im Laufe der Debatte, kann dabei helfen, die Geschehnisse und Betrachtungsweisen in einen größeren Kontext einzuordnen. Der Beginn der medialen Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung mit der GEG-Novelle wird der Veröffentlichung eines BILD-Artikels am 28. Februar 2023 zugeschrieben. Um dies zu überprüfen und einen möglichst weiten Blickwinkel auf die Debatte zu ermöglichen, erstreckt sich der Untersuchungszeitraum vom 30.01.2023 bis zum 05.11.2023. In diesem Zeitraum wurde eine intensive Berichterstattung der untersuchten Medien beobachtet. Im Rahmen der Untersuchung wurden mehrere dominante Frames identifiziert. Diese befassen sich mit dem finanziellen und anderweitigen Aufwand für Bürger, der sich aus den Vorschriften der GEG-Novelle ergibt, dem möglichen Verlust, den ein solcher Aufwand bedeuten kann, die Streitigkeiten der Regierungsparteien und den Grünen bzw. Robert Habeck, die den Bürgern Klimaschutzmaßnahmen aufzwingen wollen. Aus der Untersuchung leiten sich mögliche Framing-Effekte ab, die im Rahmen weiterer Studien intensiver untersucht werden könnten.

Schlüsselbegriffe: Axel Springer SE, GEG-Novelle, BILD, Frames

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Forschungsfrage & Hypothesen	8
3. Theoretische Grundlage	9
3.1 Frames.....	9
3.2 Framing.....	10
3.3 Framing-Effekte.....	11
4. Forschungsstandes	14
4.1 Zusammenfassung des Forschungsstands.....	18
5. Begrifflichkeiten	19
5.1 Gebäudeenergiegesetz.....	19
5.2 Klimaschutzziele.....	20
5.3 Axel Springer SE.....	21
6. Chronologie der GEG-Debatte	22
7. Medienauswahl	26
7.1 BILD.....	27
7.2 WELT.....	28
7.3 B.Z.....	28
8. Methodisches Vorgehen	29
8.1 Auswahl des Untersuchungszeitraums.....	29
8.2 Auswahl der Artikel.....	29

8.3 Suchbegriffe.....	30
8.4 Auswahl der Stichproben.....	30
8.5 Qualitative Inhaltsanalyse.....	32
8.6 Vor- und Nachteile der qualitativen Inhaltsanalyse.....	34
9. Auswertung.....	35
10. Fazit.....	51
10.1 Mögliche Framing-Effekte.....	53
11. Diskussion.....	54
Literaturverzeichnis.....	57
Anhang.....	60

1. Einleitung

Ist uns der Klimaschutz zu teuer? Diese Frage wirft die hitzige politische und gesellschaftliche Debatte über die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes auf. Wenige Gesetzesvorhaben wurden so heftig diskutiert und politisch ausgefochten. Dabei beobachtete und beurteilte die Medienlandschaft sehr genau die politischen Entscheidungsträger. In diesem Zusammenhang fällten sie währenddessen und im Nachhinein Urteile über die Geschehnisse und Akteure. Gut ein Jahr später gibt es allerdings wenige Analysen über die Arbeit der Medien zu dieser Zeit. Eingeläutet wurde die mediale Debatte mit dem BILD-Artikel vom 28. Februar, dessen Schlagzeile reißerisch verkündete: „SCHON AB 2024! Habeck will Öl- und Gasheizungen verbieten“. In dem dazugehörigen Artikel, unter der Überschrift: „Der Habeck-Hammer für unsere Heizungen“ berichtete die BILD über einen Gesetzesentwurf, aus dem hervorging, dass ab dem 01. Januar 2024 nur noch Heizungen eingebaut werden dürften, die zur Wärmeerzeugung mindestens zu 65 Prozent erneuerbare Energien verwenden (Schäfer, 2023). Bei besagtem Gesetzesentwurf handelte es sich um einen Entwurf zur Novellierung des 2020 verabschiedeten Gebäudeenergiegesetzes (GEG).

Obwohl die Koalitionsparteien der Bundesregierung bereits in ihrem 2020 verabschiedeten Koalitionsvertrag, eine entsprechende Novellierung für Januar 2025 festlegten und es im Vorfeld vereinzelte Berichterstattungen der WELT, zu Plänen der Regierung, einer vorzeitigen Umsetzung, zum Januar 2024 gab (Wetzel, 2022; Fabricius, 2024), erhielt der Gesetzesentwurf erst nach der Veröffentlichung des BILD-Artikels größere mediale Aufmerksamkeit.

Dabei war der Gesetzesentwurf weder zum Zeitpunkt des veröffentlichten WELT-Artikels im Dezember 2022 noch zum Zeitpunkt des BILD-Artikels im Februar 2023, öffentlich zugänglich. Da die BILD in ihrem Artikel darauf verwies, dass ihr der Entwurf vorläge (Schäfer, 2023), wurde angenommen, dass der Entwurf an die Redaktion der BILD geleakt wurde. Allerdings konnte während der Recherche für diese Arbeit festgestellt werden, dass die WELT bereits am 24. Februar zwei Artikel zum Gesetzesentwurf veröffentlichte, von denen einer explizit Bezug auf den Entwurf nimmt und daraus zitiert. Daher ist anzunehmen, dass der geleakte Entwurf der WELT-Redaktion vorlag, bevor die BILD-Redaktion darüber verfügte. Nichtsdestotrotz stieg das mediale

Interesse an dem Entwurf erst nach der Veröffentlichung durch die BILD. Diese platzierte das Thema mit einer großen Schlagzeile auf der Titelseite.

Die anschließende mediale und gesellschaftliche Debatte über die Ausgestaltung des Entwurfs und die Kompetenz seiner Urheber, entwickelte sich bis zu seiner Verabschiedung durch den Bundesrat am 29. September 2023, zu einer ausgewachsenen Regierungskrise. Das die Debatte solche Ausmaße annahm, kann teilweise der mangelnden Kommunikation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zugeschrieben werden (Jost et al., 2024), aber welche Rolle die Medien in dieser Debatte spielten, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch weitestgehend unerforscht.

Abgesehen von Jost, Mack und Hillje (2024), die sich im Auftrag des Progressiven Zentrums mit der Medienberichterstattung über die GEG-Novelle befassten, gibt es keine Studien, welche die Berichterstattung der Medien, zu diesem Thema, untersuchen. Die Autoren der Studie, stellen der deutschen Medienlandschaft grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus. Hiervon ausgenommen wird allerdings, neben zwei, am rechten Rand des politischen Spektrums zu verordnende Nachrichtenanbieter, auch die BILD. Diese soll in den untersuchten Beiträgen, zu fast einem Drittel, irreführende Aussagen getroffen haben (Jost et al., 2024).

Das Deutschlands größte überregionale Zeitung irreführende Inhalte verbreitet haben soll, während sich ein repräsentativer Teil der restlichen Medienlandschaft nicht mit diesem Vorwurf konfrontiert sieht, macht stutzig. Um die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Medienberichterstattung zur GEG-Novelle zu erweitern, befasst sich diese Arbeit mit dem Framing ausgewählter Medien.

Dabei soll anhand von Medien-Frames festgestellt werden, ob die BILD versucht hat den öffentlichen und politischen Diskurs in einer Weise zu rahmen, die Druck auf die Entscheidungsträger ausübt. Außerdem wird eine mögliche Veränderung der Medien-Frames im Laufe des Untersuchungszeitraums untersucht.

Weil es sich bei der BILD nicht nur um die größte überregionale Zeitung Deutschlands handelt, sondern sie auch das einzige Medium der Axel Springer SE in der Untersuchung von Jost, Mack und Hillje ist, werden zusätzlich auch die B.Z. und die WELT in diese Untersuchung mit einbezogen. So wird nicht nur die breiteste mögliche Spanne von überregional bis regional und von Qualitäts- zu Boulevardjournalismus abgedeckt, die das Verlagshaus in Deutschland bietet, sondern auch die Haltung des Verlags zu

diesem Thema insgesamt betrachtet. Zwar wurden die Redaktionen der Berliner Regionalausgabe von BILD und die Redaktion der B.Z., im Jahr 2013, zusammengelegt, jedoch veröffentlichen beide Publikationen nicht zwangsweise die exakt selben Inhalte zur selben Zeit, so dass keine der beiden Zeitungen eine Kopie der jeweils anderen darstellt. So betonte die Axel-Springer SE in einer Pressemitteilung, dass beide Titel ihre publizistische Unabhängigkeit behalten. Aus diesem Grund und weil sie die älteste Berliner Regionalzeitung ist, stellt die B.Z. eine geeignete Erweiterung für den Pool an zu untersuchenden Medien dar.

Da die Ausrichtung der Axel Springer SE als Verlag insgesamt als konservativ bezeichnet werden kann, was sich wiederum aus den Publikationen der von ihr veröffentlichten Medien ergibt (Kruip, 2009), sind zwar ähnliche Standpunkte in Bezug auf die Novelisierung des GEG zu erwarten. Allerdings kann die Identifizierung von Frames, die sich Medienübergreifend wiederfinden lassen, ein Anhaltspunkt für die Beurteilung der Berichterstattung aus dem Hause Axel Springer sein.

Die Identifizierung von Frames eignet sich besonders gut, um den Versuch der Einflussnahme auf die Rezipienten darzustellen, da sie den Rahmen vorgeben, in welchem über ein bestimmtes Thema nachgedacht wird. Diese Erkenntnis stammt von Scheufele, der Frames als spezifische Perspektiven beschreibt, die Medien nutzen, um politische Themen darzustellen. Sie sind ein elementares Instrument, um die Deutungshoheit über ein Thema im medialen Diskurs zu gewinnen, weil sie einen Rahmen darstellen, in dem manche Aspekte stärker beleuchtet werden, während andere weniger oder gar keine Aufmerksamkeit erhalten (Matthes & Kohring, 2004). Durch diese Gewichtung kann Einfluss auf die Bewertung der Rezipienten genommen werden.

Um eine Einschätzung über die Darstellung der GEG-Novelle in bestimmten Medien der Axel Springer SE vornehmen und Medien-Frames identifizieren zu können, bedient sich diese Arbeit einer qualitativen Inhaltsanalyse. Diese dient dazu, in der Berichterstattung enthaltene Frames, induktiv zu identifizieren. Das Kategoriensystem wird hierbei aus Entmans Definition von Frames abgeleitet. Auf diese wird im weiteren Verlauf der Arbeit genauer eingegangen.

Die Strukturierung der Arbeit ergibt sich wie folgt:

Als erstes wird die genaue Forschungsfrage, mit entsprechenden Hypothesen, die bei der Beantwortung der Forschungsfrage helfen sollen, formuliert. Anschließend wird die theoretische Grundlage festgelegt. Danach wird der Forschungsstand zum Thema Framing dargelegt. Als nächstes werden, zum besseren Verständnis dieser Arbeit, wichtige Begriffe erklärt. Im Anschluss wird eine zeitliche Chronologie der wichtigsten Ereignisse im Verlauf der Debatte zusammengestellt, die zu untersuchenden Medien vorgestellt und die Medienauswahl begründet. Danach wird die methodische Vorgehensweise erklärt und die Ergebnisse der Auswertung vorgestellt. Zuletzt werden die Ergebnisse in einem Diskussionsteil diskutiert und ihre Bedeutung für die bestehende, als auch zukünftige Forschung dargestellt, bevor abschließend ein Fazit gezogen wird.

2. Forschungsfrage & Hypothesen

Welche Frames wurden in der Berichterstattung zur GEG-Novelle, von Medien der Axel Springer SE verwendet und wie haben sich diese im Lauf, der medialen Debatte verändert?

H1: Wenn Probleme thematisiert werden, die sich aus der GEG-Novelle ergeben, dann werden die Grünen als Partei für diese Probleme verantwortlich gemacht.

H2: Wenn ein dominanter Frame in einem Medium von einer Kalenderwoche auf die nächste, von einem anderen abgelöst wird, passiert dasselbe auch in den beiden anderen Medien.

H3: Wenn die GEG-Novelle zu Beginn thematisiert wird, dann konzentriert sich das Framing vornehmlich auf die damit verbundenen Kosten.

H4: Wenn die GEG-Novelle in der Mitte des Untersuchungszeitraums thematisiert wird, dann konzentriert sich das Framing vornehmlich auf die Uneinigkeit der Regierung.

H5: Wenn die GEG-Novelle zum Ende thematisiert wird, dann konzentriert sich das Framing vornehmlich darauf, wie schnell die Regierung die Novelle im Bundestag verabschieden möchte.

3. Theoretische Grundlage

3.1 Frames

Der Begriff „Frame“ wird in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten unterschiedlich definiert. Laut Goffman (1974) sind Frames „Schemata der Interpretation“, die Menschen nutzen, um Ereignisse in ihrem Umfeld zu strukturieren und zu verstehen, um so bestimmen zu können, „was vor sich geht“ und wie sie darauf reagieren sollen. Auch Van Gorp (2007) beschreibt Frames als Instrument, das Menschen nutzen, um die Komplexität der Welt zu reduzieren und ihre Umwelt verständlicher zu machen. Allerdings geht Van Gorp (2007) nicht nur von einer kognitiven Funktion von Frames aus, sondern betont deren kulturelle Einbettung. Er argumentiert, dass Frames nicht nur individuelle Interpretationsmuster sind, sondern auch kollektiv, kulturell geprägte Strukturen, die bestimmte Sichtweisen fördern, während sie andere unterdrücken.

Scheufele (D. A. Scheufele, 1999) bezieht seine Definition von Frames direkt auf die praktische Verwendung durch die Medien. So sind Frames laut Scheufele spezifische Perspektiven, die Medien nutzen, um politische Themen darzustellen. Ebenso Matthes und Kohring die Frames als Muster von Selektion und Salienz verstehen, das bestimmte Aspekte einer wahrgenommenen Realität in Medienberichten hervorhebt und andere Aspekte vernachlässigt (Matthes & Kohring, 2004).

Entman (1993) definiert Frames als ausgewählte Aspekte einer Realität, die in einer Kommunikation hervorgehoben werden, um eine bestimmte Interpretation zu fördern. Dabei besteht ein Frame laut Entman aus einer Problemdefinition, einer Ursachenzuschreibung, einer moralischen Bewertung und einer Handlungsempfehlung.

“To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described.”

Frames können also zum einen als ein unbewusst genutztes, kognitives Instrument von Menschen betrachtet werden, welches diese benötigen um die Ereignisse um sie

herum einordnen und bewerten zu können. Zum anderen können sie ein Mittel sein, dessen sich Journalisten, bewusst oder unbewusst, bedienen, um Ereignisse oder Themen einzuordnen. Damit setzen diese wiederum einen Rahmen für die Einordnung oder Bewertung der Rezipienten und können so, wie zuvor ausgeführt, bewusst oder unbewusst, Einfluss auf die Meinung der Rezipienten nehmen.

In der Medienforschung kann zwischen vielen verschiedenen Frames unterschieden werden. Dabei sind die Abgrenzungen meist nicht trennscharf, so dass sich manche Frame-Arten aus mehreren anderen Frame-Arten zusammensetzen können. Ein Beispiel hierfür sind Medien-Frames, welche mit Hilfe von Entmans Definition, untersucht werden können. Dabei können Medien-Frames, je nach Art des gewählten Kommunikationsmittels auch unterschieden werden zwischen auditiven-, visuellen-, audiovisuellen- und textuellen-Frames. Eine weitere Unterscheidung ist die von thematischen- und episodischen Frames. Während thematische Frames eine umfangreiche Hintergrundberichterstattung zu einem bestimmten Thema darstellen, konzentrieren sich episodische Frames auf die Perspektive eines einzelnen Akteurs. Dabei wird bei beiden der Fokus entweder auf Konflikte oder Personen gelegt, während der eigentliche Inhalt in den Hintergrund rückt (Iyengar, 1991).

Für die vorliegende Arbeit, werden, auf Grund der Medienauswahl, textuelle Medien-Frames untersucht. Zwar bedient sich vor allem die BILD einer starken Bildsprache, diese wird aber aus Gründen der Vergleichbarkeit, in dieser Arbeit nicht berücksichtigt. Als theoretische und operative Grundlage zur Identifizierung von Frames dient in dieser Arbeit, wie in vielen anderen wissenschaftlichen Arbeiten, der Framing-Ansatz von Entman.

3.2 Framing

Framing beschreibt den Prozess, in dem die Frames geschaffen und kommuniziert werden. Tversky und Kahnemann (1981) definieren Framing als Prozess, durch den die Entscheidungen von Menschen beeinflusst werden, indem ein Problem auf eine bestimmte Art und Weise präsentiert wird.

Weniger direkt formuliert es Iyengar (1991), der es als mediale Praxis beschreibt, durch die Ursachen und Verantwortlichkeiten für politische Probleme mithilfe von spezifischen Darstellungen betont werden. Noch etwas allgemeiner formulieren es Chong und Duckman (2007), die im Framing einen Prozess sehen, der dazu dient, bestimmte Aspekte eines Themas in den Vordergrund zu stellen, um eine bestimmte Reaktion hervorzurufen.

Scheufele (D. A. Scheufele, 1999) hingegen definiert Framing in Bezug auf die Nutzung durch die Medien, als Prozess, mit dem diese und andere Akteure Bedeutung konstruieren und damit die Wahrnehmung und Interpretation beeinflussen. Ähnlich formulieren es auch Nelson, Clawson und Oxley (1997) die es als Prozess beschreiben, durch den die Medien die Bedeutung eines Themas durch spezifische Darstellung beeinflussen.

Der Einsatz von Frames durch Medien, wird von Entman (1993) als Weg beschrieben, wie diese durch die Hervorhebung bestimmter Problemdefinitionen, kausaler Zusammenhänge, moralischer Bewertungen und Handlungsaufforderungen, Einfluss auf die öffentliche Meinung ausüben können. Zwar können Medien nicht bestimmen, welche Meinung die Rezipienten über ein bestimmtes Thema haben. Mit Hilfe von Framing, als Teil des Agenda-Settings, können diese aber Einfluss darauf nehmen, welche Themen überhaupt als wichtig erachtet werden und versuchen, den Rahmen vorzugeben, in dem über das jeweilige Thema nachgedacht wird (Entman, 1993). Wie zuvor bereits erwähnt die diese Definition in dieser Arbeit als theoretische und operative Grundlage.

Vereinfacht gesagt beschreibt Framing, in der Medienforschung, also den Einsatz von Frames als Mittel von Kommunikationsakteuren, zur bewussten oder unbewussten Einflussnahme auf die Meinungsbildung der Rezipienten.

3.3 Framing-Effekte

Framing-Effekte beschreiben die Auswirkungen von Framing auf Rezipienten. Diese Effekte lassen sich zum Beispiel in Bezug auf die Entscheidungsfindung von Rezipienten untersuchen. So stellten Tversky & Kahneman (1981) fest, dass Menschen Maßnahmen bevorzugen, die ein Risiko vollständig eliminieren, anstatt es es nur zu

reduzieren, selbst wenn die vollständige Eliminierung rational kaum zu rechtfertigen ist. Hierbei spricht man vom Sicherheits- und vom Pseudosicherheitseffekt. Der Sicherheitseffekt beschreibt die Bewertung von Rezipienten in Bezug auf ein zunächst als sicher eingestuftes Ereignis, wenn die Sicherheit des Ergebnisses reduziert wird. So wird die Reduzierung eines, als sicher angenommenen, Ereignisses als bedeutender empfunden als eine gleich große Reduzierung eines, nur als wahrscheinlich eingestuften Ereignisses. Der Pseudosicherheitseffekt ist die Neigung von Menschen, eine Option als attraktiver zu betrachten, wenn sie irrtümlicherweise glauben, dass diese eine höhere Sicherheit bietet. Die Darstellungsweise eines Risikos bzw. dessen Vermeidung, ist also ausschlaggebend für die Wahrnehmung, Bewertung und Entscheidung von Rezipienten. Dies fassen Tversky & Kahneman in ihrer Prospect-Theorie zusammen, welche besagt, dass Menschen Gewinne und Verluste unterschiedlich bewerten, was bei positivem Framing zu einer Risikoaversion und bei negativem Framing zu einer Risikofreude führt.

Levin, Schneider & Gaeth (I. Levin et al., 1998) betonen, dass das Verständnis der zugrundeliegenden Prozesse von Framing-Effekten trotz der zunehmenden Forschung begrenzt ist. In ihrer Arbeit zeigen die Autoren auf, dass es verschiedene Arten von Framing-Effekten gibt, die unterschiedliche Mechanismen und Konsequenzen haben. Dabei widmen sie sich dem risky choice framing, dem attribute framing und dem goal framing. Bei ihrer Erklärung des risky choice framings, beziehen sich die Autoren auf die Arbeit von Tversky & Kahneman (1981) und machen deutlich, dass es kaum möglich ist, die spezifische Wirkung von Framing auf die Informationsverarbeitung isoliert zu bestimmen. Zwar spielt auch beim attribute framing, die Darstellung von Informationen eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung und Beurteilung von Rezipienten, im Gegensatz zum risky choice framing, bezieht sich das attribute framing nur auf einzelne Merkmale anstatt auf die Wahl zwischen riskanten oder risikoarmen Optionen. So fanden Levin und Gaeth (1988), dass Rinderhack als besser schmeckend und weniger fettig bewertet wurde, wenn das Rinderhack als 75% "mager" anstatt als 25% "fett" beschrieben wurde.

Beim goal framing wird die Bewertung von Situationen oder Verhaltensweisen beeinflusst. Dabei liegt der Fokus auf der Effektivität von Gewinn- bzw. Verlust-Frames. Diese verfolgen zwar dasselbe Ziel, allerdings unterscheiden sie sich in der Betonung

von positiven bzw. negativen Aspekten, wodurch sie unterschiedlich starken Einfluss auf die Entscheidungen der Rezipienten haben. So zeigten Meyerowitz & Chaiken (1987), dass Frauen eher zur eigenen Untersuchung ihrer Brüste neigten, wenn die negativen Folgen des Unterlassens betont wurden, als wenn die positiven Folgen einer solchen Selbstuntersuchung hervorgehoben wurden.

Diese Unterschiede in den Reaktionen auf positives bzw. negatives Framing erklären Maheswaran & Meyers-Levy (1990) mit dem Grad an Engagement der Rezipienten. So ist negatives Framing bei Individuen wirksamer, die ein hohes Maß an Engagement für ein bestimmtes Thema aufweisen. Selbes gilt für die Wirksamkeit von positivem Framing und Individuen, die ein geringes Maß an Engagement aufweisen.

Chong & Druckman (2007) versuchen die psychologischen Mechanismen von Framing-Effekten zu erklären. Dabei identifizieren sie mehrere Faktoren, die gegeben sein müssen, damit Framing-Effekte auftreten können. Zum einen muss eine bestimmte Überlegung zu einem Thema im Gedächtnis des Rezipienten vorhanden sein. Dann muss diese Überlegung leicht abrufbar sein, was durch die kürzliche oder regelmäßige Konfrontation mit einem entsprechenden Frame, erreicht wird. Die Chancen, dass ein Frame Einfluss auf die Meinung eines Rezipienten hat, hängt dabei auch von seiner wahrgenommenen Relevanz ab. Die Meinungen von Rezipienten basieren auf verfügbaren Überzeugungen in ihrem Gedächtnis (Chong & Druckman, 2007). Anstelle von direkten Informationen, basieren starke Frames auf Symbolen, Ideologien und Heuristiken. Die Framing-Effekte hängen von der Stärke und Wiederholung, eines Frames, dem Wettbewerbsumfeld und individuellen Motivationen ab. Außerdem hängen Framing-Effekte auch von den Prädispositionen der Rezipienten ab. Beispielsweise sind Menschen mit starken Überzeugungen weniger empfänglich für Frames, die ihren Werten widersprechen. Allerdings laufen solche Menschen auch Gefahr neue Informationen, die ihrer Überzeugung entgegenstehen, vorschnell abzulehnen. Genauso aber beeinflussen die Quelle und der kulturelle Kontext die Wirkung eines Frames. Grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass Menschen im Laufe der Zeit widerstandsfähiger gegenüber einseitigen Frames werden, wenn sie mehr Informationen zu einem Thema erhalten.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Framing-Effekte durch Framing auftreten, wobei ihre Effektivität neben der Informationsquelle und dem kulturellen Kontext, vor allem vom Informationsstand und dem Bezug, den ein Rezipient zu dem jeweiligen Thema hat, abhängt.

4. Forschungsstand

Wie zu Beginn bereits beschrieben, gibt es zur Medienberichterstattung über die GEG-Novelle bislang keine Studien, bis auf die von Jost, Hillje und Mack.

Dennoch finden sich Studien zu Framing in den Medien, welche den Zweck und/oder die Auswirkungen auf Rezipienten untersuchen. Ergänzend hierzu sind für diese Arbeit auch Studien relevant, die sich mit dem Einfluss der Medien auf das Wahlverhalten und solche die sich mit der Medienberichterstattung über andere Gesetzesinitiativen befassen.

Was den Zweck und die Wirkungsweise von Framing angeht, ist in diesem Zusammenhang in jedem Fall Entman (1993) zu nennen, der erklärt, dass Framing die Auswahl und Betonung bestimmter Aspekte eines Ereignisses oder Themas und deren Verknüpfung beinhaltet, um so eine bestimmte Interpretationsweise zu fördern. Indem sie manche Aspekte stärker beleuchten, tragen Frames dazu bei, den Rahmen vorzugeben, in dem die Öffentlichkeit ein Thema wahrnimmt und versteht.

Ähnlich sieht es auch Scheufele (D. A. Scheufele, 1999), der Medien-Frames als Schemata beschreibt, die genutzt werden, um Informationen zu präsentieren und die Interpretation des Publikums zu führen, indem man manche Aspekte besonders betont während andere weggelassen werden.

Callaghan & Schnell (2001) beschreiben Framing durch die Medien als Reflektion und Intensivierung des elitären, politischen Diskurses, welche das Verständnis der Öffentlichkeit für die Einsätze und die Ergebnisse von politischen Entscheidungen formt. Daran anknüpfend erklärt Druckmann (2001) dass der Einfluss auf die Meinung der Öffentlichkeit, durch Framing von Eliten oder den Medien, maßgeblich von deren Glaubwürdigkeit und dem Maß an politischem Bewusstsein der Öffentlichkeit, abhängig ist.

In Bezug auf Forschung, die sich mit dem Framing konkreter Gesetzesvorhaben durch die Medien befassen, ist hier zum einen die Untersuchung der Medienberichterstattung über den Affordable Healthcare Act, von Paromita Pain (2022), zu nennen. Hierin verglich sie das Framing der New York Times, einem Mainstream-Medium und das Framing von AlterNet.org, einem alternativen Medium. Dabei stellte sie fest, dass beide Medien, zur Rahmung der Debatte, den Konflikt-Frame nutzten, welcher sich auf Streitigkeiten zwischen Einzelpersonen und Gruppen fokussierte, wodurch die inhaltliche Darstellung des Gesetzes in den Hintergrund rückte.

Zum anderen findet sich eine, von der Russel Sage Foundation und dem European University Institute Research Council, finanzierte Studie, in welcher die mediale Darstellung der Debatte um den Dodd-Frank Act von 2010, untersucht wurde (Culpepper & Lee, 2020). Dieser war eine Reaktion der Obama-Administration auf die Finanzkrise 2007/2008 und enthielt zahlreiche Regularien für Banken und den Finanzsektor. In der Untersuchung von Culpepper und Lee wurden die Auswirkungen von episodischem und thematischem Framing auf die Wahrnehmung der Rezipienten betrachtet. Dabei konzentrierte sich das episodische Framing auf individuelle Akteure, während sich das thematische Framing auf den strukturellen Kontext von Interessenskonflikten und Regularierungen fokussierte. Die Ergebnisse zeigten, dass episodisches Framing, welches sich durch die Darstellung von emotionalen und prägnanten Einzelbeispielen auszeichnet und so komplexe Themen vereinfacht, eher dazu führte, dass die Rezipienten die Banken für die Finanzkrise verantwortlich machten und eine stärkere Neigung für entsprechende Regularierungen aufzeigten, als das bei den Rezipienten der Fall war, die dem thematischen Framing ausgesetzt wurden.

Wenn Framing also Einfluss auf die Meinung der Öffentlichkeit hat und diese sich Gehör bei politisch Verantwortlichen verschafft, zum Beispiel durch Proteste und Demonstrationen, hat Framing auf diesem Weg auch indirekten Einfluss auf die Wahrnehmung politisch Verantwortlicher. Neben dieser indirekten Einflussnahme auf politisches Handeln, sind politische Entscheidungsträger durch ihren Konsum von Medien auch direkt mit Framing durch die Medien konfrontiert.

So befassen sich Russell, Dwidar, und Jones (Russell et al., 2016) im Rahmen ihrer Studie, in der sie Ansätze zur besseren Verknüpfung von Politik- und Kommunikationsstudien in Bezug auf die Agenda-Setting Forschung unterbreiten, mit dem Einfluss von Medienberichterstattung auf die gesellschaftliche und politische Agenda. Dabei beziehen sie sich unter anderem auf eine Studie, welche anhand von vier israelischen Wahlen, Priming-Effekte auf das Wahlverhalten von Individuen feststellte (Sheafer & Weimann, 2005). Eine andere aufgeführte Studie, die sich mit der Medienberichterstattung zum Referendum über die Einführung des Euros in Dänemark befasste, förderte Ergebnisse zu Tage, die nahelegen, dass, je sichtbarer das Thema in den Medien wurde, desto wichtiger wurde es in der Beurteilung der Kompetenz von Regierung, Premierminister und Opposition (de Vreese, 2004).

Melenhorst behandelt in ihrer Studie „*The Media's Role in Lawmaking: A Case Study Analysis*“, aus dem Jahr 2015, nicht nur die Frage, wie die mediale Aufmerksamkeit in Bezug auf ein bestimmtes Gesetz aussah, sondern auch, ob und wie die Berichterstattung der Medien, den Gesetzgebungsprozess beeinflussten. Dabei untersuchte sie Anhand einer Inhaltsanalyse sämtliche Artikel, aller nationalen Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehbeiträgen, sowie parlamentarischer Dokumente zu einem Gesetzesentwurf, der die Vergütung von hohen niederländischen Beamten im öffentlichen Sektor thematisiert.

Sie stellte zunächst fest, dass erst die intensive Medienberichterstattung dafür sorgte, dass die politischen Akteure zu hohe Gehälter von entsprechenden Beamten, weniger als Einzelfälle sondern zunehmend als strukturelles Phänomen wahrnahmen. Zudem fand sie heraus, dass die Berichterstattung, auch zur Bereitschaft der politischen Akteure beitrug, die Gehälter zu regulieren.

Dabei erwähnt Melenhorst einen Aspekt, der auch in der Studie „*Problemstellung: Medien und Entscheidungen von Funktionseleiten*“ von Viehmann (2020) eine wichtige Rolle spielt. In diesem Zusammenhang bezieht sich Melenhorst auf die Aussage eines Parlamentariers, der angab, dass auch Parteien, die dem Gesetzesvorhaben zuvor kritisch gegenüberstanden, schließlich ihren Zuspruch ausdrückten. Zum einen, weil das Vorhaben sowieso eine Mehrheit im Parlament gefunden hätte, aber auch, weil sie bei weiterem Widerstand, mögliche Berichterstattung fürchteten, in der sie als

selbstüchtig hätten dargestellt werden können, da sie in Teilen selbst Positionen innehatten, in denen sie von hohen Gehältern für hohe Beamte profitiert hätten. Dies stellt ein gutes Beispiel für Folgen von Medialisierung dar, welche politische Akteure dazu bewegen können, Entscheidungen an medialer Berichterstattung zu orientieren, um eine schlechte Berichterstattung zu vermeiden (Esser & Strömbäck, 2014). Diese findet sich auch in der zuvor genannten Studie von Viehmann (2020), welche den Einfluss von Medienberichterstattung auf Entscheidungen von Funktionseliten untersucht.

Der Medialisierungsansatz beschreibt, wie Medien zunehmend alle Bereiche des Lebens durchdringen und zu einem allgegenwärtigen Faktor für Akteure in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen werden (Esser & Strömbäck, 2014). Aus diesem Grund gewinnt auch die Medienlogik – also Regeln, Handlungsweisen und Normen der Medien – in anderen Bereichen immer mehr an Einfluss, was bedeutet, dass die zuvor etablierten Normen und Handlungsweisen anderer Institutionen verändert oder überlagert werden (Esser, 2013). Anders formuliert, wird der Entscheidungsprozess von Funktionseliten zunehmend von medialen Überlegungen beeinflusst (Brants & van Praag, 2017). Dabei variieren die Umgangsformen der Akteure mit der Medialisierung von ignorieren, über passives anpassen, bis hin zur aktiven Nutzung für eigene Zwecke. Die Medialisierung ist ein langfristiger und dynamischer Prozess, der nicht linear verläuft. So werden Medieninhalte zunehmend nach den Maßstäben des Mediensystems und weniger anhand der Bedürfnisse der Politik gestaltet (Esser & Strömbäck, 2014).

Die Randbedingungen der Medialisierung beeinflussen, laut Viehmann (2020), das Verhältnis zwischen Kommunikations- und Entscheidungshandeln, was wiederum eine strukturelle Veränderung der Entscheidungsprozesse zur Folge hat. Diese Randbedingungen sind Strukturen, Beziehungen oder Handlungen, welche den Einfluss von Medialisierung entweder verstärken oder vermindern können. Starke Vertrauensbande zwischen verschiedenen Akteuren eines politischen Netzwerks, können zum Beispiel Medieneinflüsse verringern, während eine intensive Berichterstattung zu außergewöhnlichen Ereignissen die Medialisierung einzelner Akteure begünstigt und verstärken kann (Viehmann, 2020).

Viehmann führt weiter aus, dass investigative Berichterstattung in manchen Fällen direkte Auswirkungen auf politische Entscheidungen hatte, was sie an einer Reihe von, in den 1980er Jahren, durchgeführten Experimenten fest macht (Leff et al., 1986; Protess et al., 1985 zit. nach Viehmann, 2020, S. 68). Die Entscheidung zwischen symbolischen Gesten und echten politischen Veränderungen durch Politiker hängt dabei stark von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der Intensität der Berichterstattung ab.

Besonders interessant bei der Betrachtung von Medieneinflüssen auf den Kernentscheidungsprozess von Funktionseliten sind vor allem die antizipatorischen Effekte. So beeinflusst häufig, allein die Erwartung künftiger Medienberichterstattung politische Entscheidungen. So treffen, laut Davis (2007; zit. nach Viehman, 2020, S.72), Parlamentarier Entscheidungen "mit zukünftigen Schlagzeilen im Kopf". Dies zeigt, dass Medien nicht nur rückblickend Einfluss nehmen, sondern bereits vorab das Verhalten politischer Akteure prägen können.

4.1 Zusammenfassung des Forschungsstandes

Wie zuvor ausgeführt, gibt es zahlreiche Studien, die den Einfluss der Medienberichterstattung auf die Meinung von Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern darlegen. Framing kann dabei als Mittel dienen, um manche Aspekte einer Debatte stärker zu betonen als andere und so dabei helfen, den Blickwinkel, aus dem ein Thema betrachtet wird vorzugeben. Dabei kann es als Instrument des Agenda-Settings oder für sich alleinstehend betrachtet und untersucht werden. Framing ist ein essenzielles Mittel, um die Deutungshoheit über ein bestimmtes Thema zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund spielt der Aspekt der Medialisierung eine wichtige Rolle. Ist die Deutungshoheit und damit der Rahmen, innerhalb dessen über ein bestimmtes Thema nachgedacht wird, erst einmal etabliert und Randbedingungen der Medialisierung vorhanden, welche Medieneinflüsse verstärken können, wie zum Beispiel eine intensive Berichterstattung, hat dies Auswirkungen auf die Entscheidungsprozesse politischer Entscheidungsträger. Das Handeln von politischen Entscheidungsträgern, ist also nicht nur Framing-Einflüssen ausgesetzt, welche die Sichtweise dieser Entscheidungsträger rahmen können, sondern, durch die Medialisierung, auch eigenen taktischen Abwägungen. So können Entscheidungen, die in den Medien als unpopulär

dargestellt werden, eine unterschiedlich intensive, negative Berichterstattung nach sich ziehen. Diese wiederum kann in der Abwägung der Wähler eine Rolle spielen, für wie geeignet sie den fraglichen Politiker halten, ein politisches Amt auszuüben oder weiterhin zu bekleiden. Vor diesem Hintergrund müssen politische Entscheidungsträger ihr Handeln in Bezug auf legislative Angelegenheiten abwägen. Auf diese Weise können Medien zwar nicht direkt, legislative Inhalte diktieren, aber dennoch Einfluss auf Umfang und das Gelingen oder Scheitern einer Gesetzesinitiative nehmen.

5. Begrifflichkeiten

5.1 Gebäudeenergiegesetz

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) trat am 01. November 2020 auf Betreiben der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Angela Merkel als Bundeskanzlerin, in Kraft. Es wurde im Zuge der Energiewende und der zunehmenden Fokussierung auf Klimaschutz im Gebäudesektor entwickelt. Dabei wurden diverse Verordnungen und Gesetze im Gebäudeenergiegesetz vereint und erweitert. Hierzu gehören die Energieeinsparverordnung (EnEV), das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) und das Energieeinsparungsgesetz (EnEG).

Neben der Zusammenfassung und Erweiterung der bisherigen Gesetze und Verordnungen zum Gebäudeenergiegesetz, gehört zur langfristigen Strategie zur Erreichung der Klimaziele auch die regelmäßige Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes. Mit der ersten Novellierung zum 01. Januar 2023, wurde unter anderem der Jahres-Primärenergiebedarf von Neubauten verschärft, der Pflichtanteil von erneuerbaren Energien zur Deckung des Wärmebedarfs erhöht und die Austauschpflicht für alte Heizungen erweitert.

Die umstrittene Novellierung zum 01. Januar 2024 sieht in ihrer finalen Fassung, neben anderen Erweiterungen, den verpflichtenden Einsatz erneuerbarer Energien, zu einem Anteil von mindestens 65%, beim Austausch der alten Heizung gegen eine neue vor. Außerdem beinhaltete sie die Verschärfung der Nachrüstpflichten von Altbauten, sowie die Anhebung der energetischen Mindestanforderungen für Neubauten, vor. Umstritten war die Novelle, weil mehrere Akteure im ursprünglichen Entwurf einen zu

drastischen Eingriff in die Freiheit von Immobilieneigentümern sahen, da dieser eine zu große Fokussierung auf die Wärmepumpe als einzig mögliche alternative zu alten Heizungen aufwies. Zwar handelte es sich zunächst nur um einen Entwurf des Wirtschafts- und Klimaministeriums, der dem Regierungskabinett weder vorlag noch von diesem verabschiedet worden war. Aber auf Grund der vorzeitigen Veröffentlichung durch die WELT und die BILD, wurde das gesellschaftliche Interesse und der damit einhergehende Druck so groß, dass die Regierung gezwungen war, sich, kurz nach der Veröffentlichung der BILD, unter Einbeziehung aller Regierungsparteien, mit dem Entwurf zu befassen und diesen auszuarbeiten.

5.2 Klimaschutzziele

Die Klimaschutzziele sind Teil der globalen Verpflichtung Deutschlands, im Rahmen des Pariser Klimaabkommens von 2016, welches darauf abzielt, die Erderwärmung auf maximal 2° Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Diese Erreichung dieser Ziele wurde, im 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetz, verbindlich geregelt. Hierzu wurden neben den Zielen auch entsprechende Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele im Klimaschutzgesetz festgelegt. Diese Maßnahmen wurden 2021 durch eine Novellierung des Gesetzes verschärft bzw. erweitert, nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom April 2021, das Klimaschutzgesetz für, in Teilen, verfassungswidrig erklärte. Dabei bemängelte das Gericht, dass Fehlen von klaren Reduktionsvorgaben für Treibhausgasemissionen nach 2030, woraus sich eine starke Benachteiligung für zukünftige Generationen ergeben könnte, da diese sich im Zweifel unverhältnismäßig stark einschränken müssten, um die Klimaziele erreichen zu können. Mit der Novellierung von 2021 wurden neben spezifischen Sektorvorgaben für die Emissionsziele nach 2030, auch die Verschärfung der Reduktionsziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen und Maßnahmen für den Übergang der Industrie zu klimaneutralen Produktionsprozessen, beschlossen.

5.3 Axel Springer SE

Die Axel Springer SE ist eines der größten Medienunternehmen Europas. In Deutschland ist die Axel Springer SE, vormals Axel Springer Media AG, vor allem für die Publikation ihres Aushängeschildes, BILD, bekannt. Seit den 1970er Jahren gilt die BILD als Auflagenstärkste Zeitung Deutschlands und ist dabei genauso umstritten wie

beliebt. Die kontroversen um die journalistische Qualität der Zeitung mag unter anderem an den, über zweihundert Rügen des Presserates, seit 1986, begründet liegen, was mehr als einem Viertel, aller jemals ausgesprochenen Rügen des Presserates entspricht.

Nach der Gründung des Axel Springer Verlags, 1946, veröffentlichte der Verlag zunächst kleinere Zeitschriften und Illustrierte, bis mit den "Hamburger Abendblatt", 1948 die erste Tageszeitung des Verlags erscheint. Nach der Errichtung eines Verlagshauses am heutigen Axel Springer-Platz, in Hamburg, erscheint 1952 zum ersten mal die BILD. IM Jahr 1953 erwirbt Axel Springer DIE WELT und die WELT am SONNTAG und steigt damit in den Qualitätsjournalismus ein. Springer legt 1959 den Grundstein für die neue Verlagszentrale in West-Berlin, welche 1966 eröffnet wird. Die Explosion zweier Bomben im Verlagshaus, 1972, markiert den Höhepunkt der Anfeindungen durch linke Gruppierungen und der Roten Armee Fraktion (RAF), die sich zu dem Anschlag bekannte.

Nachdem die BILD, 1972, eine Auflage von 5 Millionen erreichte, übernahm der Verlag 1985 die Berliner Morgenpost und B.Z. und wird damit zum führenden Verlagshaus in Berlin. Im selben Jahr stirbt der Verlagsgründer. Im darauffolgenden Jahr erscheint erstmals eine Ausgabe der AUTO BILD in Italien und der Verlag erwirbt den spanischen Verlag Sociedad Anonima de revistas, periodicos y Ediciones.

Bereits 1995 stellt der Verlag erste Online-Inhalte von WELT und BILD zur Verfügung und bündelt 2002 die Immobilienanzeigen seiner journalistischen Portale auf immo-net.de. Im weiteren Verlauf der 2000er und 2010er Jahre, baut der Verlag seine Position in der Online-Immobilienvermittlung aus, indem er nicht nur das französische Immobilienportal SeLogger.com übernimmt, sondern auch immowelt.de.

Außerdem verstärkt der Verlag seine Präsenz auf dem europäischen Markt, indem er seinem Angebot eine neue polnische Boulevardzeitung hinzufügt und die Mehrheitsanteile der Plattform Onet.pl erwirbt. Im weiteren Verlauf ändert der Verlag seine Rechtsform von einer AG (Aktiengesellschaft) zu einer SE (Societas Europaea), verkauft den Großteil seiner Regionalzeitungen und erwirbt 50 % des amerikanischen Nachrichtenanbieters POLITICO. Diese Schritte markieren die Neuausrichtung des

Verlagshauses hin zu einem internationale Medienunternehmen. Mit weiteren Übernahmen, wie der des Nachrichtensenders N24 und seiner Zusammenlegung mit WELT zu WELT TV, dem Erwerb von Mehrheitsanteilen am amerikanischen Wirtschafts- und Finanznachrichtendienstleisters BUSINESS INSIDER und der Veräußerung von 44,9 % der Geschäftsanteile an die amerikanische Beteiligungsgesellschaft KKR & Co. festigt das Unternehmen seine internationale Ausrichtung. Den größten Schritt in dieser, nicht nur europäischen, sondern internationalen Ausrichtung stellt die vollständige Übernahme von POLITICO, durch die Axel Springer SE dar. Diese bleibt auch bestehen, nachdem die Axel Springer SE und die Beteiligungsgesellschaft KKR & Co. Im September 2024 verkündeten, dass sie das Geschäft untereinander aufteilen würden. Dies war teil der ursprünglichen Vereinbarung vor Beginn der gemeinsamen Kooperation gewesen. Diese Aufteilung beinhaltet, dass KKR & Co. das Anzeigengeschäft der Axel Springer SE übernehmen und der Medienbetrieb wieder vollständig in die Hände der beiden größten Anteilseigner, Friede Springer und Matthias Döpfner, übergeht

6. Chronologie der GEG-Debatte

Februar 2023

Die Welt veröffentlichte am 24. Februar bereits zwei Artikel, die auf eine Novellierung des GEG zum 01. Januar 2024 hinweisen. Während der eine Artikel die anstehende Novellierung nur nachrangig, als Mittel der Bundesregierung zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045, behandelt, hat der andere Artikel die Novellierung zum Hauptthema und weist auf die Warnungen, nicht genannter, Immobilienverbände hin. Darin wird bereits explizit auf den Gesetzesentwurf verwiesen und Passagen daraus zitiert. Am 28. Februar veröffentlicht dann auch die BILD, mit einer Schlagzeile auf der ersten Seite, einen Artikel zum Gesetzesentwurf. Auf Grund der großen Aufmerksamkeit, welche die weitere Berichterstattung der BILD generierte, wird der Artikel vom 28. Februar gerne als Beginn der Debatte, durch den Leak des Gesetzesentwurfs an die BILD dargestellt. Allerdings ist wegen des Artikels vom 24. Februar in der WELT und den darin enthaltenen Zitaten aus dem Gesetzesentwurf, davon auszugehen, dass dieser zunächst an die WELT und erst danach an die BILD geleakt wurde. In jedem Fall ist der Beginn der medialen Auseinandersetzung damit auf den 24. Und nicht den 28. Februar zu datieren.

März 2023

Im Anschluss zur Veröffentlichung einzelner Auszüge, kritisieren zunächst die Opposition, Immobilien- und Energiewirtschaftsverbände, aber auch die Koalitionspartner des Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD, den Gesetzesentwurf. Hauptkritikpunkte waren dabei die Bevormundung der Bürger, der zeitliche Druck und die zu starke Ausrichtung auf die Wärmepumpe. Auf Grund der breiten Kritik tarfen die Parteien der Regierungskoalition Ende März zusammen, um den Gesetzesentwurf gemeinsam nachzubessern. Am Ende dieser Verhandlungen standen konkrete Übergangsfristen für den Heizungsaustausch, Ausnahmeregelungen und Fördermaßnahmen.

April 2023

Trotz der Einigung mit den Koalitionspartnern, Ende März, stimmte der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner von der FDP, dem Kabinettsbeschluss vom 19. April nur unter Vorbehalt zu. Auf dem Bundesparteitag der FDP am 21. April forderten dann die Delegierten, Christian Lindner dazu auf, den Gesetzesentwurf weiter nachzuverhandeln. In ihrem Beschluss forderten die Delegierten, den Fokus zur Emissionreduzierung auf den Emissionshandel mit einem Pro-Kopf Klimageld zu richten, Subventionierungen für innovative Gebäudetechnik, den Ausbau des Wärmenetzes und die Unterstützung von Städten und Gemeinden bei der kommunalen Wärmeplanung. Neben diesen inhaltlichen Uneinigkeiten wurde die Debatte um den Gesetzesentwurf, Ende April, auch in Bezug auf eine bestimmte Personalie geführt. Aus Medienberichten ging hervor, dass ein Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Umweltschutz, Patrick Graichen, seine freundschaftliche Beziehung zu einem der Kandidaten, bei der Wahl eines neuen Geschäftsführers für die Deutsche Energie Agentur (dena), nicht offengelegt hatte. Zwar fiel die Wahl nicht auf Graichens Freund, Michael Schäfer, und nach einer internen Untersuchung konnte ihm auch kein rechtliches Fehlverhalten vorgeworfen werden, der Vorwurf der Intransparenz blieb allerdings an Graichen hängen. Dieser wurde durch anschließende Medienberichte verstärkt, weil Graichens Schwester, im eng mit dem BMWK zusammenarbeitenden Öko-Institut tätig ist und ihr Mann ebenfalls einen Posten als Staatssekretär im BMWK innehat. Aus dieser Konstellation wurden in Medienberichten Vorwürfe der Vetternwirtschaft laut, was schlussendlich zu Graichens Entlassung führte.

Mai 2023

Während Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen darauf aus waren, den parlamentarischen Prozess zur Verabschiedung des Gesetzes, zu beschleunigen, kursierten in sozialen Medien und Medienberichten ein Fragenkatalog zur GEG-Novelle, von der FDP, welcher angeblich 101 Fragen umfasste. Die Beantwortung dieses Fragenkatalogs machte die FDP zur Bedingung für die Zustimmung. Obwohl der Fragenkatalog erst Ende Mai dem BMWK zugeing, mukierte, unter anderem der FDP Generalsekretär, Bijan Djir-Sarai, Mitte Mai, dass Robert Habeck, als zuständiger Minister, die Fragen noch nicht beantwortet habe, weshalb die weiteren Beratungen über das Gesetz, seitens der FDP noch nicht stattfinden könnten.

Juni 2023

Nachdem der Fragenkatalog Ende Mai dem BMWK zugeing und innerhalb von fünf Tagen beantwortet wurde, verhandelten die Regierungsparteien erneut. Mitte Juni geht der Gesetzesentwurf zur ersten Lesung in den Bundestag, allerdings handelt es sich dabei noch um den Entwurf aus April, da die nachverhandelten "Leitplanken" nicht schnell genug in den Entwurf eingearbeitet werden konnten. Gleichzeitig verhandeln die Regierungsparteien weiter über die finale Fassung des Gesetzes und erreichen am 27. Mai eine Einigung. Auch die Einarbeitung der ausgehandelten Änderungen geht vergleichsweise schnell vonstatten, so dass der finale Gesetzentwurf am 30. Juni vorliegt.

Juli 2023

Während die Regierung hofft, dass noch vor der anstehenden Sommerpause, im Bundestag über die GEG-Novelle abgestimmt werden kann, gibt das Bundesverfassungsgericht am 5. Juli bekannt, dass es den Eilantrag des CDU-Politikers, Thomas Heilmann, prüfen möchte. In diesem hatte Heilmann beklagt, dass der Opposition zu wenig Zeit eingeräumt worden sei, um die neusten Änderungen gewissenhaft zu prüfen und zu besprechen. Die Prüfung des Bundesverfassungsgerichtes bedeutet für die Regierung, dass der Gesetzestext nicht, wie erwartet, noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden kann. Während der Sommerpause werden immer wieder Stimmen aus der CDU/CSU laut, die verkündeten, dass bei einem Wahlsieg der nächsten Bundestagswahl, die GEG-Novelle wieder abgeschafft würde.

August 2023

Mit der parlamentarischen Sommerpause und dem damit einhergehenden Stillstand im Gesetzgebungsprozess, erlahmt neben der politischen Debatte um die GEG-Novelle auch die mediale Auseinandersetzung. Zwar thematisieren, wie bereits beschrieben, einzelne Politiker der CDU/CSU, die GEG-Novelle gelegentlich auf Wahlkampfveranstaltungen und einige Medien versuchen das Thema weiterhin intensive zu bespielen, allerdings eher in Artikeln, die sich inhaltlich mit anderen Themen befassen. Dabei werden der Gesetzesentwurf und der Gesetzgebungsprozess zu unterschiedlichsten Synonymen. Unter anderem dient es als Beispiel für die Uneinigkeit der Regierung, welche dafür Sorge, dass diese als unorganisiert und schwach wahrgenommen werde. Im Allgemeinen sinkt das mediale Interesse aber über die Sommerpause.

September 2023

Nach der Sommerpause, am 8. September, wird die GEG-Novelle durch den Bundestag beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt fährt auch das mediale Interesse an dem Thema kurzzeitig wieder hoch und begleitet sowohl die Verabschiedung durch den Bundestag als auch durch den Bundesrat.

Oktober 2023

In der politischen Debatte spielt die GEG-Novelle, nach der Verabschiedung, kaum noch eine Rolle und auch die Medienberichterstattung nimmt deutlich ab. Bis Mitte Oktober finden sich noch gelegentliche Veröffentlichungen zu dem Thema aber Ende Oktober tendiert die Berichterstattung gegen Null.

7. Medienauswahl

Das Forschungsinteresse an Medien der Axel Springer SE ergibt sich zum einen aus der Entwicklung des Verlages zu einem international operierenden Medienunternehmen und dem damit einhergehenden Zuwachs an Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Meinungsbildung. Zum anderen rückt die BILD, als bekannteste Publikation der Axel Springer SE, wegen den, über die Jahre konstant anhaltenden, Kontroversen bezüglich ihrer Berichterstattung, das Unternehmen in den Fokus des Autors.

Zudem wurde die BILD als einziges Medium der Axel Springer SE in der bisher einzigen Studie zur Medienberichterstattung über die GEG-Novelle berücksichtigt, weshalb ein Vergleich der verwendeten Interpretationsrahmen, eine Ergänzung zum bisherigen Forschungsstand liefern kann.

Da die BILD seit Jahrzehnten auch unter Politikern als wichtiges Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gilt, ist es von gesellschaftlichem und wissenschaftlichem Interesse zu untersuchen, ob es, trotz redaktioneller Trennung, Übereinstimmungen in der Art der Berichterstattung zwischen der BILD und anderen Publikationen des Unternehmens gibt. Das prominenteste Zitat eines Politikers in diesem Zusammenhang ist wohl das vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der 1999 verkündete: "Zum Regieren brauche ich nur BILD, BamS und Glotze". Wenn also das Unternehmen, das die Auflagenstärkste Tageszeitung Deutschlands vertreibt und die meistbesuchte Online-Plattform aller Nachrichtenanbieter betreibt, medienübergreifend Nachrichten verbreitet, die zu bestimmten Themen denselben, oder zumindest einen ähnlichen, Interpretationsrahmen ansetzen, ist der Einfluss dieses Unternehmens auf die öffentliche Meinung um ein Vielfaches größer, als die Verkaufs- und Zugriffszahlen von BILD bzw. Bild.de vermuten lassen.

So werden durch die unterschiedlichen Publikationen auch unterschiedliche Zielgruppen bedient. Zwar sprechen BILD und B.Z. auf Grund ihres Boulevard-Charakters ein ähnliches Publikum an, allerdings ist die Auflage der B.Z. im Vergleich zu der BILD Berlin-Brandenburg mehr als doppelt so groß. Als Traditionszeitung ist davon auszugehen, dass die B.Z. ein größeres Vertrauen bei den Berlinern genießt als zum Beispiel die BILD. Zumal der Großraum Berlin eine nicht unwesentliche politische Rolle spielt, da hier neben Landespolitischen Entscheidungen gleich zweier Bundesländer, auch Entscheidungen in der Bundespolitik getroffen werden. Die WELT ergänzt das deutsche Portfolio der Axel Springer SE, in dem sie Leser anspricht, die weniger an Boulevard- als an Qualitätsjournalismus interessiert sind. Allein dieser Umstand lässt vermuten, dass die Darstellungen des GEGs in der WELT deutlich differenzierter ausfallen als die der BILD oder B.Z.

BILD

Die BILD ist eine, 1952 vom Axel Springer Verlag ins Leben gerufene Boulevardzeitung, die in ihrer Darstellung von Nachrichten vor allem auf große Schlagzeilen und Bilder setzt, während die Artikel selbst eher kurz und prägnant gehalten sind. In der Berichterstattung liegt der Fokus, charakteristisch für Boulevardzeitungen, vor allem auf Sensationsjournalismus und der Emotionalisierung und Skandalisierung von Ereignissen. Seit den 1970er Jahren ist die BILD die größte Überregionale Tageszeitung Deutschlands, deren Auflage sich in 2023 auf fast eine Million Print-Exemplare belief. Als Vorreiter im Bereich der Digitalisierung, veröffentlichte die Axel Springer SE (damals noch Axel Springer AG) bereits 1995 erste Inhalte der BILD auf einer eigens dafür geschaffenen Internetplattform. Im Laufe der Jahre geriet die BILD, wegen ihrer polarisierenden und teilweise populistischen Berichterstattung immer wieder in die Kritik. Zudem ist die BILD bis heute die, durch den Presserat, am häufigsten gerügte Zeitung Deutschlands. Diese Rügen betreffen zumeist den Schutz der Persönlichkeit, doch auch Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht und Wahrhaftigkeit treten immer wieder auf. Neben der größten Auflage an Print-Exemplaren verzeichnet die Online-Ausgabe der BILD (Bild.de) auch die größten Zugriffszahlen im Vergleich zu allen anderen deutschen Tageszeitungen und Nachrichtenanbietern.

WELT

Die WELT ist eine 1946, von den britischen Besatzern, in Hamburg gegründete Tageszeitung, die 1953 an den Verleger, Axel Springer verkauft wurde. Dieser Kauf stellte für Axel Springer den Einstieg ins Geschäft des überregionalen Qualitätsjournalismus da. Bis dahin war die einzige Publikation von Axel Springer, die man als Qualitätsjournalismus hätte bezeichnen können, das Hamburger Abendblatt. Dessen Reichweite war als Regionalzeitung allerdings wesentlich geringer, als die der WELT. Ihren, bei der Gründung festgelegten Fokus auf Wirtschaft, Politik, Kultur und internationale Themen, hat die Zeitung bis heute beibehalten. Neben der Beliebtheit der Print-Ausgabe, mit einer Auflage von fast 90.000 Exemplaren, ist die WELT, durch die 2014 vollzogene Zusammenlegung mit dem zuvor, von der Axel Springer SE, gekauften TV-Sender N24, auch als WELT TV im Fernsehen vertreten. Darüber hinaus verfügt die WELT auch über ein Online-Angebot auf das, nach eigenen Angaben, ca. 2,35 Millionen Unique User täglich zugreifen und sich somit ebenfalls großer Beliebtheit erfreut.

B.Z.

Die B.Z. erschien das erste Mal 1877 im Ullstein Verlag und ist damit die älteste noch erscheinende Boulevardzeitung Berlins. Als der Verlag 1956 in finanzielle Schieflage geriet, erwarb der Axel Springer Verlag zunächst 26 % der Firmenanteile, bis er 1959 die Aktienmehrheit erwarb und neben dem Zeitungs- auch den Buchverlag übernahm. Im Jahr 2003 veräußerte die Axel Springer AG Teile der Ullstein Verlagsgruppe an Bertelsmann/Random House und den schwedischen Medienkonzern Bonnier, wobei der Ullstein Zeitungsverlag als Tochterunternehmen im Besitz der Axel Springer AG verblieb. Als Boulevardzeitung zeichnet sie, ähnlich wie die BILD, den Sensationscharakter und emotionalisierende und skandalisierende Berichterstattung aus. Auch die B.Z. greift dabei auf große Schlagzeilen und Bilder zurück, die zumeist mehr Platz einnehmen, als die eigentlichen Artikel selbst. Auch die B.Z. fiel in der Vergangenheit durch zahlreiche Rügen des Presserates auf. Dabei bleibt sie mit über 20 Rügen zwar weit hinter der BILD zurück, aber belegte bis 2020 zumindest den zweiten Platz. Zwar ist die B.Z. eine regional erscheinende Tageszeitung, allerdings berichtet sie in Bezug auf Politik und Kultur auch überregional. Mit einer Auflage von über 75.000 Print-Exemplaren und über 4 Millionen Unique Usern, die monatlich auf das Online-Angebot zurückgreifen ist die B.Z. auch auf Platz zwei der Reichweitenstärksten Regionalzeitungen Berlins.

8. Methodisches Vorgehen

Im folgenden Abschnitt wird das Vorgehen bei der qualitativen Inhaltsanalyse genauer beschrieben. Hierzu wird vorab die Wahl des Untersuchungszeitraums, die Wahl der zu untersuchenden Medien erklärt, die verwendeten Suchbegriffe zur Identifizierung relevanter Artikel und die Auswahl der Stichproben erklärt.

8.1 Auswahl des Untersuchungszeitraums

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 30.01.2023 bis zum 05.11.2023 bzw. von der 5. Kalenderwoche bis zur 44. Kalenderwoche des Jahres 2023. Dieser Zeitraum wurde gewählt, um die Berichterstattung, von ca. einen Monat vor der Veröffentlichung des BILD-Artikels am 28. Februar, welcher für viele als Startschuss für die anschließende mediale Auseinandersetzung gesehen wird (Jost et al., 2024;

(Gebäudeenergiegesetz: „Wir waren im absoluten Krisenmodus“ | ZEIT ONLINE, o. J.), bis ca. einen Monat nach Verabschiedung der GEG-Novelle durch den Bundesrat, untersuchen zu können. Die Wahl des Anfangs- und des Enddatums des Untersuchungszeitraums, orientiert sich dabei den Kalenderwochen des Jahres 2023, um so die Auswahl von Stichproben anhand von natürlichen Wochen zu vereinfachen.

8.2 Auswahl der Artikel

Für die Auswahl der zu untersuchenden Artikel wurde die nachfolgende Liste von Suchbegriffen erstellt. Im ersten Schritt wurden sämtliche Artikel, die einen der nachstehend aufgeführten Suchbegriffe enthalten, zusammengestellt. Ausgenommen hiervon wurden Leserbriefe, da diese zumeist eine Reaktion von Rezipienten auf die bisherige Berichterstattung darstellen und daher eher für Untersuchungen geeignet sind, welche die Auswirkungen von Framing auf Rezipienten erforschen. Die Zusammenstellung der nachstehend aufgeführten Suchbegriffe, basiert auf dem Vorwissen des Autors und der Stichprobenartigen Lektüre der BILD, welche Begriffe wie Heiz-Hammer oder Verbotshammer, in Bezug auf das Gebäudeenergiegesetz, etablierte. Mit Hilfe der wiso-net.de Datenbank wurden so, 244 Artikel der WELT und 164 Artikel der B.Z. im Untersuchungszeitraum gefunden. Da der Zugang des HAW-Hamburg zur wiso-net.de Datenbank keine Artikel der BILD inkludiert, wurden sämtliche Ausgaben der BILD innerhalb des Untersuchungszeitraumes, im Zeitungslesesaal der Staatsbibliothek zu Berlin händisch gesichtet und nach den aufgeführten Suchbegriffen durchsucht. Dabei wurden 113 Artikel gefunden. Im Anschluss wurden alle Artikel gesichtet und diejenigen aussortiert, welche sich inhaltlich nicht mit dem Gebäudeenergiegesetz bzw. der Debatte um dieses befassten. Darunter fanden sich Artikel, welche das GEG nur in einem Nebensatz nutzten, um es als Beispiel für schlechte Politik der Regierungskoalition zu verwenden und daraus zum Beispiel einen kausalen Zusammenhang für den Zulauf der AfD abzuleiten. In anderen Fällen wurde das GEG erwähnt, um die Darstellung einer zerstrittenen oder zumindest uneinigen Regierung zu untermauern. Zudem wurden vereinzelt Leserbriefe gefunden und von der Untersuchung ausgeschlossen, die zuvor versehentlich heruntergeladen wurden. Ebenso wurden Teasertexte, welche zwar mindestens einen der Suchbegriffe enthielten, aber nur einen Verweis auf den eigentlichen Artikel darstellten, von der Untersuchung ausgeschlossen.

Zum Schluss fanden sich 104 Artikel der BILD, 96 Artikel der WELT und 87 Artikel der B.Z., welche als relevant für die Untersuchung angesehen wurden.

8.3 Suchbegriffe

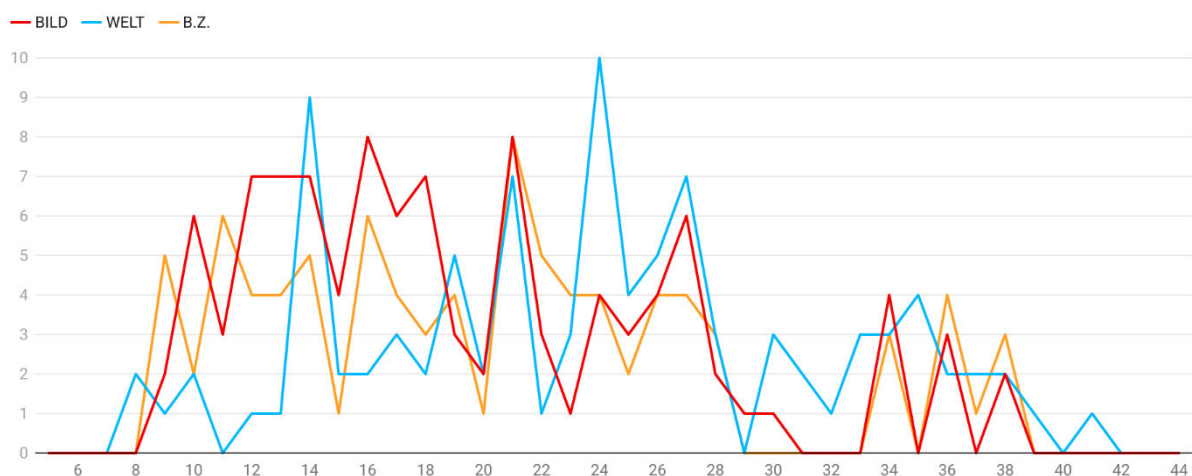
GEG, Gebäudeenergiegesetz, Gebäudeenergie-Gesetz, Heizungsgesetz, Heizgesetz, Heiz-Hammer, Heizhammer, Heizungshammer, Verbotshammer, Heizungsverbot, Einbauverbot, Heiz-Wende, Heizwende, Heizungschaos, Wärmepumpe

8.4 Auswahl der Stichproben

Nach der Zusammenstellung aller, für die Untersuchung relevanter Artikel, wurden diese anhand des Veröffentlichungsdatums, den Kalenderwochen 5 bis 44 zugeordnet. Zum einen vereinfacht dieses Vorgehen die Auswahl von Stichproben anhand natürlicher Wochen. Zum anderen konnte so eine Visualisierung des Verlaufs der Berichterstattung innerhalb des Untersuchungszeitraumes erstellt werden. Hierfür wurden als Datenbasis, zwei eigens angelegte, Excel-Tabellen verwendet und mit Hilfe von Datawrapper.de die Darstellung in zwei Liniendiagramm angefertigt.

Verlauf der Berichterstattung zum GEG von BILD, WELT und B.Z.

Die Graphen zeigen den Verlauf der Berichterstattung der einzelnen Medien, anhand der Kalenderwochen, die sich innerhalb des Untersuchungszeitraums befinden.



Erstellt mit Datawrapper

Das erste Diagramm zeigt den Verlauf der Berichterstattung der einzelnen Medien. Auffällig dabei ist, dass alle drei Medien zu Beginn des Untersuchungszeitraums einen ähnlichen Verlauf darstellen, auch wenn die Intensität variiert und eine zeitliche

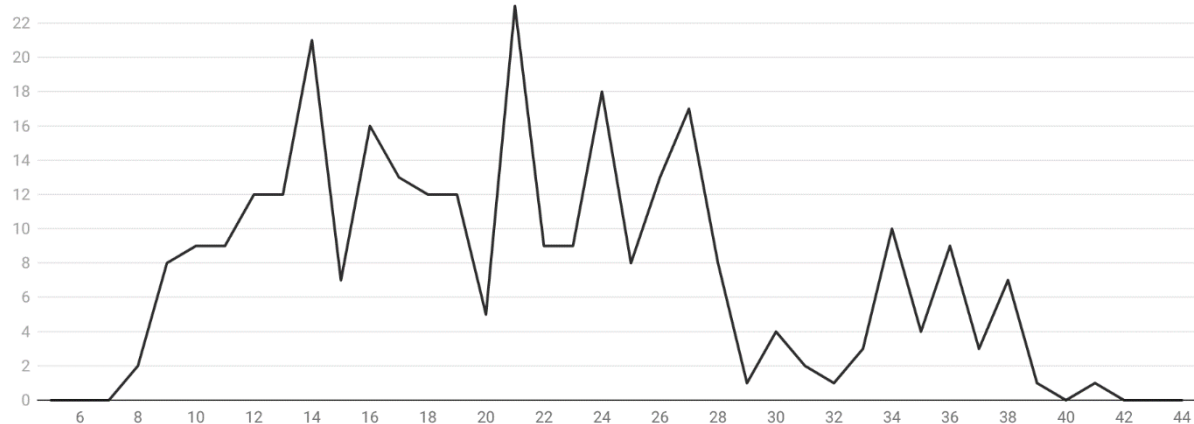
Verschiebung erkennbar ist. Mit der 14. Kalenderwoche gleichen sich die Verläufe stärker an, auch wenn die Intensität weiterhin unterschiedlich ist. Dieser Trend setzt sich bis zur 30. Kalenderwoche fort. Ab diesem Punkt erscheint der Verlauf der WELT konstanter zu und dann wieder abzunehmen. Gleichzeitig gleichen sich die Verläufe von BILD und B.Z. fast vollständig an und weisen deutlich extremere Schwankungen auf, bevor sie die Berichterstattung, nach der 38. Kalenderwoche, abrupt zum Stillstand kommt. Die intensivste Berichterstattung wiesen alle drei Medien, zwischen der 14. und der 27. Kalenderwoche auf.

Der zweite Graph zeigt den Gesamtverlauf der Berichterstattung. Dabei wurden die zuvor als relevant eingestuft Artikel aller untersuchten Medien addiert. Da für diese Untersuchung die Vergleichbarkeit von Frames und deren Veränderung im Laufe der Zeit im Fokus steht, war es für die Ziehung von Stichproben wichtig, die Gesamtheit der Berichterstattung zu betrachten.

Verlauf der Berichterstattung zum GEG von BILD, WELT und B.Z. insgesamt

Der Graph zeigt den Verlauf der Berichterstattung aller untersuchter Medien.

— Anzahl veröffentlichter Artikel



Erstellt mit Datawrapper

Die Ziehung der Stichproben orientierte sich an den vier auffälligen Spitzen der Berichterstattung in den Kalenderwochen 14, 21, 24 und 27, um anhand der breitest möglichen Datenlage, Frames erheben zu können. Um eine mögliche Veränderung des Framings beobachten zu können, wurden außerdem Berichterstattungsintensive Kalenderwochen zu Beginn und Ende des Untersuchungszeitraums ausgewählt. Die Stichproben fallen somit auf die Kalenderwochen 11, 14, 21, 24, 27 und 38. Daher entfallen 8 Artikel auf die KW 11, 22 Artikel auf die KW 14, 22 Artikel auf KW 21, 18

Artikel auf KW 24, 18 Artikel auf KW 27 und 7 Artikel auf KW 38. Dabei konnten 34 der Artikel der BILD, 37 Artikel der WELT und 25 Artikel der B.Z. zugeordnet werden.

8.5 Qualitative Inhaltsanalyse

Zur Untersuchung der ausgewählten Stichproben, wurde die qualitative Inhaltsanalyse gewählt. Dabei werden die Frames induktiv identifiziert. Als Kategoriensystem fungieren hierbei, die von Entman festgelegten Frame-Elemente: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, (moralische) Bewertung und Handlungsempfehlung/-aufforderung. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurden diese Kategorien im Folgenden genauer definiert. Anschließend wurden die ausgewählten Artikel gelesen und nach den festgelegten Kriterien untersucht.

Frame-Element	Beschreibung
Problemdefinition	<p>Problemsituation: Sämtliche Äußerungen von Akteuren oder des Autors, die eine abstrakte oder konkrete Beschreibung eines Problems enthalten. Dabei können sich die Aussagen auf alle Akteure in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft, beziehen.</p> <p>Problemfolge: Alle möglichen Folgen, die das Problem verursachen kann. Dabei muss ein expliziter Zusammenhang zwischen dem Problem und der möglichen Folge hergestellt werden. Auch hier können sich die Aussagen auf alle Akteure in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft beziehen.</p>
Ursachenzuschreibung	<p>Selbstverursachung: Der Akteur sieht die Ursache oder einen Teil davon bei sich selbst.</p> <p>Fremdverursachung: Der Autor oder Akteur sieht die Ursache oder einen Teil davon bei anderen Akteuren.</p>

(moralische Bewertung)	Bewertung: Alle Aussagen des Autors oder der Akteure, die Bewertungen eines Akteurs, seiner Akteurspezifischen Aspekte wie Charaktereigenschaften, Einstellungen, Motive oder Emotionen usw. beinhalten. Außerdem Bewertungen, die sich auf Maßnahmen, Problembeschreibungen oder Verantwortungszuschreibungen beziehen. Dabei werden sowohl explizite als auch implizite Bewertungen berücksichtigt. Implizite Bewertungen können z.B. durch Metaphern, Ironie, Emotionalisierung oder Parallelisierung vorgenommen werden.
Handlungsempfehlung/-aufforderung	Zuständigkeit: Sämtliche Aussagen des Autors oder der Akteure, welche die Zuständigkeit für das Problem festlegen. Dabei kann die Zuständigkeit auch bei unspezifischen Konstrukten (die Gesellschaft) gesucht werden.

Ein Frame, beinhaltet alle vier der aufgeführten Elemente. Fehlen einzelne Elemente, so ist die Rede von impliziten Frames. Dabei müssen auch für implizite Frames, mindestens zwei der vier Frame-Elemente vorhanden sein. Implizite Frames können durch ihre inhaltliche Ausrichtung, fehlende Frame-Elemente implizieren, indem zum Beispiel eine Handlungsempfehlung nahegelegt, aber nicht explizit ausgesprochen wird (Kohring & Matthes, 2007).

Bei der Identifizierung von Frames ist darauf zu achten, dass die einzelnen Frame-Elemente argumentativ aufeinander aufbauen müssen, um einen Frame zu ergeben. Bilden ein oder mehrere Artikel die Analyseeinheit, so können je Analyseeinheit mehrere Frames auftreten. Dies kann dann passieren, wenn mehrere Akteure in einem Artikel zu Wort kommen und mit unterschiedlichen Sichtweisen, unterschiedliche Kontexte für dasselbe Thema schaffen (Kohring & Matthes, 2007). Da für diese Arbeit die einzelnen Artikel die jeweilige Analyseeinheit bilden, sind auch hier mehrere Frames innerhalb einer Analyseeinheit denkbar. Um am Ende von Medien-Frames sprechen zu können, muss ein Muster von Frame-Elementen identifiziert werden, dass sich über mehrere Beiträge wiederfinden lässt. Diese Muster können innerhalb eines oder

mehrerer Medien auftauchen. Bei der Untersuchung wurden Medium, Datum, Titel, sowie Frame-Elemente und Zitate, welche als Belege für die Einordnung des jeweiligen Frame-Elements dienen sollen, tabellarisch erfasst. Auf die Erfassung des Autors oder dessen Geschlecht wurde verzichtet, genauso wie auch die Anzahl der Wörter, da diese Attribute für die Untersuchung nicht von Interesse sind.

8.6 Vor- und Nachteile der qualitativen Inhaltsanalyse

Bei einer induktiven Gewinnung der Frames, hängt die Identifizierung stark vom Ermessen des Forschenden ab. Dabei läuft dieser Gefahr, sogenannten Forscher-Frames zu identifizieren, welche in erster Linie den Interpretationsrahmen des Forschenden widerspiegeln und nicht denjenigen, den die Analyseeinheit ansetzt. Dennoch behaupten Scheufele & Engelmann (2016), dass qualitative Forschungsarbeiten meist detailliertere Ergebnisse zu Tage fördern als quantitative. Laut Reese (zit. nach Matthes 2007) können die quantitativen Zugänge, im Gegensatz zu den qualitativen, die Bedeutung und Aussagekraft von Medien-Frames nicht vollständig erfassen, was an ihren reduzierenden Verfahren liegt. Nach Kohring und Matthes (2007) muss Anhand des Datenmaterials entschieden werden, ob ein konsistenter Sinnhorizont eines Akteurs interpretiert werden kann oder nicht.

9. Auswertung

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Auswertung vorgestellt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit finden sich im Anhang Tabellen, welche die Frames je Artikel, Kalenderwoche und Medium darstellen. Hierbei wird zwischen den Tabellen zur ursprünglichen Erhebung von Frame-Elementen unterschieden, in denen sämtliche identifizierten Frame-Elemente aufgeführt werden und den daraus resultierenden Frame-Tabellen. Diese sind den jeweiligen Zeitungen zugeordnet und enthalten ausschließlich vollständige bzw. implizite Frames. Alleinstehende Frame-Elemente wurden nicht in den Frame-Tabellen berücksichtigt.

Nachstehend ist die Menge, der identifizierten Frames je Kalenderwoche aufgeführt. Dabei wird zwischen vollständigen und impliziten Frames unterschieden. Insgesamt fanden sich 59 vollständige und 229 implizite Frames.

Vollständige Frames

	KW 11	KW 14	KW 21	KW 24	KW27	KW38
BILD	1	8	4	2	3	1
WELT	0	4	11	5	1	2
B.Z.	3	7	2	1	3	1

Implizite Frames

	KW 11	KW 14	KW 21	KW 24	KW27	KW38
BILD	7	12	15	0	17	1
WELT	0	15	20	36	48	9
B.Z.	8	6	15	1	13	6

Die Frames eines Mediums, innerhalb einer Kalenderwoche wurden zunächst Anhand ihrer inhaltlichen Ausrichtung gruppiert und zu einem Hauptframe zusammengefasst. Hierbei orientierte sich die Gruppierung an der inhaltlichen Ausrichtung der vier Frame-Elemente. Dabei wurde zur Bestimmung der inhaltlichen Ausrichtung festgelegt, dass diese eindeutig sei, sofern zwei der vier Frame-Elemente derselben inhaltlichen Ausrichtung entsprachen. Die so erzeugten Hauptframes werden nachstehend für jedes untersuchte Medium aufgeführt und beschrieben.

BILD

Zu Beginn der Berichterstattung steht bei der BILD vor allem der „Verlust-Frame“ stark im Vordergrund. Dieser wird zwischen Kalenderwoche 11 und 14 insgesamt 10-mal verwendet. Der „Verlust-Frame“ bündelt sämtliche Frames, die den Wertverfall oder sogar Verlust einer Immobilie thematisieren. In der Berichterstattung der BILD, werden die von Verlust bedrohten Immobilieneigentümer teilweise mit Synonymen wie „Häuschen-Besitzer“ (Schäfer, 2023, 7. März, S. 2) beschrieben.

Der Großteil der „Verlust-Frames“ bezieht sich auf den Wertverfall, während sich die anderen auf den kompletten Verlust der Immobilie beziehen. Der Wertverfall wird von der BILD durch die steigenden Standards erklärt, welche die GEG-Novelle mit sich bringe. Allerdings wird nicht erklärt, wie genau wertsteigernde Maßnahmen zum Wertverfall führen können. Der Verlust der Immobilie wird hingegen deutlich präziser, mit

den enormen Kosten erklärt, welche durch die GEG-Novelle entstünden und die Immobilieneigentümer dazu zwingen könnte, ihre Immobilie zu verkaufen, falls diese die neuen Auflagen nicht erfüllen könnten (flk/cvw, 2023, 8. April, S. 5). Neben dem „Verlust-Frame“ wird auch der „private Überforderung-Frame“ zu Beginn der Berichterstattung, viel von der BILD verwendet. „Private Überforderung-Frames“ sind diejenige, welche finanzielle und andersartige Überforderungen für die Bürger, durch den Staat thematisieren. Auf diese Weise werden nicht nur die Kosten und Herausforderungen für Immobilieneigentümern betont, sondern auch die für alle anderen. Abgesehen von den Anschaffungskosten für eine Wärmepumpe wird die Entstehung dieser Kosten nicht konkret erklärt.

Zwar wird der „Regulierungs-Frame“ zu Beginn wenig verwendet, aber dafür findet sich der „Altersdiskriminierungs-Frame“ etwas häufiger. Dieser bezieht sich auf die ursprüngliche Ausnahmeregelung der Bundesregierung für über 80-jähriger in Bezug auf den Austausch ihrer Heizung. Dahinter steckt die Idee der Bundesregierung, ältere Bürger nicht belasten zu wollen. Die BILD beschreibt die Regelung als diskriminierend für alle unter 80-jährigen Rentner und wahrscheinlich verfassungswidrig Rupprecht, (Vehlewald & Volkhausen, 2023, 3. April, S. 2).

Ähnlich häufig wie der „Altersdiskriminierungs-Frame“ wird auch der „Täuschungs-Frame“ verwendet. In diesem sind solche Frames zusammengefasst, die Zusagen oder Versprechungen der Regierung in Bezug auf die GEG-Novelle, als nicht umsetzbar und somit als Täuschungsversuch der Regierung einordnen. Dabei beziehen sich diese Frames, erst auf die staatlichen Förderungen für Immobilieneigentümer und Wirtschaft und anschließend auf die Technologieoffenheit. In beiden Fällen wirft die BILD der Regierung bzw. Robert Habeck als Wirtschaftsminister vor, der Bevölkerung Versprechen zu geben, von denen sie/er schon im Vorhinein wisse, dass man diese nicht einhalten könnte (Schäfer, 2023, 14. März, S. 2).

Zur Mitte des Untersuchungszeitraums hin, zwischen der 21. und 24. Kalenderwoche, wurden deutlich weniger verschiedene Frames identifiziert. Diese wurden dafür aber wesentlich häufiger verwendet. So fanden sich in der 21. Und 24. Kalenderwoche acht „Regulierungs-Frames“ und acht „Regierungsstreit-Frames“. Hier bezog sich der „Regulierungs-Frame“ vornehmlich auf die Erfassung der Verbrauchsdaten, welche im

Rahmen der kommunalen Wärmeplanung gesetzlich verpflichtend für Kommunen und Versorger gemacht werden sollte. Beide sollten dazu verpflichtet werden die Verbrauchsdaten für Strom und Heizung für jedes Haus zu ermitteln. Die BILD berichtete über die Einsetzung einer „Energie-Stasi“ und beschrieb die Idee fast durchgängig als massiven Eingriff in die Privatsphäre (Rupprecht, 2023, 25. Mai, S. 2). Zusätzlich wurde argumentiert, dass die Kommunen einen solchen Aufwand von finanziellen und personellen Ressourcen gar nicht stemmen könnten (Rupprecht, 2023, 25. Mai, S. 2).

Der weniger stark vertretene „Einsichts-Frame“ bezieht sich auf die Ankündigung Robert Habecks, dem Austausch von Heizungen in Bestandsgebäuden mehr Zeit zu geben und nicht, wie ursprünglich geplant, für den 01. Januar 2024 vorzuschreiben. Dabei wird Robert Habeck in einem der drei erhobenen Frames für seine Einsicht gelobt und in den anderen beiden für seine späte Einsicht kritisiert bzw. der Entschluss, mehr Zeit für Bestandsimmobilien einzuräumen, der SPD und FDP zugesprochen (Schäfer, 2023, 27. Mai, S. 4; Schäfer, 2023, 15. Juni, S. 2).

Zum Ende des Untersuchungszeitraums, zwischen der 27. Und 38. Kalenderwoche, stehen bei der Berichterstattung der BILD vor allem der „Grüne-Arroganz-Frame“ und der „Regierungsstreit-Frame“ im Vordergrund. Der Verhinderungs-Frame fasst die Frames zusammen, die sich mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dem Eilantrag des CDU-Abgeordneten Heilmann stattzugeben und der damit einhergehenden Verschiebung des Gesetzgebungsverfahrens. Heilmann hatte beim Bundesverfassungsgericht beanstandet, dass den Parlamentariern zu wenig Zeit eingeräumt worden sei, um den Gesetzesentwurf gründlich zu studieren und Fragen zu stellen. Da das Bundesverfassungsgericht kurz vor der Sommerpause bekannt gab, Heilmanns Antrag prüfen zu wollen, wurde damit eine Verabschiedung der GEG-Novelle vor der Sommerpause unmöglich. In diesem Zusammenhang berichtete die BILD überwiegend von einem schweren Rückschlag für Robert Habeck und beschrieb die Aussagen des Ministers, eine Verzögerung des Gesetzgebungsverfahrens sei nicht problematisch, als unglaubwürdig (Bender & Schäfer, 2023, 6. Juli, S. 3; Schäfer, 2023, 8. Juli, S. 2). Dabei wird Robert Habeck und den Grünen immer wieder vorgeworfen, dass sie Monatelang krampfhaft versucht hätten, den Gesetzesentwurf durch den Bundestag zu bringen, weshalb man die vermeintliche Gelassenheit Habecks nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht ernst nehmen könne (Vehlewald, 2023,

8. Juli, S. 2). Darüber hinaus werden die Grünen und Robert Habeck in diesen Frames als arrogant und uneinsichtig dargestellt. Sie würden andere für ihre eigenen Fehler verantwortlich machen, wobei sich die BILD hier auf eine Aussage Habecks bezog, in welcher er der BILD und den Medien vorgeworfen hatte, der Bevölkerung Angst vor der GEG-Novelle zu machen (Vehlewald, 2023, 8. Juli, S. 2). Zwar finden sich auch Darstellungen der BILD, in denen sie die Verschiebung des Gesetzgebungsverfahrens als Niederlage für die gesamte Regierung beschreiben, die Fokussierung auf eine persönliche Niederlage von Robert Habeck bleibt aber dominant.

Zuletzt findet sich auch der „Eile-Frame“ zum Ende des Untersuchungszeitraums wieder in der BILD-Berichterstattung wieder. Zwar war dieser auch schon zur Mitte des Untersuchungszeitraums einmal aufgetreten, verstärkt findet er sich aber in der 27. Kalenderwoche. Dabei lässt die BILD andere Akteure zu Wort kommen, welche die Eile und die damit verbundene Unfertigkeit der GEG-Novelle unterstreichen (Jan, 2023, 15. Juni, S. 2). Auch ein Bezug zur Bekanntgabe des Bundesverfassungsgerichts wird in einigen Fällen hergestellt und als Indiz dafür gesehen, dass die Regierung den Gesetzesentwurf übereilt verabschieden wollte (Vehlewald, 2023, 8. Juli, S. 2).

Insgesamt ist festzuhalten, dass manche Frames der BILD nur in einem bestimmten Abschnitt des Untersuchungszeitraums auftauchen, während andere zwar verstärkt in einem Abschnitt auftauchen, aber sich dennoch, wenn auch weniger häufig, in anderen Abschnitten wiederfinden. Nur der „Unklarheits-Frame“ findet sich fast im gesamten Untersuchungszeitraum wieder. Allerdings beschränkt sich seine Häufigkeit auf maximal einen Frame je untersuchter Kalenderwoche.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die BILD den Gesetzesentwurf von Beginn an als massiven Eingriff in die Freiheit des einzelnen dargestellt hat. Diese Darstellung zieht sich bis zum Ende des Untersuchungszeitraums und wird ab der 21. Kalenderwoche durch die Fokussierung auf den Regierungsstreit ergänzt. Auf diese wiederum baut der zuletzt stark verwendete „Verhinderungs-Frame“ auf, weil er die Verhinderung der Verabschiedung als Abstrafung für die Eile der Regierung beschreibt. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg, identifiziert die BILD vor allem einen verantwortlichen: Robert Habeck. Zeitweise wird diese Einschätzung ergänzt durch die Verantwortungszuschreibung in Richtung der gesamten Regierung oder der GEG-

Novelle selbst, Robert Habeck bleibt aber aus Sicht der BILD die Hauptursache für die meisten der identifizierten Probleme. Daraus leitet die BILD nicht die Forderung nach einer Entlassung Habecks ab, vielmehr beziehen sich die, immer wieder auftretenden, Forderungen in allen untersuchten Kalenderwochen entweder auf Änderungen des Gesetzentwurfs, eine Verschiebung oder sogar den kompletten Stopp des Gesetzgebungsverfahrens.

Frame	Beschreibung
Verlust	Immobilienbesitzern droht ein Wertverlust oder sogar der Verlust ihrer Immobilie.
Täuschung	Die Regierungsparteien versprechen zwar Technologieoffenheit bei der Ausarbeitung des Gesetzes, aber täuschen diese nur vor.
Private Überforderung	Die Bürger sind mit den an sie gestellten Anforderungen finanziell oder anderweitig überfordert.
Altersdiskriminierung	Die Ausnahme von über 80-jährigen, bei der Austauschpflicht für Heizungen ist diskriminierend gegen andere Rentner.
Regulierung	Die Regularien der GEG-Novelle beschränken den Einzelnen in seiner Freiheit und schaffen neue Probleme.
Regierungsstreit + Unfähigkeit	Die Debatte um die GEG-Novelle spaltet die Regierungsparteien. Die Koalition ist nicht fähig, ein gutes Gesetz auf den Weg zu bringen.
Unklarheit	Die Regierungsparteien bzw. der Gesetzentwurf lassen viele Fragen offen.

Einsicht	Die Regierungsparteien bzw. Robert Habeck sind einsichtig und haben Änderungen im Gesetzesentwurf vorgenommen.
Eile	Die Regierungsparteien, insbesondere die Grünen, wollen das Gesetz schnellstmöglich im Bundestag verabschieden.
Verhinderung	Der Stopp des Gesetzgebungsverfahrens ist ein Rückschlag für die Grünen, Habeck und die Regierung.

WELT

Am Anfang der Berichterstattung liegt bei der WELT der Fokus auf dem „private Überforderung-Frame“. Dabei behandelt der Großteil der Frames vor allem die finanzielle Überforderung der Bürger, die durch die GEG-Novelle laut WELT entstünde. Anders als die BILD, geht die WELT nicht nur auf die Anschaffungskosten für eine Wärmepumpe ein, sondern geht auch auf die Betriebskosten und erhöhte Kosten für Bestandsgebäude ein (Haubrich, 2023, 3. April, S. 1). Sie behandelt das Problemfeld detaillierter und geht dabei auch auf die Prognosen und Förderpläne der Bundesregierung ein, wobei sie diese zumeist als unrealistisch oder nicht durchdacht genug beschreibt (Fabricius, 2023, 24. Mai, S. 7). Ebenfalls unterstreicht sie die finanzielle Belastung der Eigentümer, indem sie auf die Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor eingeht, welche von den Vorgängerregierungen beschlossen wurden (Haubrich, 2023, 3. April, S. 1). In dieser Darstellung stellt die GEG-Novelle den neuen Zenit an Belastungen für Immobilieneigentümer dar (Haubrich, 2023, 3. April, S. 1). Auch die hohen Energiepreise werden als potenzielle Belastung genannt, da diese der frühen Amortisierung der Wärmepumpe im Wege stünden (Fabricius & Vetter, 2023, 6. April, S. 11).

Neben dem private Überforderung-Frame ist der „Regulierungs-Frame“ der am häufigsten auftretende, wobei sich insgesamt auch nur drei Frames finden, die diesem zugeordnet werden konnten. Dabei beschreibt die WELT, die Vorschriften der GEG-Novelle als Regelung jedes kleinsten Details im Heizungskeller der Bürger (Fabricius, 2023, 4. April, S. 11). Dabei ist nicht nur von detaillierten Vorschriften, sondern auch strengen Kontrollen zur Einhaltung dieser Vorschriften die Rede (Fabricius, 2023, 4. April, S. 1). In wesentlich geringerer Intensität tauchen der „Täuschungs-Frame“, der

„Unklarheits-Frame“, der „Altersdiskriminierungs-Frame“ und der „staatliche Überforderung-Frame“ auf. Mit dem „Täuschungs-Frame“ wirft die WELT den Grünen vor, trotz des Versprechens der Technologieoffenheit, ideologisch an der Wärmepumpe als vorrangige Heizungsart festzuhalten (Wetzel, 2023, 3. April, S. 1). Beim „Unklarheits-Frame“ bezieht sich die WELT zu Beginn noch auf eine allgemeine Verunsicherung, die durch die GEG-Novelle ausgelöst werde und den unkonkreten Förderversprechen der Bundesregierung. Der „Altersdiskriminierungs-Frame“ bezieht sich, wie auch bei der BILD, auf die Ausnahmeregelung für über 80-jährige beim Heizungstausch. Hier lässt die WELT einen FDP-Abgeordneten zu Wort kommen, welcher die Regelung als willkürlich und unfair gegenüber anderen Rentnern bezeichnet (Vetter, 2023, 5. April, S. 9). Der „staatliche Überforderung-Frame“ bezieht sich auf staatliche Strukturen oder Einrichtungen, die durch die GEG-Novelle finanziell oder anderweitig überfordert würden. Die WELT nutzt diesen, um zu verdeutlichen, dass der Regierung für vernünftige Förderprogramme das Geld fehle und sowohl Kommunen als auch Versorger mit dem straffen Zeitplan der Regierung überfordert seien.

Die Mitte des Untersuchungszeitraums wird in der WELT vom „Regierungsstreit“- und vom „Eile-Frame“ dominiert. Der „Regierungsstreit-Frame“ taucht zwischen der 21. Und 24. Kalenderwoche 20-mal insgesamt auf und thematisiert dabei vor allem die Streitigkeiten der FDP und Grünen in Bezug auf die Ausgestaltung des Gesetzes und dem Tempo, mit welchem es in und durch den Bundestag gehen sollte. Die FDP wird hier, als Opposition innerhalb der Regierung dargestellt, da diese immer wieder Vorstöße der Grünen ausbremst und die GEG-Novelle, wo es möglich ist, versucht abzumildern (Malzahn & Jungholt, 2023, 25. Mai, S. 1). Die SPD stellt dabei die hilflose Partei dar, die zwar versucht zu vermitteln und zu lenken, was ihr allerdings nach Auffassung der WELT nicht gelingt (Doll, 2023, 25. Mai, S. 1). In den meisten Frames wird die FDP als Verursacher der Streitigkeiten identifiziert, allerdings findet sich auch ein Frame, der den Grünen Sturheit und Beratungsresistenz bescheinigt (Fabricius, 2023, 24. Mai, S. 1; Doll, 2023, 25. Mai, S. 1). Diese wird durch Aussagen des Grünen Ministerpräsidenten Kretschmann unterstrichen, der Robert Habeck rät, noch einmal zu prüfen, ob seine Ziele in der veranschlagten Zeit tatsächlich umsetzbar seien (Malzahn & Jungholt, 2023, 25. Mai, S. 1).

Hieran knüpft der „Eile-Frame“ an, welcher zum einen die Eile der Bundesregierung beim Gesetzgebungsverfahren und zum anderen der Zeitdruck für Verbraucher und Wirtschaft, dem diese ausgesetzt seien, um die neuen Vorgaben zu erfüllen thematisiert. Dabei ist besonders der Vorwurf dominant, dass der Gesetzesentwurf noch nicht eindeutig sei und zu viele Fragen offen ließe, die in der kurzen Zeit, welche die Regierung für die Beratung im Bundestag vorgesehen hatte, nicht beantwortet werden könnten (Fabricius, 2023, 24. Mai, S. 1; Jungholt, 2023, 16. Juni, S. 1). In diesem Zusammenhang wird auch der „Unklarheits-Frame“ mehrmals bemüht. In diesem finden sich Frames, die ganz allgemein thematisieren, dass es noch zu viele offene Fragen in Bezug auf die GEG-Novelle gebe und solche, die klar definieren, in welchen Bereichen noch Klärungsbedarf besteht. So wird zum Beispiel die Frage aufgeworfen, woran sich Menschen halten müssen, deren Kommune bis zum festgelegten Stichtag keine Wärmeplanung vorweisen können (Wetzel, 2023, 16. Juni, S. 9). Auch bei der Regulierung für alternativen Heizungen zur Wärmepumpe und die Auswirkungen für Mieter beim Heizungstausch sieht die WELT noch offene Fragen (Wetzel, 2023, 16. Juni, S. 9). Hieran knüpft wiederum der „gesellschaftliche Unmut-Frame“ an, mit dem einerseits die gesellschaftliche Akzeptanz für die GEG-Novelle und andererseits der Verdruss der Bevölkerung über die uneinige Politik von oben herab thematisiert wird. Dabei ist die WELT voller Lob für diejenigen, die auf Demonstrationen gegen die GEG-Novelle protestieren und warnt davor, diese in die rechte Ecke zu stellen (Schmid, 2023, 12. Juni, S. 1). Auch die Unfertigkeit des Gesetzes wird kritisiert und Fallbeispiele aufgeführt, in denen die Vorschriften der GEG-Novelle mit anderen Vorschriften der Bundesländer kollidieren würden und so ortsabhängige Benachteiligungen entstünden (Posener, 2023, 13. Juni, S. 2). In gleicher Häufigkeit treten der staatliche- und der private Überforderung-Frame auf.

Mit dem „staatliche Überforderung-Frame“ nimmt die WELT vor allem die Herausforderungen in Bezug auf den Ausbau der Energienetze ins Visier und führt, neben Stimmen, die den Kostenaufwand des Ausbaus ansprechen, auch ein Fallbeispiel auf, welches die Dringlichkeit eines raschen Ausbaus, im Angesicht der Elektrifizierung der deutschen Wärmeversorgung, verdeutlicht (Fabricius, 2023, 24. Mai, S. 1).

Der „private Überforderung-Frame“ widmet sich unter anderem der Belastungen für die Bürger, die auf Grund der Anschaffung einer Wärmepumpe entstehen. Dabei wird

den Bürgern auch eine gewisse Naivität unterstellt, da diese in der Theorie zwar Klimaschutzmaßnahmen größtenteils unterstützten, deren Meinung sich aber schnell ändere, sobald sie mit den damit verbundenen Kosten für sie selbst konfrontiert würden (Wetzel, 2023, 15. Juni, S. 7). Auch wird davor gewarnt, zu glauben, dass die Belastungen zukünftig weniger würden (Wetzel, 2023, 15. Juni, S. 7). Gleichzeitig wird Hoffnung durch die Fernwärme-Offensive der Bundesregierung signalisiert. Diese werde zwar auch nicht günstig, aber könnte Verbraucher vor der Anschaffung einer vergleichsweise viel teureren Wärmepumpe schützen (Wetzel, 2023, 13. Juni, S. 1).

Ebenfalls in der selben Häufigkeit treten der „Umsetzbarkeits-Frame“ und der „die Grünen-Frame“ auf. Mit dem „Umsetzbarkeits-Frame“ identifiziert die WELT mehrere Probleme bei der Umsetzung der GEG-Novelle. Als Problemfelder werden hier die kommunale Wärmeplanung, die parlamentarische Auseinandersetzung und der Föderalismus, der die Umsetzung der Vorgaben, durch die nicht einheitlichen Regelungen der Bundesländer, erschwert (Malzahn & Jungholt, 2023, 25. Mai, S. 1; Jungholt, 2023, 16. Juni, S. 1; Posener, 2023, 13. Juni, S. 2). Der „die Grünen-Frame“ zeigt die Probleme auf, welche die Grünen intern miteinander austragen. Diese beziehen sich auf eine allgemeine Spaltung der Partei, um die Beurlaubung von Staatssekretär Patrick Graichen, die Auswirkungen parteilicher Entscheidungen auf einzelne Akteure und die Umfragewerte der Grünen (Malzahn, 2023, 15. Juni, S. 1; Wetzel, 2023, 15. Juni, S. 7). Auch in der Mitte des Untersuchungszeitraums ist der „Regulierungs-Frame“ nicht sehr zahlreich vertreten. Zwei dieser Frames kritisieren Habecks Vorgehen in Bezug auf die GEG-Novelle, wobei einer die ursprüngliche Reihenfolge der Grünen, welche erst eine Verpflichtung der Bürger vorsah und danach die Schaffung der benötigten Voraussetzung durch den Staat, kritisierte und der andere die Fokussierung auf Regulierungen anstatt auf marktwirtschaftliche Anreize (Fabricius, 2023, 24. Mai, S. 7; Dirig, 2023, 25. Mai, S. 9). Der Dritte „Regulierungs-Frame“ weist dagegen auf ein Monopol im Bereich der Fernwärme hin. In diesem Zusammenhang lässt die WELT Stimmen zu Wort kommen, die eine Regulierung des Fernwärmemarktes durch eine Bundesweite Preisaufsicht fordern (Wetzel, 2023, 13. Juni, S. 1).

Am Ende des Untersuchungszeitraums ist der „Umsetzbarkeits-Frame“ besonders dominant und tritt zwischen der 27. und 38. Kalenderwoche 19-mal auf. Hier werden eine Vielzahl von Problemen bei der Umsetzung der Vorgaben der GEG-Novelle betrachtet.

Dabei wird keines der Probleme über mehrere Artikel hinweg in den Vordergrund gestellt. Vielmehr wird ein sehr breites Feld an Umsetzungsschwierigkeiten behandelt, welche bereits in der Vergangenheit thematisiert wurden. Dazu gehören, die fehlenden Anreize zur Anschaffung einer Wärmepumpe, wegen unzureichender Förderung, die Kapazitäten des Handwerks, die Kosten und die klimaschädigenden Folgen, die durch den Austausch der Heizung verursacht werden könnten (Fabricius, 2023, 5. Juli, S. 11; Boldt, 2023, 6. Juli, S. 10; Wagenknecht, 2023 6. Juli, S. 7). Neu ist lediglich die Betrachtung der Bau-Ziele der Bundesregierung, welche bis dahin bereits verfehlt worden seien und durch die Verabschiedung der GEG-Novelle in noch weitere Ferne rücken würden (Fabricius, 2023, 18. September, S. 7). Auch der „Regierungsstreit-Frame“ tritt im Gegensatz zu den übrigen Frames in den Vordergrund. In diesem Abschnitt des Untersuchungszeitraums widmet sich die WELT mit diesem Frame, den Blockaden und Verzögerungen der Gesetzesinitiative durch die FDP und der fehlenden Führung durch Olaf Scholz (Malzahn & Jungholt, 2023, 25. Mai, S. 1; Exner, 2023, 7. Juli, S. 4).

Der „private Überforderung-Frame“ fokussiert, wie schon zuvor, vor allem die Kosten, die durch Anschaffung und den Betrieb einer Wärmepumpe auf die Bürger zukommt (Boldt, 2023, 6. Juli, S. 10).

Der „Unklarheits-Frame“ findet sich nur in zwei Artikeln und stellt zum einen die Sichtweise der Immobilienwirtschaft dar, welche sowohl Zweifel an der Vollständigkeit der GEG-Novelle äußert als auch Befürchtungen bezüglich der Fördermaßnahmen (Fabricius, Vetter & Wetzel, 2023, 4. Juli, S. 9; Wetzel, 2023, 16. Juni, S. 9). Zum anderen wird auch eine allgemeine Verunsicherung durch die GEG-Novelle angesprochen und die Frage nach der zukünftigen Verfügbarkeit von Wasserstoff gestellt (Fabricius, Vetter & Wetzel, 2023, 4. Juli, S. 9). In gleicher Intensität tritt auch der „Eile-Frame“ auf. Dieser fokussiert sich in dieser Phase nur noch auf die Parlamentarische Auseinandersetzung. Betont wird dabei die Eile der Bundesregierung, welche für die Verabschiedung eines unfertigen Gesetzes Sorge (Fabricius, Vetter & Wetzel, 2023, 4. Juli, S. 9).

Der „gesellschaftliche Unmut-Frame“ findet sich auch nur in zwei Artikeln und kritisiert das parlamentarische Verfahren, welches als unwürdig & dilettantisch beschrieben wird (Wagenknecht, 2023 6. Juli, S. 7). Darüber hinaus wird die GEG-Novelle als Öko-

Aktivismus bezeichnet und darauf hingewiesen, dass sich die Bürger lieber wieder seriöse Politik anstatt der GEG-Novelle wünschten (Wagenknecht, 2023 6. Juli, S. 7). Die übrigen Frames finden sich alle in schwacher Intensität wieder. Zu Ihnen gehören der „Altersdiskriminierungs-Frame“, der „staatliche Überforderung-Frame“, der „Täuschungs-Frame“ und der „die Grünen-Frame“. Der „Altersdiskriminierungs-Frame“ verweist auf die späte Einsicht der Bundesregierung, die Erleichterung beim Heizungsaustausch für Senioren, nicht am Alter festzumachen (Hackenberg, 2023, 5. Juli, S. 11). Der „staatliche Überforderung-Frame“, geht auf den Kostenaufwand im Vergleich zur CO₂-Einsparung ein und beschreibt die Prognose der Bundesregierung, mit Blick auf den Strommix, als unrealistisch (Wagenknecht, 2023 6. Juli, S. 7). Der „Täuschungs-Frame“ beschäftigt sich mit der Verfügbarkeit von Fernwärme und Wasserstoff als vermeintliche Alternativen zur Anschaffung einer Wärmepumpe und sieht diese nicht ausreichend gegeben, weshalb eine Wärmepumpe, trotz versprochener Technologieoffenheit, eine Schlüsselrolle in der Umsetzung der GEG-Novelle spielt (Boldt, 2023, 6. Juli, S. 10).

Auffällig beim „die Grünen-Frame“, ist dass zu diesem Zeitpunkt die Herausforderungen, mit denen die Partei und Regierung zu Beginn der Legislaturperiode konfrontiert waren, thematisiert und ein positives Urteil gesprochen wird (Exner, 2023, 7. Juli, S. 4). Außerdem werden die Beziehungen zur CDU beurteilt und die Aussagen von Friedrich Merz, der die Grünen zum Hauptfeind erklärte als unsinnig bezeichnet (Exner, 2023, 7. Juli, S. 4).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Informationsdichte über die GEG-Novelle selbst und deren Hintergründe, in WELT deutlich größer ist als zum Beispiel bei der BILD. In dieser Hinsicht wird die WELT ihrem Anspruch als Qualitätsmedium gerecht. Auch die Perspektiven, aus denen die Debatte betrachtet wird, sind um einiges vielfältiger. Damit wird sie auch der Komplexität des Sachverhaltes gerechter. Zwar sieht sie Robert Habeck als zuständigen Wirtschafts- und Klimaminister auch in der Verantwortung, aber bei ihr steht die Regierung insgesamt im Zentrum der Ursachenzuschreibung. Trotz der Verwendung des „die Grünen-Frame“ und der damit einhergehenden Beleuchtung interner Probleme der Grünen, sieht sie die Ursache für die Regierungsstreitigkeit meist bei der FDP, als bremsende Kraft. Auch die Handlungsaufforderungen, sind in der Berichterstattung der WELT deutlich diverser. Zwar finden

sich auch hier vermehrt Aufforderungen, die Novelle zu ändern oder sogar zu stoppen, aber gleichzeitig werden auch konkrete Vorschläge dazu gemacht, wie die Rahmenbedingungen verändert werden müssten, damit die Umsetzung der GEG-Novelle gelingen kann. Zu nennen wären hier zum Beispiel die Anpassung der Energiekosten oder die Unterstützung der Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung.

Konstant finden sich, in fast gleichbleibender Intensität, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg der „private Überforderung-Frame“, der „Regulierungs-Frame“ und der „staatliche Überforderung-Frame“. Der „Regierungsstreit-Frame“ taucht zwar erst in der Mitte des Untersuchungszeitraumes auf, ist von da an aber der am häufigsten verwendete.

Frame	Beschreibung
Täuschung	Die Regierungsparteien versprechen zwar Technologieoffenheit bei der Ausarbeitung des Gesetzes, aber täuschen diese nur vor.
Private Überforderung	Die Bürger werden mit den an sie gestellten Anforderungen finanziell oder anderweitig überfordert.
Altersdiskriminierung	Die Ausnahme von über 80-jährigen, bei der Austauschpflicht für Heizungen ist diskriminierend gegen andere Rentner.
Regulierung	Die Regularien der GEG-Novelle beschränken den Einzelnen in seiner Freiheit und schaffen neue Probleme.
Regierungsstreit	Die Debatte um die GEG-Novelle spaltet die Regierungsparteien. Die Koalition ist nicht fähig, ein gutes Gesetz auf den Weg zu bringen.
Staatliche Überforderung	Der Staat wird durch die gestellten Anforderungen finanziell oder anderweitig überfordert.

Unklarheit	Die Regierungsparteien bzw. der Gesetzesentwurf lassen viele Fragen offen.
Umsetzbarkeit	Die Umsetzbarkeit der Maßnahmen, welche die GEG-Novelle vorschreibt, ist aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich oder zumindest schwierig.
Die Grünen	Probleme der Grünen innerhalb der eigenen Partei und mit Koalitionspartnern.
Eile	Die Regierungsparteien, insbesondere die Grünen, wollen das Gesetz schnellstmöglich im Bundestag verabschieden.
Gesellschaftlicher Unmut	Die Bürger sind mit dem Gesetzesentwurf, mit dem Gesetzgebungsverfahren, der Klimapolitik allgemein, oder anderen Umständen unzufrieden.

B.Z.

Zu der Berichterstattung der B.Z. ist zu Beginn zu sagen, dass sich im Laufe der Untersuchung mehrere Artikel fanden, die im exakt selben Wortlaut und zur selben Zeit in der BILD abgedruckt wurden. Zwar hatte die Axel Springer SE bereits 2013 bekannt gegeben, dass die Redaktionen der B.Z. und der BILD Berlin (Regionalausgabe) zusammengelegt wurden, allerdings wurde für diese Untersuchung nur der Überregionale Teil der BILD berücksichtigt. Auch war in der Pressemitteilung erklärt worden, dass die Redaktionen zwar zukünftig zusammenarbeiten würden, jedoch wurde betont, dass beide Zeitungen ihre publizistische Eigenständigkeit behalten sollten. Da beide Zeitungen die entsprechenden Artikel zudem immer zum selben Zeitpunkt veröffentlichten und nicht eindeutig als übernommene Inhalte der jeweils anderen Redaktion gekennzeichnet wurden, können diese weder mit absoluter Sicherheit der BILD- noch der B.Z.-Redaktion zugeschrieben werden. Da der Autor dieser Arbeit auch von der Axel Springer SE selbst keine weiterführenden Informationen zu diesem Umstand erhielt, wurden die entsprechenden Artikel in der Untersuchung beider Zeitungen berücksichtigt.

In der Berichterstattung der B.Z. ist zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, ähnlich wie bei der BILD, der „Verlust-Frame“ dominant. Dieser Umstand ist der Tatsache geschuldet, dass sich die erhobenen Frames aus Artikeln ergeben, die genauso in der BILD veröffentlicht wurden, weshalb auf eine weitere inhaltliche Beschreibung und Ausrichtung dieses Frames verzichtet wird. Dies gilt ebenso für den „Altersdiskriminierungs-Frame“, den „private Überforderung-Frame“, den „Unklarheits-Frame“ und den „Täuschungs-Frame“. Daher leitet sich für diese Frames dieselbe Intensität, wie bei der BILD ab.

Der „Regulierungs-Frame“, welcher nach dem „Verlust-Frame“ zu den dominantesten gehört beinhaltet allerdings einen von drei Artikeln, der nicht in der BILD erschienen ist. Der Frame, der aus diesem Artikel erhoben wurde, stellt fest, dass Gas- und Ölheizungen ab Januar 2024 verboten werden sollen und macht dafür Robert Habeck verantwortlich (Rupprecht, 2023, 19. März, S. 28). Für die Handlungsempfehlung wird der CSU-Abgeordnete, Alexander Dobrindt, zitiert, der in dem Gesetzesentwurf eine Gefährdung für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen sieht und statt eines Verbots eine Abwrackprämie für alte Heizungen für sinnvoller hält (Rupprecht, 2023, 19. März, S. 28).

In der Mitte des Untersuchungszeitraums überwiegt in der Berichterstattung der B.Z., ähnlich wie bei der BILD, der „Regierungsstreit-Frame“. Auch zu diesem Zeitpunkt erscheinen in beiden Zeitungen identische Artikel.

Lediglich ein Frame, der dem „Regierungsstreit-Frame“ zugeordnet werden kann, stammt aus einem Artikel, der ausschließlich in der B.Z. erschien. Hierin wird die Einigung der Regierungskoalition über verlängerte Übergangsfristen thematisiert und diese als Abwendung einer Blamage für Olaf Scholz und Robert Habeck bewertet (jan/fer, 2023, 14. Juni, S. 19). Auch die anderen beiden, in der BILD verwendeten Frames („Regulierungs-Frame“ und „Einsichts-Frame“) sind ähnlich häufig wie in der BILD vertreten. Allerdings findet sich auch hier, beim „Regulierungs-Frame“ ein Artikel der ausschließlich in der B.Z. erschien. Der hieraus erhobene Frame, stellt in Frage, ob eine Umstellung der deutschen Wärmeversorgung überhaupt einen Beitrag zur weltweiten Emissionsverringerung leisten würde (Schupelius, 2023, 26. Mai, S. 8). Bemängelt wird dabei, dass die Kosten nicht den prognostizierten Effekt rechtfertigen

würden. Dabei würde jede Verhältnismäßigkeit verloren gehen und deshalb die GEG-Novelle gestoppt werden. Weniger stark vertreten, aber dafür nicht ebenfalls in der Bild erschienen, ist der „private Überforderung-Frame“. Diese nimmt die allgemeine und finanzielle Belastung der Bürger in den Fokus und stellt, ähnlich wie beim „Regulierungs-Frame“ den Nutzen dieser Belastungen für das Klima in Frage (Schupelius, 2023, 26. Mai, S. 8).

Auch zum Ende des Untersuchungszeitraums ist die Häufigkeit der erhobenen Frames ähnlich wie bei der BILD. So treten auch bei der B.Z. der „Grüne-Arroganz-Frame“ und der „Regierungstreit-Frame“ in den Vordergrund. Dabei sind beide Frames wieder identisch mit denen aus der BILD, da es sich erneut um dieselben Artikel handelte. Lediglich bezüglich des „Regierungstreit-Frames“ findet sich ein Artikel, der nicht in der BILD erschienen ist. In diesem werden die Streitigkeiten über die GEG-Novelle als ursächlich für den AfD-Erfolg in Brandenburg gesehen (Sauerbier, 2023, 21. September, S. 11). Dabei wird betont, dass auch die anderen Parteien die Novelle ablehnen und nur die Grünen daran festhielten.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass auf Grund der Menge an identischen Artikeln, das Urteil über Robert Habeck, als Hauptverantwortlichen genauso ausfällt wie in der BILD. Ebenso findet sich auch der „Regulierungs-Frame“ von Anfang bis zum Ende in der Berichterstattung der B.Z. wieder und auch die Streitigkeiten der Regierung werden ab der 21. Kalenderwoche verstärkt in den Fokus genommen. Damit wird die Verantwortungszuschreibung genau wie bei der BILD kurzzeitig auf die Regierung und Robert Habeck verteilt. Es ist naheliegend, dass auch die Handlungsaufforderungen der B.Z. ähnlich ausfallen wie die der BILD. Zwar haben beide Zeitungen Artikel veröffentlicht, die nicht in der jeweils anderen erschienen sind, aber der die Anzahl der BILD-Artikel ist insgesamt höher, womit der Anteil der in beiden Zeitungen veröffentlichten Artikel bei der B.Z. stärker ins Gewicht fällt. Daher ist auch davon auszugehen, dass die B.Z. die entsprechenden Artikel von der BILD übernommen hat und nicht umgekehrt.

Frame	Beschreibung
Verlust	Immobilienbesitzern droht ein Wertverlust oder sogar der Verlust ihrer Immobilie.
Täuschung	Die Regierungsparteien versprechen zwar Technologieoffenheit bei der Ausarbeitung des Gesetzes, aber täuschen diese nur vor.
Private Überforderung	Die Bürger sind mit den an sie gestellten Anforderungen finanziell oder anderweitig überfordert.
Altersdiskriminierung	Die Ausnahme von über 80-jährigen, bei der Austauschpflicht für Heizungen ist diskriminierend gegen andere Rentner.
Regulierung	Die Regularien der GEG-Novelle beschränken den Einzelnen in seiner Freiheit und schaffen neue Probleme.
Regierungsstreit + Unfähigkeit	Die Debatte um die GEG-Novelle spaltet die Regierungsparteien. Die Koalition ist nicht fähig, ein gutes Gesetz auf den Weg zu bringen.
Unklarheit	Die Regierungsparteien bzw. der Gesetzesentwurf lassen viele Fragen offen.
Einsicht	Die Regierungsparteien bzw. Robert Habeck sind einsichtig und haben Änderungen im Gesetzesentwurf vorgenommen.
Eile	Die Regierungsparteien, insbesondere die Grünen, wollen das Gesetz schnellstmöglich im Bundestag verabschieden.
Verhinderung	Der Stopp des Gesetzgebungsverfahrens ist ein Rückschlag für die Grünen, Habeck und die Regierung.

Gesellschaftlicher Unmut	Die Bürger sind mit dem Gesetzesentwurf, mit dem Gesetzgebungsverfahren, der Klimapolitik allgemein, oder anderen Umständen unzufrieden.
--------------------------	--

10. Fazit

In der Berichterstattung der BILD wird mit vielen neuen Wortschöpfungen gearbeitet, welche darauf ausgelegt sind Ängste vor der GEG-Novelle hervorzurufen. Dabei ist der Hammer, ein immer wiederkehrendes Bild, das durch die Verbindung mit nicht nur einem, sondern gleich mehreren Worten, für die Wahrnehmung sorgt, die GEG-Novelle sei etwas, dass sich mit aller Macht seinen Weg in die eigene Privatsphäre bahnt. Gleichzeitig wird so ein Wiedererkennungswert geschaffen. So wurde aus dem „Heizungs-Hammer“ zwischenzeitlich auch der „Heiz-Hammer“ oder der „Verbots-Hammer“. Außerdem konnte mit dieser Wortschöpfung auch eine eingängige Alliteration geschaffen werden, die festlegt, wem die Verantwortung für den Eingriff in die Privatsphäre zuzuschreiben ist: „Habecks-Heiz-Hammer“.

Mit der anfänglichen Fokussierung der BILD, auf den „Verlust-Frame“ und den „private Überforderung-Frame“, spricht sie ihre Leserschaft direkt an. Indem sie verstärkt Verlustängste heraufbeschwört, schafft sie ein erhöhtes Interesse für das Thema, weil sich die Leser zum Teil als betroffene identifizieren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ausweitung der Zielgruppe auf die Mieter eine kluge Wahl, da sich so auf einmal auch Leser als direkt betroffene identifizieren, die dies vorher nicht taten. Dabei setzt die BILD, für Boulevard-Medien charakteristisch, weniger auf die Vermittlung von möglichst vielen Informationen, sondern auf die Emotionalisierung und Skandalisierung des Themas. Mit Synonymen wie „Häuschen-Besitzer“, wird zum Beispiel ein bestimmtes Bild von Immobilieneigentümern gezeichnet. Zum einen werden Eigentümer hier zu Besitzern heruntergestuft, was eine rechtlich nicht ganz unwesentliche Unterscheidung ist. Zum anderen impliziert der Begriff „Häuschen“ nicht nur das die entsprechende Immobilie klein ist, sondern, auch dass es die Einzige ist, die sich im Eigentum des „Häuschen-Besitzers“ befindet. Wer sich nur ein „Häuschen“ leisten kann, hat wahrscheinlich kein Geld für mehr als eins.

Durch den Umstand, dass auch die B.Z. ein Boulevardmedium ist und viele Artikel in beiden Zeitungen erschienen sind, fällt auch die Analyse der Berichterstattung der B.Z. ähnlich wie die der BILD aus. Im Grunde kann die B.Z. in dieser Hinsicht als der verlängerte Arm der BILD gesehen werden. Die Verbreitung derselben Inhalte unter verschiedenen Titeln sorgt dafür, dass die Rahmung des Themas durch die BILD auch bei Lesern der B.Z. ankommt, was diesen nur auffallen kann, wenn sie beide Zeitungen regelmäßig lesen. Auf diese Weise wird die Rahmung der BILD in Berlin intensiviert. Dabei ist die Art der Wahrnehmung eines Themas in Berlin nicht unwichtig, da die Stadt das Zentrum bundespolitischer Entscheidungen ist.

Da auch die erhobenen Frames aus den Artikeln, die nur in der B.Z. erschienen sind, keine drastisch gegenteilige Darstellung des Themas vornehmen, sondern eher denselben Interpretationsrahmen wie die anderen Artikel ansetzen, ergänzen sie im Grunde nur Rahmung der Artikel, die in beiden Medien erschienen sind.

Im Gegensatz dazu ist die Berichterstattung der WELT vielfältiger, informationsreicher und wird der Komplexität des Themas eher gerecht. Auch ist die Berichterstattung selbst deutlich intensiver als bei den beiden anderen Medien. Dies mag auch darin begründet liegen, dass die WELT, mit wirtschaftsliberaler Ausrichtung, vor allem die unmittelbar betroffenen Immobilieneigentümer anspricht. Daher ist die anfänglich ähnliche Ausrichtung der WELT mit der Fokussierung auf den „private Überforderungs-Frame“ nachvollziehbar. Während sie im weiteren Verlauf, ähnlich wie BILD und B.Z., auch den „Regulierungs-Frame“ nutzt, liegt die klare Fokussierung jedoch auf dem „Regierungsstreit-Frame“. Hieraus lässt sich die teilweise Bestätigung für die zweite Hypothese (H2) ableiten, nämlich dass sich die dominanten Frames in allen untersuchten Medien gleichzeitig geändert haben. So ändert sich der Fokus der WELT zwar von der 14. hin zur 21. Kalenderwoche vom „private Überforderungs-Frame“ zum „Regierungsstreit-Frame“, wohingegen der, bei BILD und B.Z. zu Beginn dominante „Regulierungs-Frame“ lediglich durch den „Regierungsstreit-Frame“ ergänzt wird. Dieser bleibt bei der WELT bis zum Ende des Untersuchungszeitraums der deutlich dominanteste, während der „Regulierungs-Frame“ in der BILD und B.Z. zum Ende hin durch den „Grüne-Arroganz-Frame“ als einer der dominantesten abgelöst wird. Die Ursache für synchrone Änderung bzw. Ergänzung der Frames in BILD und B.Z., nämlich die

hohe Anzahl an identischen Artikeln, ist auch die Ursache für die gleiche Verantwortungszuschreibung in BILD und B.Z. So werden entgegen der ersten Hypothese (H1) nicht die Grünen, sondern speziell Robert Habeck, als Hauptverantwortlicher gesehen. Auch die WELT sieht weniger die Grünen als vielmehr die gesamte Regierung in der Verantwortung, was die Hypothese widerlegt. Die dritte Hypothese (H3) kann hingegen als bestätigt angesehen werden, da der „private Überforderung-Frame“ in allen drei Medien zu Beginn der Berichterstattung dominant gewesen ist. In der BILD und B.Z. wurde dieser zwar in der Häufigkeit vom „Verlust-Frame“ übertroffen. Da dieser aber auch Darstellungen zum Wertverfall von Immobilien enthält und die Verhinderung eines solchen Wertverfalls mit Kosten für die Eigentümer verbunden wäre, kann die Hypothese (H3) als bestätigt angesehen werden.

Auch die vierte Hypothese (H4) wurde bestätigt, da alle drei Medien zwischen der 21. Und 24. Kalenderwoche den „Regierungsstreit-Frame“ in den Fokus ihrer Berichterstattung stellten.

Die fünfte Hypothese (H5) muss allerdings als widerlegt angesehen werden. Zwar ist der „Eile-Frame“ zwischen der 27. Und 38. Kalenderwoche vorhanden, aber in allen drei Medien deutlich weniger stark als der „Regierungsstreit-Frame“ bzw. der „Grüne-Arroganz-Frame“. Die Forschungsfrage wird durch die Auswertung und detaillierte Darstellung der verwendeten Frames und durch die Bestätigung bzw. Widerlegung der aufgestellten Hypothesen beantwortet.

10.1 Mögliche Framing-Effekte

Anhand dieser Arbeit lassen sich keine gesicherten Erkenntnisse über Framing-Effekte bei den Rezipienten der untersuchten Medien festhalten, da hierfür eine völlig andere Art von Untersuchung notwendig wäre. Dabei müsste das methodische Vorgehen, auf die Befragung von Rezipienten ausgelegt sein.

Nichtsdestotrotz lassen sich anhand des zuvor aufgeführten Forschungsstandes Annahmen über mögliche Framing-Effekte treffen. Wie zuvor bereits ausgeführt kann in diesem Zusammenhang die Medialisierung, wie Viehmann (2020) sie beschreibt, Einfluss auf den Kernentscheidungsprozess von Entscheidungsträgern haben.

Berücksichtigt man dabei die von Viehmann (2020) erwähnten antizipatorischen Effekte, so legen diese, die Berücksichtigung der Berichterstattung bei der Entscheidungsfindung der Regierung nahe. Auch die Erkenntnis nach Pain (2022), dass die Fokussierung auf Streitigkeiten zwischen Akteuren dafür sorgen kann, dass die inhaltliche Betrachtung in den Hintergrund der Berichterstattung rückt, ist in Bezug auf diese Arbeit wichtig. Zum einen, weil eine solche Fokussierung bei BILD und B.Z., auf Grund ihrer Ausrichtung als Boulevardmedien, zu erwarten war, aber auch, weil die WELT, als Qualitätsmedium, den „Regierungstreit-Frame“ am häufigsten von allen Medien verwendete.

11. Diskussion

Anhand dieser Arbeit lassen sich lediglich Annahmen und Vermutungen treffen, ob die untersuchten Medien bzw. die Axel Springer SE insgesamt versucht haben/hat Einfluss auf den politischen Diskurs und damit die Ausgestaltung der GEG-Novelle zu nehmen. Die Erkenntnisse dieser Arbeit legen allerdings nahe, dass nicht nur in den Boulevardmedien der Fokus auf den Streitigkeiten der Regierung lag und weniger auf der inhaltlichen Auseinandersetzung. Dazu muss erwähnt werden, dass die Regierungsparteien durch ihre nach außen getragener Uneinigkeit in einigen Fragen, diese Fokussierung in gewissem Maße rechtfertigen. Zudem kann argumentiert werden, dass Medien in einer Demokratie eine korrektive Aufgabe haben, sodass die untersuchten Medien, mit ihren Handlungsaufforderungen dazu beigetragen haben könnten, dass die politischen Entscheidungsträger in manchen Fragen, Anpassungen der GEG-Novelle vornahmen. Dennoch bleibt die dominanteste Handlungsaufforderung der Stopp des Gesetzgebungsverfahrens und damit die Verhinderung der Novelle insgesamt. Durch die intensive Verwendung des „Regierungstreit-Frames“ und der damit immer wieder einhergehenden Anzweiflung der Kompetenz der Regierung, wird die Debatte um die Novelle eine sein, an der die Regierungsparteien zukünftig gemessen werden. Zwar kann diese Arbeit keine Erkenntnisse über die konkreten Auswirkungen der Berichterstattung der Axel Springer Medien liefern, aber dafür zeigt sie Unterschiede und vor allem Gemeinsamkeiten der Berichterstattung innerhalb des Medienkonzerns auf. Die Interpretation dieser Gemeinsamkeiten kann als Anreiz für Studien dienen, die beispielsweise die Berichterstattung von Axel Springer Medien mit denen anderer Medien- oder Verlagshäuser vergleichen. Für eine Betrachtung des Gesamtbildes wäre sicherlich

auch die Analyse der medialen Bewertung der Ampel-Regierung über die ganze Legislaturperiode hinweg interessant. Hierfür bietet diese Arbeit einen detaillierten Einblick in einen wichtigen Teilbereich dieser Legislaturperiode. Außerdem könnten zur Vertiefung der hier gewonnenen Erkenntnisse, Studien durchgeführt werden, die sich mit den Auswirkungen vom Framing der untersuchten Medien, auf Rezipienten befassen. So könnten bessere Erkenntnisse für die Herleitung der Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen gewonnen werden. In jeden Fall wäre eine quantitative Untersuchung als alternative zur qualitativen Untersuchung zu empfehlen, um die Ergebnisse dieser Arbeit entweder bestätigen, widerlegen oder ergänzen zu können. Auf diese Weise können die interpretativen Schwächen der, in dieser Arbeit genutzten qualitativen Inhaltsanalyse ausgeglichen und ein stärkeres Fundament für weiterführende Untersuchungen geschaffen werden.

Literaturverzeichnis

Bender & Schäfer (2023, 6. Juli), Verfassungsrichter stoppen Habecks Heizungs-gesetz!, *BILD*, S. 3

Boldt (2023, 6. Juli), "Herausforderung von beispielloser Dimension", *WELT*, S. 1

Brants, K., & van Praag, P. (2017). Beyond Media Logic. *Journalism Studies*, 18(4), 395–408. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2015.1065200>

Chong, D., & Druckman, J. N. (2007). Framing Theory. *Annual Review of Political Science*, 10(Volume 10, 2007), 103–126. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.10.072805.103054>

Culpepper, P., & Lee, T. (2020). The art of the shitty deal: Media frames and public opinion on financial regulation in the United States. *Socio-Economic Review*, 20. <https://doi.org/10.1093/ser/mwaa036>

- de Vreese, C. H. (2004). The Effects of Frames in Political Television News on Issue Interpretation and Frame Salience. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 81(1), 36–52. <https://doi.org/10.1177/107769900408100104>
- Dierig (2023, 25. Mai), Heimspiel für Habeck, *WELT*, S. 9
- Druckman, J. N. (2001). The implications of framing effects for citizen competence. *Political Behavior*, 23(3), 225–256. <https://doi.org/10.1023/A:1015006907312>
- Entman, R. (1993). Framing: Toward Clarification of A Fractured Paradigm. *The Journal of Communication*, 43, 51–58. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>
- Esser, F. (2013). *Esser, F. (2013). Mediatization as a Challenge: Media Logic versus Political Logic. In H. Kriesi, S. Lavanex, F. Esser, J. Matthes, M. Bühlmann, & D. Bochler, Democracy in the Age of Globalization and Mediatization. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 155-176. (S. 155–176). https://doi.org/10.5167/uzh-91250*
- Esser, F., & Strömbäck, J. (2014). *Strömbäck, J., & Esser, F. (2014). Mediatization of Politics: Transforming Democracies and Reshaping Politics. In K. Lundby (Ed.), Mediatization of Communication. Berlin: De Gruyter Mouton, 375-403 (S. 375–403). https://doi.org/10.1515/9783110272215.375*
- Exner (2023, 7. Juli), "Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel", *WELT*, S. 4
- Fabricius (2024, 24. Februar), Funktionierende Heizungen sollen bald ausgetauscht werden, *WELT*, 9
- Fabricius (2023, 24. Mai), Habecks falsche Reihenfolge, *WELT*, 7
- Fabricius & Vetter (2023, 6. April), Wärmepumpen-Verband sieht Kunden im Nachteil, *WELT*, S. 11
- Fabricius (2023, 4. April), Die wichtigsten Heizungsregeln ab Januar 2024, *WELT*, S. 11
- Fabricius (2023, 4. April), Wärmepumpen kosten jährlich 12 Milliarden Euro, *WELT*, S. 1
- Fabricius (2023, 24. Mai), Habecks Heizungsgesetz verzögert sich, *WELT*, S. 1
- Fabricius (2023, 24. Mai), Habecks falsche Reihenfolge, *WELT*, S. 7
- Fabricius (2023, 5. Juli), Vermieter bei Förderung benachteiligt, *WELT*, S. 11
- Fabricius (2023, 18. September), Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten, *WELT*, S. 7
- Fabricius, Vetter & Wetzel (2023, 4. Juli), Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes, *WELT*, S. 9
- flk/cvw (2023, 8. April), Es droht der Verkaufszwang des Eigenheims, *BILD*, S. 5
- Gebäudeenergiegesetz: „Wir waren im absoluten Krisenmodus“ | ZEIT ONLINE.* (o. J.). Abgerufen 29. September 2024, von <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/gebaeudeenergiegesetz-heizungsgesetz-bundestag-ampel-koalition>
- Goffman, E. (1974). *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience.* Harvard University Press.

- Hackenberg (2023, 5. Juli), Erleichterungen für Senioren beim Heizungstausch, *WELT*, S. 11
- Haubrich (2023, 3. April), Energiewende, made in Germany, *WELT*, S. 1
- Iyengar, S. (1991). *Is anyone responsible? How television frames political issues* (S. viii, 195). University of Chicago Press. <https://doi.org/10.7208/chicago/9780226388533.001.0001>
- jan (2023, 15. Juni), Städte warnen vor neuem Heizungs-Murks, *BILD*, S. 2
- jan/fer (2023, 14. Juni), Habecks Heiz-Hammer soll erst 2028 kommen, *B.Z.*, S. 19
- Jost, D. P., Mack, Matthias, & Johannes, Dr Hillje. (2024). *Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz—Und was wir daraus lernen können*. https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/04/240418_DPZ_Studie_Aufgeheizte-Debatte.pdf
- Kohring, M., & Matthes, J. (2007). Trust in news media: Development and validation of a multidimensional scale. *Communication Research*, 34(2), 231–252. <https://doi.org/10.1177/0093650206298071>
- Kruij, G. (2009). *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. <https://doi.org/10.1515/9783486595918>
- Levin, I. P., & Gaeth, G. J. (1988). How consumers are affected by the framing of attribute information before and after consuming the product. *Journal of Consumer Research*, 15(3), 374–378. <https://doi.org/10.1086/209174>
- Levin, I., Schneider, S., & Gaeth, G. (1998). All Frames Are Not Created Equal: A Typology and Critical Analysis of Framing Effects. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 76, 149–188. <https://doi.org/10.1006/obhd.1998.2804>
- Maheswaran, D., & Meyers-Levy, J. (1990). The Influence of Message Framing and Issue Involvement. *Journal of Marketing Research*, 27(3), 361–367. <https://doi.org/10.2307/3172593>
- Malzahn & Jungholt (2023, 25. Mai), Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch, *WELT*, S. 1
- Malzahn (2023, 15. Juni), Grüner Grundsatzstreit über Migration steht an, *WELT*, S.
- Matthes, J., & Kohring, M. (2004). Die empirische Erfassung von Medien-Frames. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52(1), 56–75. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2004-1-56>
- Meyerowitz, B. E., & Chaiken, S. (1987). The effect of message framing on breast self-examination attitudes, intentions, and behavior. *Journal of Personality and Social Psychology*, 52(3), 500–510. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.52.3.500>
- Nelson, T. E., Oxley, Z. M., & Clawson, R. A. (1997). Toward a Psychology of Framing Effects. *Political Behavior*, 19(3), 221–246. <https://doi.org/10.1023/A:1024834831093>
- Pain, P. (2022). Framing the Affordable Healthcare Act: Examining Alternative and Mainstream Media Approaches. *Journal of Communication Inquiry*, 46(1), 82–100. <https://doi.org/10.1177/01968599211040839>

- Rupprecht, Vehlewald & Volkhausen (2023, 3. April), Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner, *BILD*, S. 2
- Rupprecht (2023, 25. Mai), „Habeck will Energie-Stasi einsetzen!“, *BILD*, S. 2
- Rupprecht (2023, 19. März), Verheizt die Regierung fröhlich unser Geld fürs Klima?, *B.Z.*, S. 28
- Russell, A., Dwidar, M., & Jones, B. D. (2016). The Mass Media and the Policy Process. In A. Russell, M. Dwidar, & B. D. Jones, *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.240>
- Sauerbier, (2023, 21. September), Brandenburg will Heizungsgesetz stoppen, *B.Z.*, S. 11
- Schäfer (2023, 28. Februar), Der Habeck Hammer für unsere Heizungen, *BILD*, 2
- Schäfer (2023, 7. März), Mehr Respekt für Häuschen-Besitzer! *BILD*, S. 2
- Schäfer (2023, 14. März), Löst sich Habecks Förder-Versprechen in heiße Luft auf?, *BILD*, S. 2
- Schäfer (2023, 27. Mai), Habeck hat endlich verstanden!, *BILD*, S. 4
- Schäfer (2023, 15. Juni), Vergeißt das Heiz-Gesetz nicht nochmal, *BILD*, S. 2
- Schäfer (2023, 8. Juli), Die grüne Arroganz nervt!, *BILD*, S. 2
- Scheufele, B., & Engelmann, I. (2016). Journalismus und Framing. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien* (S. 443–456). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18966-6_27
- Scheufele, D. A. (1999). Framing as a Theory of Media Effects. *Journal of Communication*, 49(1), 103–122. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1999.tb02784.x>
- Schnell, F. (2001). Assessing the Democratic Debate: How the News Media Frame Elite Policy Discourse. *Political Communication*, 18, 183–213. <https://doi.org/10.1080/105846001750322970>
- Sheafer, T., & Weimann, G. (2005). Agenda Building, Agenda Setting, Priming, Individual Voting Intentions, and the Aggregate Results: An Analysis of Four Israeli Elections. *Journal of Communication*, 55(2), 347–365. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2005.tb02676.x>
- Schupelius (2023, 26. Mai), Würde sich das Klima ändern, wenn Gasund Ölheizungen verboten sind?, *B.Z.*, S. 8
- Tversky, A., & Kahneman, D. (1981). The Framing of Decisions and the Psychology of Choice. *Science*, 211(4481), 453–458.
- Van Gorp, B. (2007). The Constructionist Approach to Framing: Bringing Culture Back In. *Journal of Communication*, 57(1), 60–78. <https://doi.org/10.1111/j.0021-9916.2007.00329.x>
- Vehlewald (2023, 8. Juli), Arroganz-Anfall von Habeck, *BILD*, S. 2
- Vetter (2023, 5. April), Ausnahmen von Heizungspflicht in der Kritik, *WELT*, S. 9

Viehmann, C. (2020). Problemstellung: Medien und Entscheidungen von Funktionsebenen. In C. Viehmann, *Korsett und Machtressource* (S. 17–117). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32009-6_2

Wagenknecht (2023, 6. Juli), Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm, *WELT*, S. 7

Wetzel (2022, 17. November), Strompreis-Privileg für Wärmepumpen-Besitzer, *WELT*, 10

Wetzel (2023, 3. April), Biomethan kann Gasheizung vor dem Aus retten, *WELT*, S. 1

Wetzel (2023, 16. Juni), Rätselraten um die Heizungsnovelle, *WELT*, S. 9

Wetzel (2023, 15. Juni), Für eine Wärmewende ohne Schrecken, *WELT*, S. 7

Wetzel (2023, 13. Juni), Naheliegende Lösung im Heizungsstreit, *WELT*, S. 1

Wetzel (2023, 13. Juni), Bund will dänischen Erfolg bei Fernwärme übertreffen, *WELT*, S. 1

Anhang

Untersuchte Artikel BILD

- TOPEXPORTE wirft Habeck "ÖKO-DIKTATUR" vor (13.03.2023, S.2)
- Löst sich Habecks Förder-Versprechen in heiße Luft auf? (14.03.2023, S. 2)
- Habecks Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge (17.03.2023, S. 2)
- Habecks seltsame Ü80-Regel spaltet Deutschlands Rentner (03.04.2023, S. 2)
- DIESE Tücken stecken im Heiz-Gesetz (04.04.2023, S. 2)
- So rechnet sich die Ampel die Heiz-Wende schön (05.04., S. 2)
- Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert (06.04.2023, S. 2)
- Jetzt geht es um Existenz-Fragen! (06.04.2023, S. 2)
- Versteckte Klausel in Habecks-Heiz Gesetz (06.04.2023, S. 2)
- AMPEL-WIRRWARR UM HEIZUNGSVERBOT (08.04.2023, S. 2)
- Es droht der Verkaufszwang (08.04.2023, S. 5)
- Ampel-Streit immer schlimmer. Habeck wirft FDP WORTBRUCH vor (24.05.2023, S. 2)
- Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen! (24.05.2023, S. 2)
- Die wichtigsten Fragen zum zweiten "HEIZ-HAMMER" (25.05.2023, S. 2)
- „Habeck will Energie-Stasi einsetzen!“ (25.05.2023, S. 2)
- Ist das noch Koalition oder kann das weg? (25.05.2023, S. 2)
- Spielt die FDP ein FALSCHES SPIEL? (26.05.2023, S. 2)
- Habeck hat endlich verstanden! (27.05.2023, S. 4)
- Habeck gibt überraschendes Heiz-Versprechen (27.05.2023, S. 4)
- Ampel einigt sich: Heiz-Hammer soll erst 2028 kommen (14.06.2023, S. 2)

- 10 Hammer-Fragen und treffende Antworten zu Habecks Heiz-Hammer (15.06.2023, S. 2)
- Vergeigt das Heiz-Gesetz nicht nochmal! (15.06.2023, S. 2)
- Städte warnen vor neuem Heizungs-Murks (15.06.2023, S. 2)
- Verfassungs-Richter stoppen Heizgesetz! (06.07.2023, S. 3)
- Als ihnen das Heiz-Gesetz um die Ohren flog (07.07.2023, S. 2)
- Die Dilettanten (07.07.2023, S. 2)
- Arroganz-Anfall von Habeck (08.07.2023, S. 2)
- Die grüne Arroganz nervt! (08.07.2023, S. 2)
- HEIZ-GESETZ Künftig zwei Miet-Erhöhungen? (08.07.2023, S. 2)
- Bei Wärmepumpe starten oder warten? (23.09.2023, S. 3)
- Bauministerin klagt über zu viele Klimaschutz-Regeln beim Bau (23.09.2023, S. 2)
-

Untersuchte Artikel WELT

- Biomethan kann Gasheizung vor dem Aus retten (03.04.2023, S. 1)
- Regierungskoalition lockert Regeln beim Heizungstausch (03.04.2023, S. 9)
- Energiewende, made in Germany (03.04.2023, S. 1)
- Die wichtigsten Heizungsregeln ab Januar 2024 (04.04.2023, S. 11)
- Heizungs-Bürokratie (04.04.2023, S.1)
- Wärmepumpen kosten jährlich 12 Milliarden Euro (04.04.2023, S. 1)
- Die wahren Kosten durch die Wärmepumpe (05.04.2023, S. 11)
- Ausnahmen von Heizungspflicht in der Kritik (05.04.2023, S. 9)
- Wärmepumpen-Verband sieht Kunden im Nachteil (06.04.2023, S. 11)
- Robert Habecks letzte Chance (22.05.2023, S. 7)
- Habecks falsche Reihenfolge (24.05.2023, S. 7)
- Habecks Heizungsgesetz verzögert sich (24.05.2023, S. 1)
- Am Rande der Handlungsunfähigkeit (25.05.2023, S. 1)
- Heimspiel für Habeck (25.05.2023, S. 9)
- Bürgerschaft streitet über Heizungen (25.05.2023, S. 16)
- Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch (25.05.2023, S. 1)
- Man nennt es Demokratie (12.06.2023, S. 1)
- Bund will dänischen Erfolg bei Fernwärme übertreffen (13.06.2023, S. 1)

- Naheliegende Lösung im Heizungsstreit (13.06.2023, S. 1)
- Die föderalistische Willkür der Energiewende (13.06.2023, S. 2)
- Heizungsgesetz kommt schnell in den Bundestag (14.06.2023, S. 1)
- Für eine Wärmewende ohne Schrecken (15.06.2023, S. 7)
- Grüner Grundsatzstreit über Migration steht an (15.06.2023, S. 1)
- Ein Symptom politischer Schwäche (16.06.2023, S. 1)
- Rätselraten um die Heizungsnovelle (16.06.2023, S. 9)
- Opposition wirft Ampel "verkorkstes" Gesetz vor (16.06.2023, S. 1)
- Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes (04.07.2023, S. 9)
- Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz (04.07.2023, S. 1)
- Erleichterungen für Senioren beim Heizungstausch (05.07.2023, S. 11)
- Vermieter bei Förderung benachteiligt (05.07.2023, S. 11)
- "Herausforderung von beispielloser Dimension" (06.07.2023, S. 10)
- Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm (06.07.2023, S.7)
- Das hat sich die Ampel verdient (07.07.2023, S. 1)
- "Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel" (07.07.2023, S. 4)
- Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten (18.09.2023, S. 7)
- Käufer von Wärmepumpen warten weiter ab (19.09.2023, S. 10)

Untersuchte Artikel B.Z.

- TOPEXPORTE wirft Habeck "ÖKO-DIKTATUR" vor (13.03.2023, S.19)
- Löst sich Habecks Förder-Versprechen in heiße Luft auf? (14.03.2023, S. 19)
- Habecks Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge (17.03.2023, S. 19)
- Habecks Zeitplanung stiftet mehr Schaden als Nutzen (19.03.2023, S. 29)
- Verheizt die Regierung fröhlich unser Geld fürs Klima? (19.03.2023, S. 28)
- Habecks seltsame Ü80-Regel spaltet Deutschlands Rentner (03.04.2023, S. 18)
- DIESE Tücken stecken im Heiz-Gesetz (04.04.2023, S. 19)
- Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert (06.04.2023, S. 22)
- Jetzt geht es um Existenz-Fragen! (06.04.2023, S. 22)
- AMPEL-WIRRWARR UM HEIZUNGSVERBOT (08.04.2023, S. 23)
- Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen! (24.05.2023, S. 18)

- Die wichtigsten Fragen zum zweiten "HEIZ-HAMMER" (25.05.2023, S. 21)
- Ist das noch Koalition oder kann das weg? (25.05.2023, S. 20)
- Spielt die FDP ein FALSCHES SPIEL? (26.05.2023, S. 19)
- Würde sich das Klima ändern, wenn Gasund Ölheizungen verboten sind? (26.05.2023, S. 8)
- Habeck hat endlich verstanden! (27.05.2023, S. 24)
- Habeck gibt überraschendes Heiz-Versprechen (27.05.2023, S. 26)
- Regierung entschärft Heiz-Hammer (ein bisschen) (12.06.2023, S. 19)
- Habecks Heiz-Hammer soll erst 2028 kommen (14.06.2023, S. 19)
- 10 Hammer-Fragen und treffende Antworten zu Habecks Heiz-Hammer (15.06.2023, S. 18)
- Vergeißt das Heiz-Gesetz nicht nochmal! (15.06.2023, S. 18)
- Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum ist sie so lang? (06.07.2023, S. 8)
- Verfassungs-Richter stoppen Heizgesetz! (06.07.2023, S. 20)
- Heilmann führt Ampel-Regierung vor (07.07.2023, S. 19)
- Die grüne Arroganz nervt! (08.07.2023, S. 20)
- Brandenburg will Heizungsgesetz stoppen (21.09.2023, S. 11)
- Bei Wärmepumpe starten oder warten? (23.09.2023, S. 25)
- Bauministerin klagt über zu viele Klimaschutz-Regeln beim Bau (23.09.2023, S. 23)

Identifizierte Frames

BILD Regierungstreit-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Ampel-Streit im-merschlimmer: Habeck wirft FDP Wortbruch vor	Eskalation im Ampel-Streit	"Der Ampel-Zoff um den Heiz-Hammer eskaliert!"	FDP	"Jetzt wirft Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) dem Koalitionspartner Wortbruch vor: "Ich nehme zur Kenntnis, dass sich die FDP nicht an das gegebene Wort hält an dieser Stelle.""				
Ampel-Streit im-merschlimmer: Habeck wirft FDP Wortbruch vor	Beratung des Gesetzes im Bundestag	"Und darum geht es: Eigentlich sollte das Gesetz zur "Wärmewende" in dieser Woche im Bundestag beraten werden. Doch die FDP hat das jetzt verhindert."	FDP	"Und darum geht es: Eigentlich sollte das Gesetz zur "Wärmewende" in dieser Woche im Bundestag beraten werden. Doch die FDP hat das jetzt verhindert."	Wortbruch	"Dies sei ein "Wortbruch gegenüber gegenüber der Vereinbarung, die wir nach dem Koalitionsausschuss getroffen haben", sagte Habeck."		

Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Gefährdung der Regierungskoalition	"Der Streit um den Heiz-Hammer droht die Regierung zu sprengen!"	Habeck	"Für Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) wird sein Heizungsgesetz zur Bewährungsprobe für die Ampel."	Anzweiflung der Koalition	"In internen Grünen-Runden erklärte Habeck nach B.Z.-Informationen: Entweder sein Heizungsgesetz komme wie geplant - oder man müsse ernsthaft darüber diskutieren, ob die Koalition in der bisherigen Form noch Sinn macht."		
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Wut auf die FDP	"Auch öffentlich lassen die Grünen ihre Wut über die FDP raus."	FDP	"Auslöser: Die Liberalen verhinderten, dass der Bundestag ab dieser Woche über das Heizungsgesetz berät."	Wortbruch	"Habeck warf der FDP deshalb 'Wortbruch' vor." "Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic (46) bezieht die FDP, sich 'wie eine Opposition mit Ministerämtern' aufzuführen."		
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Unzufriedenheit mit FDP & Grünen	"Die SPD-Fraktion von Kanzler Olaf Scholz (64) ist nach all dem Hickhack auf BEIDE Koalitionspartner sauer."	FDP & Grüne	"Der FDP unterstellt die SPD: Sie wolle nur wegen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern das Gesetz auf Herbst verschieben. Und von den Grünen ist die SPD genervt: Der Wortbruch-Vorwurf sei eine völlig unnötige Eskalation."				
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Grün vs. Grün	"Und nun 'kämpft' auch noch Grün gegen Grün: Ba.-Wü.-Ministerpräsident Winfried Kretschmann (75, Grüne) äußert Zweifel am Zeitplan des Heiz-Gesetzes seines Parteikollegen Habeck."	Kretschmann	"Und nun 'kämpft' auch noch Grün gegen Grün: Ba.-Wü.-Ministerpräsident Winfried Kretschmann (75, Grüne) äußert Zweifel am Zeitplan des Heiz-Gesetzes seines Parteikollegen Habeck."			Überprüfung der zeitlichen Umsetzbarkeit	"Ich würde dem Minister und seinem Haus empfehlen, das noch mal genau zu klären, ob es in dieser Zeit auch wirklich umsetzbar ist", so Kretschmann."
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Regierungskrise	"Die Krise ist so dramatisch, dass jetzt die Rettungsaktion für die Ampel anläuft."					Problemlösung	"Scholz machte dabei klar: Löst das Problem in den nächsten drei Wochen!"
Spielt die FDP ein FALSCHES SPIEL?	Streit zwischen Koalitionspartnern	"Kein Tag ohne neuen Ampel-Zoff um den Heiz-Hammer von Robert Habeck (53, Grüne)!"	Habeck + GEG	"Kein Tag ohne neuen Ampel-Zoff um den Heiz-Hammer von Robert Habeck (53, Grüne)!"	Unentslossenheit	"Auffällig: FDP-Chef Christian Lindner (44) und seine Partei fahren mächtig zickzack. Sie stimmen zu, lehnen ab, stimmen zu, lehnen ab... Spielt die FDP beim Heiz-Hammer ein falsches Spiel?"	Vermeidung eines Image-Schadens	"Doch Meinungsforscher Hermann Binkert (58, INSA) warnt: 'Die FDP muss aufpassen, nicht als alleiniger Störenfried abgestempelt zu werden.'"
Verfassungsrichter stoppen Heizgesetz!	Frustration der Koalitionspartner	"Frustration dagegen bei SPD und Grünen."			Sturrköpfigkeit	"Aus der FDP hieß es, nun bekomme Habeck die		

						Quittung dafür, dass er mit "dem Kopf durch die Wand" gewollt habe."		
Verfassungs-Richter stoppen Heizgesetz!	Furcht vor Sondersitzung	"Erste Stimmen warnen nun vor eine Sondersitzung des Bundestags während der Sommerpause."			Keine Grundlage	"Der FDP-Politiker Frank Schäffler: "Der Respekt vor dem Verfassungsgericht verbietet es, dass man wegen so eines Gesetzes jetzt in der Sommerpause eine Sondersitzung macht. Dafür gibt es keine Grundlage.""		
Heilmann führt Ampel-Regierung vor	Streit um Sondersitzung	"Gegen 23 Uhr: Krisenpfeil der Ampel-Spitzen. Die Stimmung: aufgeladen. Die Grünen schieben Frust, fordern die Sondersitzung. Die FDP sagt: Nein! Donnerstag, 7.20 Uhr: Im "Deutschlandfunk" hält sich Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann (61) eine Sondersitzung Ende Juli offen, steht fast alleine da. Scholz, Lindner und deren Fraktionschefs: dagegen."			Rückschlag für die Grünen	"Die Grünen einmal mehr geschlagen."		
Die Dilettanten	Planlosigkeit der Regierungsparteien	"Wir erleben seit Wochen einen Kanzler Scholz, einen Vizekanzler Habeck und einen Finanzminister, die unter fassunglosen Blicken des Publikums wie in einem Autoscooter auf dem Rummelplatz planlos von Crash zu Crash fahren."	Scholz, Habeck, Lindner	"Wir erleben seit Wochen einen Kanzler Scholz, einen Vizekanzler Habeck und einen Finanzminister, die unter fassunglosen Blicken des Publikums wie in einem Autoscooter auf dem Rummelplatz planlos von Crash zu Crash fahren."	Dauerhafte Streiterei	"Zur Erinnerung: Neben dem Heizungsgesetz krachte es bei Rot-Grün-Gelb allein in dieser Woche bei der Kindergrundsicherung und beim Elterngeld." "Es kann einem angst und bange werden."		
Die Dilettanten	Viele Krisen	"Wirtschaftlicher Abstieg, Inflation, Flüchtlingskrise, Krieg in der Ukraine und dazu eine Regierung, die nicht einmal ein korrektes Gesetzgebungsverfahren auf die Reihe bringt."	Regierung	"Wirtschaftlicher Abstieg, Inflation, Flüchtlingskrise, Krieg in der Ukraine und dazu eine Regierung, die nicht einmal ein korrektes Gesetzgebungsverfahren auf die Reihe bringt."	Unfähigkeit der Regierung	"Wirtschaftlicher Abstieg, Inflation, Flüchtlingskrise, Krieg in der Ukraine und dazu eine Regierung, die nicht einmal ein korrektes Gesetzgebungsverfahren auf die Reihe bringt."		

BILD Unklarheits-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Ampel-Wirrwarr um Heizungsverbot	Unklare Regelungen	"Große Verwirrung um das Heiz-Gesetz!"	Michael Kruse + Wirtschaftsministerium	"Bereits eingebaute Gas-Heizungen müssen laut	Zustimmung für Kruse	"Ökonom Prof. Jens Schnellenbach	Austausch der Gas-Therme	"Wenn mein Netz auf Wasserstoff umgestellt

				Entwurf schon 2035 raus, so Michael Kruse." "Das Wirtschaftsministerium widerspricht:"		(50, TU Cottus) gibt Kruse recht:"		werden soll, brauche ich eine taugliche Gastherme." Heißt: Die alte muss raus!"
Habeck gibt über-raschendes Heiz-Ver-sprechen	Unklarheit über den Beginn	"Aber wann soll der Heiz-Hammer für sie nun gelten? Weiter unklar!"	Habeck	" Habeck will plötzlich auch eine pragmatische, unbürokratische Härtefallregelung, die dafür sorgt, "dass von niemandem etwas verlangt wird, was er oder sie nicht leisten kann", versicherte er."	Un-glaubwürdigkeit	"Und schließlich: Er nehme die Kritik und die gesellschaftlichen Sorgen vieler "sehr ernst" ..."		
Städte warnen vor neuem Heizungs-Murks	Zu viele offene Fragen	"Es sind noch viele Einzelfragen offen, die nicht schnell geklärt werden können."	Eile der Regierung	"Infolge der großen Eile wird man das Gesetz bald wieder nachbessern müssen."	Nachbesserungsbedarf	"Infolge der großen Eile wird man das Gesetz bald wieder nachbessern müssen."	Verschiebung	"Haus&Grund Chef Kai Warnecke (51) forderte ebenfalls eine Verabschiedung erst im Herbst."
Bei Wärmepumpe starten oder warten?	Schnelle Umsetzung von Förderkonzepten	" Jetzt ist die Regierung in der Pflicht, ein neues Förderkonzept für Wärmepumpe und Co. umzusetzen - fällig bis 30. September."	Regierung	" Jetzt ist die Regierung in der Pflicht, ein neues Förderkonzept für Wärmepumpe und Co. umzusetzen - fällig bis 30. September."			Abwarten	" Wer aber von allen Boni profitiert oder eine bislang nicht geförderte Heizanlage plant, ist besser beraten zu warten, bis die neuen Zuschüsse amtlich sind. Voraussichtlich Anfang Oktober. "

BILD Eile-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Städte warnen vor neuem Heizungs-Murks	Zu viele offene Fragen	"Es sind noch viele Einzelfragen offen, die nicht schnell geklärt werden können."	Eile der Regierung	"Infolge der großen Eile wird man das Gesetz bald wieder nachbessern müssen."	Nachbesserungsbedarf	"Infolge der großen Eile wird man das Gesetz bald wieder nachbessern müssen."	Verschiebung	"Haus&Grund Chef Kai Warnecke (51) forderte ebenfalls eine Verabschiedung erst im Herbst."
Die Dilettanten	Zwanghaft Durchbringung eines schlechten Gesetzes	"Das ist ein sehr seriöses Gesetzgebungsverfahren - so wischte der Kanzler noch am Sonntag alle verfassungsrechtlichen Zweifel an der Eile vom Tisch, mit der die Ampel das ohnehin arg ramponierte Heizungsgesetz durch den Bundestag bringen wollte."	Scholz	"Das ist ein sehr seriöses Gesetzgebungsverfahren - so wischte der Kanzler noch am Sonntag alle verfassungsrechtlichen Zweifel an der Eile vom Tisch, mit der die Ampel das ohnehin arg ramponierte Heizungsgesetz durch den Bundestag bringen wollte."				

Die Dilettanten	Keine Einsicht + Gewaltakt für Sonder-sitzung	"Doch von Einsicht keine Spur! Nur wenige Stunden später griffen nicht wenige Unbelehrbare der Koalition erneut zum Brecheisen und versuchten, eine ebenso kostspielige wie unnötige Sonder-sitzung des Bundestags durchzusetzen."	Viele Mitglieder der Regierungsparteien	"Doch von Einsicht keine Spur! Nur wenige Stunden später griffen nicht wenige Unbelehrbare der Koalition erneut zum Brecheisen und versuchten, eine ebenso kostspielige wie unnötige Sonder-sitzung des Bundestags durchzusetzen."	Gut das die FDP das verhindert hat	"(was gottlob an der FDP scheiterte)."		
Die Dilettanten	Beschneidung der Befugnisse des Parlaments	"Schlimm genug, dass die Ampel die Kontrollbefugnisse des Parlaments dreist beschneiden wollte, nur um das Verlierer-Thema Heizungsgesetz aus den Landtagswahlen im Herbst herauszuhalten."	Regierungsparteien	"Schlimm genug, dass die Ampel die Kontrollbefugnisse des Parlaments dreist beschneiden wollte, nur um das Verlierer-Thema Heizungsgesetz aus den Landtagswahlen im Herbst herauszuhalten."	Schlimm	"Schlimm genug, dass die Ampel die Kontrollbefugnisse des Parlaments dreist beschneiden wollte, nur um das Verlierer-Thema Heizungsgesetz aus den Landtagswahlen im Herbst herauszuhalten."		
Die Grüne Arroganz nervt!	Übereiltes Gesetzgebungsverfahren	"Monatelang machten Robert Habeck und die Grünen Druck, das Heiz-Gesetz per Turbo durch den Bundestag zu peitschen."	Habeck & Die Grünen	"Monatelang machten Robert Habeck und die Grünen Druck, das Heiz-Gesetz per Turbo durch den Bundestag zu peitschen."				

BILD Regulierungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
TOPEX-PERTE wirft Habeck "ÖKO-DIKTATUR" vor	Regulierung	"Frondel zur B.Z.: "Deutschland ist auf dem Weg in die Öko-Diktatur." "Konkret kritisiert Frondel, das Verbot sei "ein unzulässiger Eingriff in die Eigentumsrechte"	Habeck	"Frondel zu B.Z.: "Deutschland ist auf dem Weg in die Öko-Diktatur. Ich bin entsetzt über die Pläne von Robert Habeck zum Heizungsverbot."	Entsetzen	"Frondel zu B.Z.: "Deutschland ist auf dem Weg in die Öko-Diktatur. Ich bin entsetzt über die Pläne von Robert Habeck zum Heizungsverbot."		
TOPEX-PERTE wirft Habeck "ÖKO-DIKTATUR" vor	Regulierung	"Ab 2025 werden die Vorgaben laut Frondel verschärft - damit noch weniger Dreck in die Luft kommt."	Habeck	"Fazit des Experten: Das von Habeck geplante Heizungsverbot ab 2024 ist "unnötig!"	Unnötig	"Fazit des Experten: Das von Habeck geplante Heizungsverbot ab 2024 ist "unnötig!"		
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Zwang der EU	"Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU."	EU	"Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU."				
Das wollen Grüne und SPD über	Bevormundung durch Habeck	"Mit dem Heiz-Hammer-Gesetz will Robert	Habeck	"Mit dem Heiz-Hammer-Gesetz will Robert Habeck (53,				

Ihre Heizung wissen!		Habeck (53, Grüne) den Bundesbürgern vorschreiben, wie sie künftig heizen sollen!"		Grüne) den Bundesbürgern vorschreiben, wie sie künftig heizen sollen!"				
Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen!	Meldeverpflichtung	"Bedeutet: Eigentümer bzw. Mieter müssen den exakten Heiz- und Stromverbrauch melden. Für JEDES Haus!"	Habeck + Geywitz	"Außerdem fordert Habeck und Geywitz die Kommunen auf: Sie sollen "Informationen zum Gebäude" erfassen, "mindestens zur Lage (Adresse oder amtliche Liegenschaftsbezeichnung), zur Nutzung, zum Baujahr sowie zu geschützter Bausubstanz (z. B. Denkmalschutz)"."	Zu großer Aufwand	"Ein Mega-Aufwand!"	Datenerfassung	"Außerdem fordert Habeck und Geywitz die Kommunen auf: Sie sollen "Informationen zum Gebäude" erfassen, "mindestens zur Lage (Adresse oder amtliche Liegenschaftsbezeichnung), zur Nutzung, zum Baujahr sowie zu geschützter Bausubstanz (z. B. Denkmalschutz)"."
Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen!	Drakonische Strafen für Kommunen bzw. Versorger	"Und wenn nicht? Dann drohen satte Strafen!"			Zu hohe Strafen	"Wer nach 2045 noch Öl oder Gas durch seine Leitungen jagt, muss sogar bis zu einer Million Euro Strafe bezahlen."		
"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Fehlendes Geld und Ressourcen	"Gerd Landsber (70), Chef des Stadt- und Gemeindebundes, warnte: "Viele Städte und Gemeinden werden weder das notwendige Personal noch das notwendige Geld kurzfristig aufbringen können.""	Habeck	"Riesen-Echo auf die BILD-enthüllung, dass die Ampel-Regierung präzise Daten zu Heiz- und Stromverbrauch von allen Mietern und Eigentümern einfordern will."				
Die wichtigsten Fragen zum zweiten "Heiz-Hammer"	Staatlicher Zwang	"Man öffnet den Kommunen die Tür, alles zu durchleuchten. Das kann in einem Anschlusszwang münden", sagt die Expertin."	Habeck & Geywitz	"Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) und Bauministerin Klara Geywitz (47, SPD) wollen die Wärmeplanung schnell vorantreiben, bevor das geplante Heiz-Gesetz (u. a. Gasheizungsverbot) greift."				
"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Staatliche Überwachung	"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Habeck	"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Ausspionieren der Bürger	"Voigt zu BILD: "Jetzt will er die Schnüffel-Stasi einsetzen, um wie in einem Schnüffel-Staat den Menschen in den Heizungskeller zu gucken.""	Heizungswahn stoppen	"Thüringens CDU-Chef Mario Voigt (46) forderte: "Habecks Heizungswahn" zu stoppen."
"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Staatliche Überwachung	"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Habeck	"Habeck will Energie-Stasi einsetzen!"	Eingriff in die Privatsphäre	"Kai Warnecke (51), Präsident des Eigentümerverbandes Haus & Grund, sprach von einem "massiven Eingriff in die Privatsphäre" der Bürger."		

Bauministerin klagt über zu viele Klimaschutz-Regeln beim Bau	Zu viele Vorschriften	"Jetzt gehen die Klimavorschriften am Bau schon der Regierung zu weit!"	GEG	"Bei einer Fachtagung zum Thema "Bauwende" knöpfte sich Bauministerin Klara Geywitz (47, SPD) das Gebäudeenergiegesetz (GEG) vor, das die Ampel kürzlich um das Heiz-Gesetz ergänzt hatte.	Zu viele Vorschriften zu mächtiges Gesetz	" Die Ministerin beklagte zu viele Einzelregeln ("Dämme mal bitte das Rohr, dämme mal bitte die Kellerdecke, dämme mal bitte dieses und jenes") und sagte, sie glaube, "dass ganz viele Hausbesitzer gar nicht wissen, dass sie jeden Tag mit ihrem Haus gegen das GEG verstoßen". Weiter kritisierte sie ein "richtig mächtiges Werk", das "den einen oder anderen in der Anwendung wirklich zur Verzweiflung treibt".	Handlungsaufforderung an die Bauministerin	"CSU-Experte Michael Kießling (50) kritisiert, dass Geywitz zwar das Problem erkenne, aber nichts daran ändern will."
---	-----------------------	---	-----	--	---	---	--	---

BILD Einsichts-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habeck hat endlich verstanden!	Späte Einsicht	"Trotz massiver Kritik peitschte er das Gesetz durchs Kabinett."	Habeck	"Über Monate hielt Robert Habeck unverdrossen an seinem Heiz-Hammer fest."	Lob für die Einsicht	" Jetzt lenkt Habeck erstmals ein und zeigt: Er hat offensichtlich doch ein Ohr für die Ängste der Menschen, die Sorgen der Kommunen, die Bedenken vieler Experten. Richtig so!"	Klärung aller offenen Fragen ohne Zeitdruck	"Daher muss nun eine ehrliche Bestandsaufnahme her: Was ist wirklich bezahlbar? Wie gelingt, dass künftig nicht nur mit Wärmepumpen geheizt werden kann? Die Ampel-Koalition sollte sich mit ihren Beratungen ausreichend Zeit lassen. Ein weiteres Murks-Gesetz ist Mietern und Eigentümern nicht zuzumuten."
Habeck gibt überraschendes Heiz-Versprechen	Späte Einsicht	"Kaum ist sein wichtigster Berater Patrick Graichen wegen der Filz-Affäre weg, zeigt sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plötzlich zu wichtigen Änderungen bei seinem umstrittenen Heiz-Gesetz bereit."	Habeck	"Kaum ist sein wichtigster Berater Patrick Graichen wegen der Filz-Affäre weg, zeigt sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plötzlich zu wichtigen Änderungen bei seinem umstrittenen Heiz-Gesetz bereit."	Un-glaubwürdigkeit	"Und schließlich: Er nehme die Kritik und die gesellschaftlichen Sorgen vieler "sehr ernst" ..."		
Vergeigt das Heiz-Gesetz nochmal!	GEG	"Heiz-Hammer?"	Habeck	"War einmal. Olaf Scholz und Christian Lindner haben Robert Habecks Heiz-Hammer zum Hämmerchen geschrumpft."	Vernunft + Unfähigkeit der Grünen Bürger für dumm verkauft Unehrllichkeit Fehler-Reflexion	"Ein Sieg gelb-roter Vernunft! Nun kann gelingen, was die Grünen allein nicht hingekriegt hätten: mehr Klimaschutz - zu einem vernünftigen	Chance wahrnehmen	" Sie sollten diese Chance nicht vergeigen."

						<p>Preis."</p> <p>" 1. Die Kopfdurch-die-Wand-Politik funktioniert nicht. Die Bundesbürger mögen nicht, wenn man versucht, sie für dumm zu verkaufen.</p> <p>2. Politische Glaubwürdigkeit erwirbt man nicht durch Reden, sondern Taten. Wer Bürgern für Klimaschutz horrenden Kosten aufbrummen will, zugleich aber AKW ab und dreckige Kohlekraftwerke anschaltet, handelt unehrlich.</p> <p>3. Für eigene Fehler ist man selbst verantwortlich - niemand sonst!"</p>		
--	--	--	--	--	--	---	--	--

BILD Grüne-Arroganz-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Verfassungsrichter stoppen Heizgesetz!	Stopp des Gesetzgebungsverfahrens	"Tiefschlag für Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne)! Das Bundesverfassungsgericht hat die Verabschiedung seines Heiz-Hammers im Bundestag per Eilverfahren gestoppt."	Heilmann	"Auslöser des Stopps: ein entsprechender Antrag des Berliner CDU-Abgeordneten Thomas Heilmann beim Verfassungsgericht."	Schwere Niederlage für Regierung	" CDU-Fraktionschef Friedrich Merz (68) nannte die Richter-Entscheidung eine "schwere Niederlage für die Bundesregierung von Olaf Scholz". "Dem unsäglichen Umgang der Bundesregierung mit dem Parlament und der Öffentlichkeit wurde nun ein Riegel vorgeschoben", so Merz."	Stopp des GEG	"Die Ampel sollte jetzt in sich gehen und dieses Murks-Gesetz endlich einstampfen."
Heilmann führt Ampel-Regierung vor	Peinlichkeit für die Regierungsparteien	"Die Regierung: über-rumpelt und bloßgestellt. Das Protokoll der peinlichsten Stunden der Ampel"	Karlsruhe (Bundesverfassungsgericht)	"Diese Heiz-Klatsche aus Karlsruhe hat gegessen - das sieht man auch am Tag danach!" Gestern Vormittag, Bundestag: lange Gesichter, tiefe Augenringe, mürrische Mienen. Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) telefoniert angestrengt."	Mürrisch, ratlos, erschöpft, müde	"Gestern Vormittag, Bundestag: lange Gesichter, tiefe Augenringe, mürrische Mienen. Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) telefoniert angestrengt. Auf den blauen Bundessesseln in einer hinteren Reihe: die SPD-Chefs Saskia Esken		

						(61), Lars Klingbeil (45) und Parteigeneral Kevin Kühnert (34). Erschöpft, ratlos. Auf der Regierungsbank ein müder Christian Lindner (44, FDP). Katerstimmung in der Ampel. Die selbst ernannte Fortschrittskoalition: in Trümmern!"		
Heilmann führt Ampel-Regierung vor	Stopp des Gesetzgebungsprozesses	"Kurz nach halb zehn blinken die ersten Handys. Eilmeldung! Karlsruhe stoppt das Heiz-Gesetz!"	Karlsruhe (Bundesverfassungsgericht)	"Kurz nach halb zehn blinken die ersten Handys. Eilmeldung! Karlsruhe stoppt das Heiz-Gesetz!"	Schlechte Stimmung + Krise	" Die Stimmung beim SPD-Fest im Tipi am Kanzleramt: im Keller. Kanzler Olaf Scholz (65, SPD) zieht sich mit SPD-Chefs, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (55, SPD) in ein Separee zurück. Krisensitzung!"		
Arroganz-Anfall von Habeck	Stopp des Gesetzgebungsverfahrens	"Nach der Mega-Klatsche des Verfassungsgerichts für sein Heizgesetz lieferte Klimaminister Rober Habeck (53, Grüne) im ZDF-Talk "Lanz" einen peinlichen Auftritt."	Bundesverfassungsgericht	"Nach der Mega-Klatsche des Verfassungsgerichts für sein Heizgesetz lieferte Klimaminister Rober Habeck (53, Grüne) im ZDF-Talk "Lanz" einen peinlichen Auftritt."	Peinlicher Auftritt Habecks	"Nach der Mega-Klatsche des Verfassungsgerichts für sein Heizgesetz lieferte Klimaminister Rober Habeck (53, Grüne) im ZDF-Talk "Lanz" einen peinlichen Auftritt."		
Arroganz-Anfall von Habeck	Fehler bei anderen suchen	"Überhaupt die anderen sind schuld - Verfassungsgericht hin oder her."	BILD & "die Medien"	"Schon zuvor hatte er immer wieder BILD und "den Medien" die Schuld an seinen Patzern gegeben."	Keine Einsicht	"Einsicht? Fehlanzeige beim Wärmepumpen-Minister		
Arroganz-Anfall von Habeck	Un-glaubwürdigkeit	"Monatelang konnte es dem Klimaminister und seiner Partei gar nicht schnell genug gehen mit der Umsetzung des Heiz-Hammers."	Habeck & Die Grünen	"Monatelang konnte es dem Klimaminister und seiner Partei gar nicht schnell genug gehen mit der Umsetzung des Heiz-Hammers."	Un-glaubwürdigkeit	"Das nimmt Habeck und den Grünen keiner ab!"		
Arroganz-Anfall von Habeck	Un-glaubwürdige Selbstdarstellung	"Er sei sogar bereit , dafür Opfer zu bringen, vor allem bei den eigenen Umfragewerten."	Habeck	"Und wer kümmerst sich um alles? Natürlich Habeck!"	Un-glaubwürdigkeit	"Und wer kümmerst sich um alles? Natürlich Habeck!"	Weniger Fernsehauftritte	"Wird doch nicht etwa heißen: weniger Talkshow-Auftritte...?"
Die Grüne Arroganz nervt!	Arroganz	" Nun haben Richter Habeck gebremst. Und was sagt der Wirtschafts- und Selbstschutzminister lächelnd? "Kein Beinbruch ...""	Habeck	" Nun haben Richter Habeck gebremst. Und was sagt der Wirtschafts- und Selbstschutzminister lächelnd? "Kein Beinbruch ...""	Abgehoben	"Geht's noch abgehobener?"	Entschuldigen und Verhalten anpassen.	" Fehler können passieren, keine Frage. Normalerweise entschuldigt man sich danach, ändert sein Verhalten - und weiter geht's."

BILD Täuschungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Löst sich Habecks Förder-Versprechen	Täuschung	"Heißt: Ab 2024 könnten Häuschen-Besitzer z. B.	Habeck	"Obwohl Habeck etwas anderes verspricht."	Unrealistisch	" Steuerzahler-Chef Reiner Holzengel	Gesetzesänderung	" Kai Warnecke (50), Chef von Haus& Grund, fordert eine

in heiße Luft auf?		beim Einbau einer Wärmepumpe (bis zu 25 000 Euro) auf den Kosten sitzen bleiben. Obwohl Habeck etwas anderes verspricht."				(46) warnt Habeck: "Hier werden Hoffnungen geschürt, die später nicht eingehalten werden können.""		Änderung des Haushaltsrechts: "Der Bund muss zumindest fördern, was er von den Eigentümern gesetzlich fordert.""
Löst sich Habecks Förder-Versprechen in heiße Luft auf?	Staatliche Überforderung	"Doch die Versprechen könnten sich als heiße Luft entpuppen! 1. Problem: Habeck fehlt Geld. 2. Problem: die aktuelle Bundeshaushaltsordnung (BHO). Sie lässt bei einem Verbot von Öl- und Gasheizungen und dem Einbauzwang z. B. von Wärmepumpen staatliche Förderung kaum zu."	Habeck	"Doch die Versprechen könnten sich als heiße Luft entpuppen! 1. Problem: Habeck fehlt Geld. 2. Problem: die aktuelle Bundeshaushaltsordnung (BHO). Sie lässt bei einem Verbot von Öl- und Gasheizungen und dem Einbauzwang z. B. von Wärmepumpen staatliche Förderung kaum zu."				
DIESE Tücken stecken im Heiz-Gesetz	Täuschung der Verbraucher	"Der Verband Haus & Grund sieht ihn als Verbot von Öl und Gas-Heizungen durch die Hintertür! Präsident Kai Warnecke sagte: "Technologische Offenheit ist in der Theorie gegeben - aber in der Praxis gibt es überwiegend nur eine Lösung: Dämmung und Einbau einer Wärmepumpe."	Habeck & Regierungsparteien	"Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) hat seinen Gesetzentwurf für die Heiz-Wende vorgelegt."	Fehlende staatliche Unterstützung	"Die Ampel macht bei der Technologieoffenheit Etikettenschwund und lässt die Menschen mit ihren Sorgen wegen der hohen Kosten allein"	Mehr Förderung statt Förderung	"Bei neuen Pflichten ist sich die Ampel einig, bei konkreter Förderung gibt es nur dichten Nebel."
Versteckte Klausel in Habecks Heiz-Gesetz	Heimliches Gas-Heizungs-Verbot	"Kommt das Gas-Heizungs-Verbot durch die Hintertür?"	Die Grünen + Habeck	"FDP-Politiker wittern, dass die Grünen eine Klausel in das Gesetz gemogelt haben! Ihr Verdacht: Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) will den Betrieb von Gas-Heizungen schon ab 2035 unmöglich machen."	Verschleierung der verfrühten Austausch-Pflicht + Hohe Kosten	"Hinter einem Wust aus Regularien versteckt Habeck eine Heizungs-austausch-Pflicht bis 2035." Habeck verursacht laut FDP damit in kürzester Zeit Milliardenkosten für alle die mit Gas heizen."	Maßnahmen stoppen	"Kruse: "Als Freie Demokraten werden wir diesen Wahnsinn stoppen. Der Umstieg auf Erneuerbare darf nicht zur verantwortungslosen Enteignung der Menschen führen."

BILD Private-Überforderung-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habeck Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge	Gefährdung der Altersvorsorge	"Für Millionen Deutsche ist das Eigenheim nicht nur Zuhause, sondern auch Basis ihrer Altersvorsorge. Doch die wird durch Habecks Heiz-Hammer gefährdet, warnen Experten!"	Habeck	"Für Millionen Deutsche ist das Eigenheim nicht nur Zuhause, sondern auch Basis ihrer Altersvorsorge. Doch die wird durch Habecks Heiz-Hammer gefährdet, warnen Experten!"	Zwangsverkauf	"Viele Menschen wären schlimmstenfalls gezwungen, ihr Haus zu verkaufen", so Warnecke."		
Habeck Heiz-Hammer zerstört	Gefährdung der Altersvorsorge	"Auch Bernd Raffelhüschen, Experte für	Heiz-Hammer	"Durch den Heiz-Hammer wird das	Kostenfalle	"Durch den Heiz-Hammer wird		

Altersvorsorge		Alterssicherung, warnt vor massiven Eingriffen in die Altersvorsorge. Sie treffe vor allem den kleinen Häusle-Besitzer."		Eigenheim hier zur Kostenfalle!"		das Eigenheim hier zur Kostenfalle!"		
Habeck Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge	Gefährdung der Altersvorsorge	" "Finanzielle Lebensplanungen werden mutwillig und ohne Rücksichtnahme durchkreuzt", kritisiert CDU-Rechtsexperte Günter Krings (53) die Habeck-Pläne."	Habeck	" "Finanzielle Lebensplanungen werden mutwillig und ohne Rücksichtnahme durchkreuzt", kritisiert CDU-Rechtsexperte Günter Krings (53) die Habeck-Pläne."				
TOPEX-PERTE wirft Habeck "ÖKO-DIKTATUR" vor	Zu hohe Kosten	"Wohnen und Klimaschutz - bleibt beides wirklich bezahlbar? Millionen Deutsche fürchten: Nein!" "Viele Eigentümer sorgen sich deshalb, dass sie sich Wohnung oder Häuschen nicht mehr leisten können."	Heizungs-Verbote & EU Zwangssanierung	"Denn klar ist: Heizungs-Verbote (will die Regierung) und Zwangssanierung (will EU) werden richtig teuer. Experten taxieren die Kosten bis 2045 auf rund 1000 Milliarden Euro!"				
So rechnet sich die Ampel die Heiz-Wende schön	Falsche Versprechen	"Laut Gesetzentwurf spart man in einem unsaanierten Altbau pro Jahr 2200 Euro, wenn man in Zukunft mit Strom statt Gas oder Öl heizt. ABER: Gerke Gersma von Deutschöands größtem Heizungsbauer Thermondo zweifelt an sinkenden Strompreisen: "Damit würden wir nicht zu unseren Kunden gehen.""	Habeck	"Ein wichtiges Argument ist laut Wirtschaftsminister rober Habeck (53, Grüne): Heizen wird auf Dauer günstiger."	Un-glaubwürdigkeit	"Und bis dahin wird es teuer!"		
So rechnet sich die Ampel die Heiz-Wende schön	Falsche Versprechen	"Von "einer deutlichen Kostenreduktion für Wärmepumpen" bis 2029 um 30% ist die Rede.(...) ABER: Kai Warneck, Präsident des Verbandes Haus & Grund sagt zu der optimistischen Prognose: "Angesichts einer gesetzlich angeheizten Nachfrage ist nicht ersichtlich wieso dies eintreten sollte.""	Habeck	"Ein wichtiges Argument ist laut Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne): Heizen wird auf Dauer günstiger."	Un-glaubwürdigkeit	"Und bis dahin wird es teuer!"		
So rechnet sich die Ampel die Heiz-Wende schön	Falsche Versprechen	"Laut Wirtschaftsministerium müssen jährlich 9,1 Mrd. Euro mehr für die Heiz-Wende ausgegeben werden - dafür werden 11 Mrd. Euro eingespart. ABER: Diese Einsparungen zeigen sich "nicht im Jahr 1 des Einbau,	Wirtschaftsministerium	"Laut Wirtschaftsministerium müssen jährlich 9,1 Mrd. Euro mehr für die Heiz-Wende ausgegeben werden - dafür werden 11 Mrd. Euro eingespart."	Un-glaubwürdigkeit	"Und bis dahin wird es teuer!"		

		sonder erst über die Betriebsdauer von 18 Jahren."						
Ampel-Streit immerschlimmer: Habeck wirft FDP Wortbruch vor	Belastung für die Bürger	"Die FDP befürchtet gigantische Belastungen für die Bürger."	Wirtschaftsminister	"Der Wirtschaftsminister will neue Öl- und Gasheizungen ab 2024 verbieten."			Mäßigung	Partei-Vize Kubicki riet Habeck nach seiner Schimpfkampagne zur "Mäßigung".
HEIZ-GESETZ Künftig zwei Mieterhöhungen?	Steigende Mieten	"Die Mieten werden weiter steigen."	Kosten durch GEG	"Grund: Vermieter können einen Teil der Heizhammer-Kosten (z.B. für Wärmepumpe) auf die Mieter umlegen. Wenn auch Fenster, Dächer, Fassaden saniert und gedämmt werden, kann die Miete um bis zu 40 Prozent klettern."				

BILD Verlust-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Wertverfall	"Experten halten Preisabstürze für möglich!"	Regierung + EU	"Neu eingebaute Heizungen müssen ab Januar 2024 zu 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU."				
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Wertverfall	"Es könnte bis zu 20 % Preisnachlass geben bei älteren Gebäuden."	Regierung + EU	"Neu eingebaute Heizungen müssen ab Januar 2024 zu 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU." "Wegen schlechter Isolierungen und alter Heizungen drohen hohe Kosten."				
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Wertverfall	"Schon im ersten Quartal ging es runter mit den Preisen: Laut McMakler um 6,2 % im Vergleich zum Vorjahr."	Bauzinsen	"Grund dafür auch: die gestiegenen Bauzinsen."				
Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Bedrohung des individuellen Glücks	"Das eigene Haus ist da: ein Glück. Doch dieses kleine Glück schmilzt gerade dahin - durch die Heiz-Wende."	Heiz-Wende	"Das eigene Haus ist da: ein Glück. Doch dieses kleine Glück schmilzt gerade dahin - durch die Heiz-Wende."	Angriff auf die Altersvorsorge	"Ein Fünftel! Futsch. Ein schwerer Schlag, nicht zuletzt für die sicher geglaubte Altersvorsorge. Hinter der Heiz-Wende verbrigt sich: die plötzliche finanzielle Unsicherheit."		
Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Bedrohung des individuellen Glücks	"Das eigene Haus ist da: ein Glück. Doch dieses kleine Glück schmilzt gerade dahin - durch die Heiz-Wende."	Heiz-Wende	"Das eigene Haus ist da: ein Glück. Doch dieses kleine Glück schmilzt gerade dahin - durch die Heiz-Wende."	Angriff auf die Altersvorsorge	"Ein Fünftel! Futsch. Ein schwerer Schlag, nicht zuletzt für die sicher geglaubte Altersvorsorge. Hinter der Heiz-Wende verbrigt sich: die plötzliche finanzielle Unsicherheit."		

Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Wertverfall	"Experten sagen voraus, dass gerade kleine Häuser bis zu zwanzig Prozent an Wert verlieren könnten"	Heiz-Wende	"Hinter der Heiz-Wende verbrigt sich: die plötzliche finanzielle Unsicherheit."	Zu langsames handeln	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."	Schnellere Beantwortung offener Fragen	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."
Es droht Verkaufszwang des Eigenheims	Wertverfall	"Wegen der Zwangsmaßnahmen drohen Eigentümern tatsächlich massive Wertverluste von bis zu 20 Prozent, errechnete das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln)."	EU-Sanierungszwang + Heizauflagen der Ampel	"Grund: der teure EU-Sanierungszwang und die Heizauflagen der Ampel."	Enteignung durch die Regierungsparteien	"CDU-Wirtschaftsexperte Jens Spahn (42): "Durch die Ampel-Pläne werden viele Hausbesitzer praktisch enteignet.""		
Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Existenz Bedrohung	"Was genau kommt da auf mich zu? Muss ich gar raus aus meinem Haus?"	Regierung	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."	Zu langsames handeln	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."	Schnellere Beantwortung offener Fragen	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."
Es droht Verkaufszwang des Eigenheims	Angst vor Verlust der eigenen Immobilie	"Millionen Deutsche haben Angst um ihr Haus, um ihre teils über Jahrzehnte mühsam abgezahlten eigenen vier Wände."	EU-Sanierungszwang + Heizauflagen der Ampel	"Grund: der teure EU-Sanierungszwang und die Heizauflagen der Ampel."	Empörung	"Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates Wolfgang Steiger (58) ist empört, sagte BILD:"		
Es droht Verkaufszwang des Eigenheims	Angst vor Verlust der eigenen Immobilie	"Als Folge drohe der " Verkaufszwang des Eigenheims", wenn Hausbesitzer nicht genug Ersparnisse hätten."	EU-Sanierungszwang + Heizauflagen der Ampel	"Grund: der teure EU-Sanierungszwang und die Heizauflagen der Ampel."	Enteignung durch die Regierungsparteien	"CDU-Wirtschaftsexperte Jens Spahn (42): "Durch die Ampel-Pläne werden viele Hausbesitzer praktisch enteignet.""		

BILD-Altersdiskriminierungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner	Spaltung der Rentner	"Habecks seltsame Ü80-Regel spaltet Deutschlands Rentner Verfassungsrechtler sehen Willkür bei Öl- und Gas-Heizungen."	Habeck	"Habecks seltsame Ü80-Regel spaltet Deutschlands Rentner"	Die Regierung riskiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt	"Opposition warnt vor "sozialem Unfrieden""		
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner	Erneute Probleme bei der Heizwende	"Neuer Murks-Verdacht bei Habecks Heiz-Wende."	Habeck	"Neuer Murks-Verdacht bei Habecks Heiz-Wende."	Ungerechtigkeit	"Wieso bleiben nur über 80-Jährige verschont von der Umstellungspflicht - und nicht ALLE Rentner?"	Gleichberechtigung aller Rentner	"Auch mit Mitte oder Ende 70 sind die Chancen, von der Bank einen Kredit zu bekommen, nicht größer als mit 80."
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner	Zu niedrige Lebenserwartung	"Die Lebenserwartung deutscher Männer liegt bei 78,5 Jahren!"	Habeck & Regierungsparteien	"Wenn Minister Habeck und die Ampel ihr Heizungsverbot jetzt mit einer Altersgrenze versehen wollen, müssen sie dafür schon eine sehr gute Begründung liefern."	Willkür der Regierung	"Der Plan riecht nach Willkür"	Gleichberechtigung aller Rentner	"Auch mit Mitte oder Ende 70 sind die Chancen, von der Bank einen Kredit zu bekommen, nicht größer als mit 80."
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet	Verfassungswidrigkeit	"Andernfalls würde die Altersbeschränkung	Habeck & Regierungsparteien	"Wenn Minister Habeck und die Ampel ihr Heizungsverbot	Ungerechtigkeit	"Das ist eine klassische Ungleichbehandlung, die	Gleichberechtigung aller Rentner	"Der eine darf, der andere nicht. Kommen

Deutschlands Rentner		gegen den Gleichheitssatz im Grundgesetz verstoßen - und wäre damit verfassungswidrig."		jetzt mit einer Altersgrenze versehen wollen, müssen sie dafür schon eine sehr gute Begründung liefern."		die Verfassung grundsätzlich verbietet."		damit nicht massive Nachbarnstreiks auf uns zu?"
----------------------	--	---	--	--	--	--	--	--

WELT Regulierungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Die wichtigsten Heizungsregel ab Januar 2024	Bevormundung durch den Staat	"Mit dem jetzt vorliegenden Entwurf für ein neues Gebäudeenergiegesetz (GEG) und für eine neue Heizungsverordnung regelt der Staat künftig etliche Details der Wärmezeugung in sämtlichen Wohn- und Nichtwohngebäuden, inklusive Ausnahmen und Übergangsfristen."	Staat	"Mit dem jetzt vorliegenden Entwurf für ein neues Gebäudeenergiegesetz (GEG) und für eine neue Heizungsverordnung regelt der Staat künftig etliche Details der Wärmezeugung in sämtlichen Wohn- und Nichtwohngebäuden, inklusive Ausnahmen und Übergangsfristen."	Zu viel staatlicher Einfluss	"Und diese Vorgaben haben es in sich. Nicht nur die einzelnen technischen Lösungen sind genauso beschrieben, sondern auch die Kontrolle, ob sich auch jeder daran hält."		
Heizungs-Bürokratie	Bevormundung durch den Staat	"Doch der deutsche Staat erfüllt auch bei der Wärmewende im Heizungskeller sämtliche Klischees, er produziert Regulwut und Kontrollwahn anstatt Anreize zu setzen"	Staat	"Doch der deutsche Staat erfüllt auch bei der Wärmewende im Heizungskeller sämtliche Klischees, er produziert Regulwut und Kontrollwahn anstatt Anreize zu setzen"	Überhastete Wärmewende	"Jetzt wird in einer Hauruck-Aktion den Bürgern die Wärmewende übergeholfen."	Weniger Bürokratie	"Deutschland versucht, das Klima mit der Bürokratie zu retten. Das ist erfahrungsgemäß nicht nur teuer. Sondern dauert auch sehr lange."
Wärmepumpen kosten jährlich 12 Milliarden Euro	Staatlicher Eingriff in die persönliche Freiheit	"Ab Januar regelt der Staat jedes kleinste Detail in der deutschen Wärmeversorgung. In einem bislang auch international beispiellosen ordnungsrechtlichen Gesamtwerk gelten von 2024 an exakte Vorschriften über die Art und Weise des Heizungsbetriebs, dessen Kontrolle und auch für Ausnahmen, die wiederum einer detaillierten Überprüfung unterzogen werden sollen."	Gesetzgeber	"Im jetzt vorliegenden Entwurf für ein neues Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden erstmals die Kosten beziffert, die auf Bürger und Wirtschaft beim Umstieg auf alternative Heizmethoden zukommen könnten."				
Habecks falsche Reihenfolge	Grüne Ideologie	"Gemäß der Grünen-Ideologie, dass das Klima in erster Linie mit einer Verhaltensänderung der Menschen und nicht mit Technologie und Exzellenz geschützt werden müsse, steht im jetzigen Entwurf der staatlich verordnete Einbau von Verbrauchsgeräten am Anfang der Regulierungskette."	Die Grünen	"Gemäß der Grünen-Ideologie, dass das Klima in erster Linie mit einer Verhaltensänderung der Menschen und nicht mit Technologie und Exzellenz geschützt werden müsse, steht im jetzigen Entwurf der staatlich verordnete Einbau von Verbrauchsgeräten am Anfang der Regulierungskette."	Falsche Reihenfolge	"Dabei sollte er am Ende stehen - so wie es übrigens in den von den Grünen oft als Vorbild genannten skandinavischen Staaten der Fall war."	Änderung der Reihenfolge	"Die richtige und klimafreundlichere Reihenfolge wäre: erst Strom- und Wärmenetze ausbauen. Letztere sind eine der effizientesten Varianten der Wärmezeugung vor allem in urbanen Quartieren, sofern man bald auf grüne Energiequellen umsteigt. An zweiter Stelle sollten umfassende Förderprogramme stehen sowie immer besser geschulte Handwerker, die die

								Elektrifizierung der Wärme in einzelnen Häusern von sich aus vorantreiben. Erst am Ende können Verbote folgen - wenn sie dann überhaupt noch nötig sind."
Heimspiel für Habeck	Mehr Marktwirtschaft, weniger staatliche Vorgaben	" Habecks geplanten Weg zu mehr Wärmepumpen sieht der ZVEI dagegen kritisch. "Wir brauchen mehr Marktwirtschaft statt dirigistische Politik mit teils haarfeinen Vorschriften", sagt Verbandspräsident Kegel."	Habeck	" Habecks geplanten Weg zu mehr Wärmepumpen sieht der ZVEI dagegen kritisch. "Wir brauchen mehr Marktwirtschaft statt dirigistische Politik mit teils haarfeinen Vorschriften", sagt Verbandspräsident Kegel."			Wettbewerbsfähiger Strompreis	"Mit dem passenden Strompreis brauche es viele Gebote, Verbote und Gesetzesvorhaben erst gar nicht. Das müsse jetzt nur noch der Minister verstehen."
Bund will dänischen Erfolg bei Fernwärme übertreffen	Unreguliertes Monopol	"Nach Aussage des Bundeskartellamtes handelt es sich hier noch um ein unreguliertes Monopol."					Bundesweite Preisaufsicht	" Auf dem Gipfelgespräch hatte die Vorständin des Verbraucherverbands (vzbv), Ramona Pop eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme gefordert, denn: "Nach Aussage des Bundeskartellamtes handelt es sich hier noch um ein unreguliertes Monopol." "
Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes	Angst vor Schadenersatzpflicht	"Bleibe es dabei, würden Netzbetreiber wohl von Anfang an Anschlussbegehren von Bürgern ablehnen, um später nicht schadenersatzpflichtig zu werden."			Benachteiligung von Energielieferanten	"Er sieht kritisch, dass Stadtwerke als Gasnetzbetreiber zusagen über künftige Wasserstoff-Lieferungen machen sollen, und am Ende bei Nichterfüllung womöglich regresspflichtig gegenüber dem Heizungskunden werden."		
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Staatlicher Zwang + Kostenintensivierung	" Ist es kluge Politik, im Land mit den welthöchsten Strompreisen mitten in einer Energiekrise die AKWs abzuschalten und die Menschen zu zwingen, mit Strom zu heizen? "			Geringere Kosten, weil keine Sanierung notwendig	" Wir gehen davon aus, dass bis zu 70 Prozent des Gebäudebestandes ohne aufwendige Sanierung mit Wärmepumpen beheizt werden können."		
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Künstliche Verteuerung alternativer Energiequellen	" Wenn man alternative Energien so drastisch verteuert, dass sich irgendwann nur noch eine Wärmepumpe lohnt, dann ist das nichts anderes			Erhaltung der Freiheit von unternehmerischen Handeln	"Gute Politik setzt Rahmenbedingungen, die einerseits das Erreichen der Klimaziele unterstützen und	Planungssicherheit für Immobilienbesitzer	"Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft muss sicherlich geprüft werden, welche Anreize und Fördermaßnahmen notwendig sind, um allen

		als Planwirtschaft. "				andererseits weiterhin freies unternehmerisches Handeln zulassen."		den Umstieg auf erneuerbare Energien zu ermöglichen und niemanden zu überfordern. Entscheidend sind verlässliche Rahmenbedingungen - nicht nur für die Industrie, die massiv in umweltfreundliche Technologien investiert, sondern auch für Endverbraucher. Der Immobilienbesitzer muss wissen, nach wie viel Jahren sich seine Ausgaben rechnen."
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Staatlicher Zwang	"Das Gesetz ist ein erneutes Beispiel einer sich etablierenden staatlichen Übergriffigkeit inklusive Zwangsberatung."			Falsche Prioritäten	"Künftig wird es in Deutschland einfacher sein, sein Geschlecht zu ändern als über die Heizung im eigenen Haus zu entscheiden."		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Ausweglosigkeit Frieren & Viel zahlen	"Wer es trotzdem versucht, riskiert eine Vervielfachung der Stromrechnung und wird im Winter trotzdem frieren."			Keine Würdigung der Leistungen der älteren Generation	"Dass jetzt auch über 80-Jährige ihr Häuschen umrüsten sollen, ist eine bittere Nachricht für die Generation, die unser Land aufgebaut hat."		
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Zu hohe Standards	"Der aktuell geltende Effizienzhausstandard 55 ist bereits zu streng, in kaum einem anderen EU-Staat gibt es solche Vorschriften, vor allem in Verbindung mit weiteren technischen Vorgaben wie etwa beim Schallschutz."					Standards absenken	"Effizienzvorschriften absenken." "Es sollte wieder der Effizienzhausstandard 70 für Neubauten gelten. Den entsprechend etwas höheren CO -Ausstoß pro Gebäude, sozusagen die entstehende "Klimaschutzlücke", muss der Staat ausgleichen, indem er für mehr grüne Energie sorgt."
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Mehr Engagement vom Staat statt vom Bürger	"Warum gilt eine solche Regel eigentlich nicht für Staat und Versorger?"			Erst der Staat, dann die Bürger	"Solange Staat und Versorger diese Pflicht nicht erfüllen, sollten es die Bürger auch nicht müssen."	Versorger und Kommunen in die Pflicht nehmen	"Energiegesetz für Versorger. Anstelle eines Gebäude-Energie-Gesetzes sollte sich der Staat selbst ein Grüne-Energie-Gesetz verabschieden. In diesem Gesetz würden die Versorger dazu verpflichtet, den grünen Anteil am Strom jedes Jahr zu erhöhen und den Preis jedes

								Jahr etwas zu senken. Letzteres erscheint zwar unrealistisch, doch hier könnte man jene Politiker, die versprechen, dass Wind und Sonne "keine Rechnung schicken", beim Wort nehmen."
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Nicht Beachtung der Mietpreisbremse	"Viele Vermieter in angespannten Wohnungsmärkten ignorieren die Mietpreisbremse."			Mietpreisbremse ist ein gutes Instrument	"Wir brauchen keine neue oder schärfere Mietpreisbremse."	Durchsetzen der Mietpreisbremse	" Mietpreisbremse durchsetzen." "Mieter sollten beim örtlichen Wohnungsamt per Online-Abfrage prüfen können, ob ihre Neuvermietung zulässig ist. Ist das nicht der Fall, sollte das Amt einen Brief an den Vermieter schicken."
Käufer von Wärmepumpen warten weiter ab	Zu wenig Unterstützung durch den Staat	" Trotz der bereits umfassenden BEG-Förderung von bis zu 35 Prozent der Installationskosten ruft die Branche deshalb nach mehr finanzieller Unterstützung für die elektrifizierte Wärmezeugung."	Zu viele Steuern & Abgaben	" Der Staatsanteil am Strompreis ist in Deutschland etwa doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt", sagt BWP-Chef Sabel. "Noch immer ist Strom weitaus stärker mit Steuern und Abgaben belastet als fossiles Erdgas."			Abschaffung der Stromsteuer	"Anlässlich des dritten Wärmepumpen Gipfels mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Dienstag fordert der Verband deshalb eine Abschaffung der Stromsteuer - "ein Relikt der Vergangenheit" - und eine Mehrwertsteuersenkung für Wärmepumpen-Stromtarife. "Wir fordern keine Sonderbehandlung, sondern lediglich faire Wettbewerbsbedingungen", so Sabel."

WELT Die Grünen-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Für eine Wärmewende ohne Schrecken	Fehlende Umsicht	" Denn Habecks dramatisch gescheitertes Heizgesetz war in Wirklichkeit ein Entwurf seines inzwischen beurlaubten Staatssekretärs Patrick Graichen , der sich als Ex-Agorachef vor allem dem Klimaschutz verpflichtet fühlte, wenigem sonst."	Habeck + Graichen	" Denn Habecks dramatisch gescheitertes Heizgesetz war in Wirklichkeit ein Entwurf seines inzwischen beurlaubten Staatssekretärs Patrick Graichen , der sich als Ex-Agorachef vor allem dem Klimaschutz verpflichtet fühlte, wenigem sonst."			Aus Fehlern lernen	" Lehren kann und sollte die Politik viele ziehen: Zum Beispiel, dass es nicht klug ist, eine ausgemachte Klima-NGO wie Agora Energiewende zum fast unkontrollierten Alleinherrscher über die gesamte Energiepolitik zu machen und ihre Aktivisten zu Staatssekretären."
Grüner Grundsatzzstreit über Migration steht an	Unbeliebtheit der Grünen	"Die Umfragewerte der Bündnisgrünen sind mau, das Wahlergebnis	Trauzug-Affäre und Koalitionsstreit wg. GEG	" In Berlin waren die Grünen bereits im Frühjahr aus der Regierung				

		bei der jüngsten Landtagswahl in Bremen war unerspriesslich."		geflogen, dann kamen die Trauzeugen-Affäre im Wirtschaftsministerium und ein monatelanger Koalitionsstreit über das verkorkste Gebäude-Energie-Gesetz (GEG). Grund zu feiern gibt es für die Grünen derzeit eigentlich nicht."				
Grüner Grundsatzzstreit über Migration steht an	Ein weiterer Streit der die Grünen spaltet	"Denn der nächste Streit steht schon vor der Tür - diesmal nicht zwischen Grünen und FDP. Diesmal geht der Riss geht mitten durch die Partei."			Furcht	"Nicht nur die Grüne Jugend fordert massive Änderungen und "Nachbesserungen" am EU-Asylkompromiss; auch führende Grüne wie Parteichefin Ricarda Lang sind unglücklich mit dem Beschluss aus Brüssel."	Nachbesserung des Asylkompromisses	"Nicht nur die Grüne Jugend fordert massive Änderungen und "Nachbesserungen" am EU-Asylkompromiss; auch führende Grüne wie Parteichefin Ricarda Lang sind unglücklich mit dem Beschluss aus Brüssel."
Grüner Grundsatzzstreit über Migration steht an	Infragestellung der Kompromissfähigkeit + persönlicher Reputationsschaden	"Vor allem für Außenministerin Annalena Baerbock, die den Kompromiss verteidigt hatte, wäre das eine Ohrfeige. Die Kompromissfähigkeit, die die grüne Regierungspartei gerade beim GEG für sich in Anspruch nimmt, wäre flugs wieder infrage gestellt."					Distanzierung vom Beschluss	"Am Samstag tagt der Länderrat der Bündnisgrünen in Bad Vilbel bei Frankfurt; die Parteilinke dringt auf einen förmlichen Distanzierungsbeschluss."
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Schwere Startbedingungen	"Wir sind aus der Corona-Krise direkt in eine Kriegssituation gekommen und wussten vor einem Jahr nicht einmal, ob wir den bevorstehenden Winter als Gesellschaft überstehen, ob nicht bei vielen Unternehmen die Lichter ausgehen."			Erfolge der Regierungskoalition wurden nicht richtig wahrgenommen	"In dieser Situation hat der Bundeswirtschaftsminister die Weichen richtig gestellt. Er hat Klimaschutz mit größerer Unabhängigkeit und Energiesouveränität verbunden. Parallel dazu hat die Bundesregierung viele sozial- und gesellschaftspolitische Projekte, die zuvor jahrelang liegen gelassen worden waren, umgesetzt. Mindestlohn, Bürgergeld, Wohngeld plus, das sind große Reformen, die in der Öffentlichkeit dann aber teilweise nicht die entsprechende Beachtung und Anerkennung gefunden haben."		
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Die Grünen als erklärter Feind	"CDU und Grüne regieren derzeit in sechs Bundesländern in unterschiedlichen Konstellationen weitestgehend erfolgreich. Und	Merz	"Und jetzt kommt Friedrich Merz um die Ecke und erklärt die Grünen nach einer Landratswahl zum Hauptfeind?"	Absurd + Stärkung der AfD	"Das ist doch völliger Unsinn, absurd. Und dafür bekommt er ja auch gerade zu Recht jede Menge Gegenwind aus der eigenen Partei.		

		jetzt kommt Friedrich Merz um die Ecke und erklärt die Grünen nach einer Landratswahl zum Hauptfeind?"				Grüne und CDU sind politische Konkurrenten, klar. Aber in der aktuellen Lage rechte Parolen nachzuerzählen, stärkt allein die AfD, macht diese Partei hoffähig und verharmlost so eine gefährliche Entwicklung in diesem Land"		
--	--	--	--	--	--	--	--	--

WELT Private Überforderung-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Biomethan kann Gasheizung vor dem Ausretten	Teurer Heizungstausch	"Viele Immobilienbesitzer hatten zuletzt befürchtet, nach einem Heizungsschaden zum Einbau einer teuren Wärmepumpe oder Pelletheizung verpflichtet zu werden."	Regierungsparteien	"So hatte es schon der Koalitionsvertrag apodiktisch angekündigt."				
Energiewende, made in Germany	Belastung der Verbraucher	"Am Anfang der Energiewende, als die ersten Sorgen auftauchten angesichts der künftigen Belastungen für die Verbraucher,(...)"	Trittin & Die Grünen	"(...) verkündete 2004 der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin von den Grünen: "Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund einen Euro im Monat kostet - so viel wie eine Kugel Eis.""	Wortbruch	"Aber dabei blieb es nicht. Zwischenzeitlich kostete einen Privathaushalt die Ökostromförderung umgerechnet etwa 46 Kugeln Eis im Monat."		
Energiewende, made in Germany	Belastung der Verbraucher	"Bundeskanzlerin Angela Merkel legte 2011 noch eins drauf: Die EEG-Umlage zur Förderung der Ökostrom-Produktion werde nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen, versprach sie den Verbrauchern."	Merkel	"Bundeskanzlerin Angela Merkel legte 2011 noch eins drauf: Die EEG-Umlage zur Förderung der Ökostrom-Produktion werde nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen, versprach sie den Verbrauchern."	Wortbruch	"Wenige Jahre später lag der Wert fast doppelt so hoch. Für Wind-, Solar- und andere erneuerbare Energien hat man über die EEG -Umlage jährlich um die 25 Milliarden Euro zusätzlich von den Stromkunden verlangt."		
Energiewende, made in Germany	Belastung der Verbraucher	"Mit seinem geplanten Gebäudeenergiegesetz wollte Wirtschaftsminister Robert Habeck jetzt offenbar eine neue Höchstmarke bei der Belastung für die privaten Haushalte setzen."	Habeck	"Mit seinem geplanten Gebäudeenergiegesetz wollte Wirtschaftsminister Robert Habeck jetzt offenbar eine neue Höchstmarke bei der Belastung für die privaten Haushalte setzen."	Vereitelung	"Damit ist er im Koalitionsausschuss nicht durchgekommen."		
Energiewende, made in Germany	Belastung der Verbraucher	"Die deutschen Haushalte leiden schon jetzt, bis weit in die Mittelschicht, unter den hohen Energiekosten."	Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom und CO2-Ziel der EU	"Das liegt nicht nur am Ukraine-Krieg, sondern auch am - weltweit einmaligen - doppelten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom und am CO2-Ziel der EU, das	Blamage der Regierung	"Besonders blamabel: Obwohl die Strompreise hierzulande im europäischen Vergleich sehr hoch sind, sinkt der Ausstoß von Treibhausgasen kaum."		

				immer ambitionierter wird"		2021 stieg er sogar an."		
Wärmepumpen kosten jährlich 12 Milliarden Euro	Falschinformationen der Regierung	" Schon die Rechnung für Privathaushalte erscheint auf den ersten Blick jedoch wenig plausibel." "Im Gesetz wird der Plan formuliert, jährlich 500.000 Geräte zu installieren - was rechnerisch also nicht neun, sondern 15 Milliarden Euro ergeben müsste."	Gesetzgeber	"Im Gesetz wird der Plan formuliert, jährlich 500.000 Geräte zu installieren - was rechnerisch also nicht neun, sondern 15 Milliarden Euro ergeben müsste."	Un-glaubwürdigkeit	" Selbst das dürfte aber nicht reichen, da in vielen Fällen, vor allem in Mehrfamilienhäusern mit Etagenheizung, deutlich höhere Summen anfallen dürften, etwa wenn von Gasbrennern auf eine zentrale Wärmepumpenheizung umgestellt werden muss."		
Wärmepumpen kosten jährlich 12 Milliarden Euro	Zu starke finanzielle Belastung von Immobilieneigentümern	"Für die meisten Immobilien bietet das GEG weder technologieoffene, noch bezahlbare Lösungen und führt damit für viele private Eigentümer zu einer finanziellen Überlastung"	Gesetzgeber	"Für die meisten Immobilien bietet das GEG weder technologieoffene, noch bezahlbare Lösungen und führt damit für viele private Eigentümer zu einer finanziellen Überlastung"				
Wärmepumpen-Verband sieht Kunden im Nachteil	Zu hoher Strompreis	"Sondern am hohen Strompreis, der vor allem in Direktvergleich mit dem Gaspreis wenig konkurrenzfähig erscheint. Eine Kilowattstunde Strom kostet derzeit für Endkunden laut BWP mit 48 Cent mehr also doppelt so viel wie Erdgas mit 18 Cent."			Keine finanzielle Einsparung	"Der strukturelle Vorteil der Wärmepumpe, die aus einer Einheit Strom im Normalfall eines durchschnittlich sanierten Hauses zwei bis drei Einheiten Wärme herstellen kann, ist im Vergleich zur Gasheizung somit dahin,"		
Wärmepumpen-Verband sieht Kunden im Nachteil	Subventionierung + Merit-Order-Prinzip	" "Während auf der einen Seite fossile Energieträger weiter subventioniert werden, zuletzt durch die Absenkung der Mehrwertsteuer für Erdgas, sorgt das Erdgas andererseits im Rahmen der Merit-Order für Preisspitzen beim Strompreis - und dies, obwohl der Anteil erneuerbarer Energien beim Strom stetig wächst", so Verbandschef Sabel. Beim Merit-Order-Prinzip bestimmt vereinfacht gesagt das aktuell teuerste Kraftwerk das Preisniveau für Strom über den gesamten Markt. Im vergangenen Jahr waren das häufig Gaskraftwerke, deren Rohstoff sich massiv verteuert hatte.""	Regierung	"Der Bundesverband Wärmepumpe fordert von der Bundesregierung jetzt "klare Rahmenbedingungen für den bereits vereinbarten Wärmepumpen-Hochlauf"	Gefährdung der Akzeptanz für die Wärmepumpe	" Ohne billigen Strom, so die Befürchtung, könnte die Akzeptanz der Wärmepumpe in Gefahr geraten."	Senkung des Strompreises	"Der Bundesverband Wärmepumpe fordert von der Bundesregierung jetzt "klare Rahmenbedingungen für den bereits vereinbarten Wärmepumpen-Hochlauf" - also billigeren Strom, "über die Absenkung der Stromsteuer auf das zulässige Minimum von 0,1 Cent pro Kilowattstunde und die Absenkung der Mehrwertsteuer für Wärmepumpenstrom auf sieben Prozent"."
Wärmepumpen-Verband sieht Kunden im Nachteil	Zu hoher Strompreis	"Das erzeuge wieder zusätzliche Kosten und sei vor allem	Regierung	" Doch zunächst scheint die	Hilfe für Betreiber von Nachtspeichern und	" Doch zunächst scheint die		

		beim gleichzeitigen Betrieb einer eigenen Photovoltaik-Anlage technisch kaum umsetzbar."		Bundesregierung die Forderung der Branche erhört zu haben."	Wärmepumpen	Bundesregierung die Forderung der Branche erhört zu haben. Zumindest für die nächsten Monate sollen Besitzer von Nachtspeicheröfen und Wärmepumpen einen Spezialtarif bekommen."		
Habecks falsche Reihenfolge	Zu hoher Strompreis	"Doch Deutschland hat hinter Dänemark den zweithöchsten Strompreis weltweit."			Verfrühter Ausstieg aus der Atom-Energie	"Auch der Ausstieg aus der Kernkraft kam deshalb zum falschen Zeitpunkt."	Wiederholung vermeiden	"So schlechtes Timing sollte sich nicht wiederholen."
Nahe-liegende Lösung im Heizungsstreit	Teure Wärmepumpen-Pflicht	"Mit der Fernwärme-Offensive ist aber die berechnete Hoffnung verbunden, dass hunderttausende Immobilienbesitzer um die teure Pflicht zur Wärmepumpe herumkommen."					Mehr Investitionen in Wärmenetze als Wärmepumpen	"Hier sind staatliche Hilfen effizienter eingesetzt als bei dem Versuch, die Wärmewende in jedem Heizungskeller der Republik einzeln auszurufen."
Für eine Wärmewende ohne Schrecken	Klimaschutz vs. Kostenrealität	"Der Klimaschutz, den die Verbraucher in der Theorie und in Meinungsumfragen gern unterstützen und fordern, schlug plötzlich mit seiner ganzen Kostenwahrheit ungebremsbar direkt in die Geldbörse von Haus- und Wohnungsbesitzern."			Verbreitung von Angst	"Der Knall war so laut, er machte vielen Angst."	Rücklagen aufbauen	"Immobilienbesitzer sind gut beraten, ihre Rücklagen zu erhöhen für den Tag, an dem eine klimaneutrale Technik dann doch eingebaut oder der saubere Brennstoff beschafft werden muss."
Für eine Wärmewende ohne Schrecken	Teure Transformation	"Es darf nur niemand der Illusion nachhängen, es werde künftig keine oder kaum spürbare Belastungen geben: Die klimaneutrale Transformation der Wärmezeugung ist ein extrem teures Vorhaben, der nötige Milliarden-aufwand verschwindet mit dem Ampelkompromiss nicht einfach so."			In die Länge gezogen statt verhindert	"Die immensen Kosten der Wärmewende werden zeitlich bestenfalls etwas gestreckt und umverteilt, doch sie bleiben."	Rücklagen aufbauen	"Immobilienbesitzer sind gut beraten, ihre Rücklagen zu erhöhen für den Tag, an dem eine klimaneutrale Technik dann doch eingebaut oder der saubere Brennstoff beschafft werden muss."
Rätselraten um die Heizungsneuvolle	Zusätzliche Kosten für Mieter	"Nun ist in den "Leitplanken" auf einmal sogar von der Einführung "einer weiteren Modernisierungsumlage" die Rede."			Ungewissheit	"Was damit gemeint sein könnte, darüber rätseln Mieterverbände und Wohnungswirtschaft noch."		
Vermieter bei Förderung benachteiligt	Teure Wärmepumpe	"Und schon tauchen die nächsten Konflikte auf. Denn auch weiterhin läuft die Wärmewende im Heizungskeller in den meisten Fällen auf eine Wärmepumpe hinaus. Und das ist bei den derzeit in Deutschland			Anzweiflung der Umsetzbarkeit	"So weit so interessant - bei Investitionskosten von 30.000 Euro und mehr für ein durchschnittliches Einfamilienhaus."	Schnelles Handeln + Vorab Förderung	"Helfen soll eine staatliche Förderung mit direkten Zuschüssen und Krediten. In eine Entschließungsantrag, der WELT vorliegt, fordern die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die

		üblichen Geräte- und Installationskosten immer noch verhältnismäßig teuer."						Bundesregierung zum zügigen Handeln auf." "Zusätzlich, so der Vorschlag laut Entschließungsantrag, soll es einen "Klima-Geschwindigkeitsbonus" von 20 Prozent geben für alle, die früher eine Wärmepumpe einbauen als im Heizungsgesetz vorgeschrieben, also beispielsweise nicht erst dann, wenn die Heizung irreparabel kaputtgegangen ist. Der Bonus sollte gelten für Gas- und Ölheizungen, die älter sind als 20 Jahre."
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Aufwändige Installation einer Wärmepumpe	"Die Wärmepumpe ist eine effiziente Technologie. Ihre Anschaffungskosten sind in der Tat höher als die einer Gasheizung. Und das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht nennenswert ändern. Hinzu kommen die Installation einer Außen- und einer Inneneinheit mit Wanddurchbrüchen, Setzen eines Fundaments und Verrohrung der hydraulischen Komponenten. Das ist alles aufwendiger als der einfache Tausch eines alten Gasheizgerätes gegen ein Neues."	Anschaffungskosten + Zusätzliche Arbeiten	"Ihre Anschaffungskosten sind in der Tat höher als die einer Gasheizung. Und das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht nennenswert ändern. Hinzu kommen die Installation einer Außen- und einer Inneneinheit mit Wanddurchbrüchen, Setzen eines Fundaments und Verrohrung der hydraulischen Komponenten. Das ist alles aufwendiger als der einfache Tausch eines alten Gasheizgerätes gegen ein Neues."	Effizient	"Die Wärmepumpe ist eine effiziente Technologie."	Schaffung günstiger Rahmenbedingungen + Angleichung von Gas- und Strompreis	"Umso wichtiger ist es, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass der Kauf einer Wärmepumpe für den Endkunden durch niedrigere Betriebskosten, insbesondere Stromkosten, wirtschaftlicher ist als bei einer Gas- oder Ölheizung. Dazu sollte der Unterschied zwischen Strom- und Gaspreisen möglichst gering sein."
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Hohe Kosten für Sanierungsmaßnahmen	"Der Eigentümerverband Haus und Grund rechnet pro Haus mit Sanierungskosten in Höhe von 75.000 Euro. "			Wirtschaftlich sinnvolle Sanierung	"Bei steigenden fossilen Energiekosten ist eine Gebäudesanierung auch bei einer Gasheizung wirtschaftlich sinnvoll."		
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Teures GEG	"In Bestandsgebäuden ist das in den meisten Fällen noch sehr teuer, bindet Ressourcen und Liquidität."			Anreize statt Vorschriften	" Stattdessen sollten die Hauseigentümer durch finanzielle Anreize, durch Handwerker-Know-how und günstige Strompreise zum Umstieg auf Wärmepumpen bewegt werden. "	Stoppt das GEG	"Gebäude-Energie-Gesetz aussetzen." "Deshalb sollte das Heizungsgesetz wieder weg."
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten					Entlastung des Wohnungsmarktes	"Wenn sich mehr Käufer ein eigenes Haus oder eine eigene	Belastung durch staatliche Abgaben senken	"Grunderwerbsteuer senken." "Erstkäufer von

						Wohnung leisten können, entlastet das indirekt auch den Mietwohnungsmarkt."		selbst genutzten Immobilien sollten keine Kaufsteuer zahlen müssen, bis zu einem bestimmten Freibetrag von beispielsweise 400.000 Euro."
Käufer von Wärmepumpen warten weiter ab	Teurer Betrieb einer Wärmepumpe	" Noch dazu ist der Betrieb in Deutschland nicht wirklich günstig."	Hoher Strompreis	". In einer Beispielerrechnung präsentierte der Verband einen Verbraucher-Strompreis von 46 Cent pro Kilowattstunde und einen Gaspreis von rund 15 Cent. Ganz so groß ist der Abstand inzwischen nicht mehr, denn der Neukunden-Strompreis liegt aktuell bei etwa 33 Cent und hat die geforderten Erleichterungen damit schon fast vorweggenommen."			Handlungsaufforderung an die Regierung	" "Jeder Tag, an dem die Bundesregierung die Bevölkerung im Ungewissen lässt, ist ein verlorener Tag für den Klimaschutz.""

WELT Staatliche Überforderung-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Ausnahmen von der Heizungspflicht in der Kritik	Kein Geld für Subventionen	"Hierzu fehle im Bundeshaushalt schlichtweg das Geld."	Regierungsparteien	"Der Gesetzentwurf der Ampelkoalition sieht bislang in Paragraf 711 eine starre Altersgrenze für die Ausnahmeregelung vor."	Würdigung der Leistung	"Wenn jemand nach einem erfüllten Erwerbsleben in die Rente wechselt, haben die Menschen einen planbaren Lebensabend mehr als verdient"	Änderungen am Gesetz vornehmen	" Anschließend soll das Kabinett den Gesetzesentwurf beschließen, dann beginnt das parlamentarische Verfahren, in dem weiterhin Änderungen an dem geplanten Gesetz möglich sind."
Habecks falsche Reihenfolge	Überforderung der Kommunen und Versorger	"Kommunen und Versorger sind mit der Planung für Wärme- und Stromnetze in der vom Gesetz vorgesehenen Zeit vollkommen überfordert."	Zu wenig Zeit	"Kommunen und Versorger sind mit der Planung für Wärme- und Stromnetze in der vom Gesetz vorgesehenen Zeit vollkommen überfordert."				
Habecks Heizungsgesetz verzögert sich	Überlastung des Stromnetzes	"In den vergangenen Wochen waren Fälle bekannt geworden, in denen Wärmepumpen vom lokalen Versorger nicht ans Stromnetz angeschlossen wurden, wegen möglicher Überlastungsgefahr."	Regierung	"Die Unternehmen forderten eine "fundamentale" Verbesserung des GEG, sagte die ChefIn des Branchenverbandes BDEW, Kerstin Andreae."				
Bund will dänischen Erfolg bei Fernwärme übertreffen	Große finanzielle Beisastung und Unsicherheit	" Allerdings verwies der Chef des Verbandes kommunaler Unternehmen im Gespräch mit WELT auch auf den hohen	Unsichere Förderung	"Der mit rund drei Milliarden Euro bestückte Fonds "Bundesförderung effiziente Wärmenetze" (BEW) läuft bereits 2026 aus."	Unsicherheit für Projekte	"Das bedeutet: Alle, die jetzt in ein Projekt einsteigen wollen, wissen nicht, ob sie dafür noch eine	Schnelle Investitionssicherheit	" Die Bundesregierung müsse hier schnell für Investitionssicherheit sorgen. Die Deutsche

		Finanzbedarf, der mit dem Ausbau des Leitungssystems verbunden sein."		In demselben Jahr endet auch die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. "		Förderung bekommen", mahnte Liebing:"		Energieagentur (Dena) hatte einen Finanzbedarf von rund 20 Milliarden Euro genannt."
Bund will dänischen Erfolg bei Fernwärme übertreffen	Hoher Energieverbrauch im Wärmesektor	" Auf den Wärmesektor entfällt rund die Hälfte des deutschen Energieverbrauchs."					Einsparungen zur Erreichung des Ziels	"Für die geplante Dekarbonisierung Deutschlands bis zum Jahr 2045 sind in diesem Bereich dringend Erfolge beim CO2-Sparen nötig."
Naheliegende Lösung im Heizungsstreit	Fehler durch übereiltes Handeln	" In dem Heizgesetz hatte der offenbar schlecht beratene Klimaminister den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht, indem er zuerst die Verbraucher in die Pflicht nahm, danach die Kommunen."	Habeck	" In dem Heizgesetz hatte der offenbar schlecht beratene Klimaminister den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht, indem er zuerst die Verbraucher in die Pflicht nahm, danach die Kommunen."				
Heizungsgesetz kommt schnell in den Bundestag	Keine Zuständigkeit	"Eigentlich sind sie gar nicht mehr zuständig, denn die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf bereits gebilligt."			Berücksichtigung der Zuständigkeit	"Nun ist das Parlament am Zug."		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Unwirksame Maßnahmen	"Der erwartete Klimaeffekt von 6 Millionen zusätzlichen Wärmepumpen bis 2030, deren Einbau viele Milliarden verschlingen wird, liegt nach Angaben des Wirtschaftsministeriums bei einer CO2-Einsparung von sagenhaften 1,4 Prozent! Und selbst das nur unter ausgesprochen optimistischen, man könnte auch sagen: völlig unrealistischen Erwartungen, was den künftigen deutschen Strommix angeht."	Wirtschaftsministerium	"Der erwartete Klimaeffekt von 6 Millionen zusätzlichen Wärmepumpen bis 2030, deren Einbau viele Milliarden verschlingen wird, liegt nach Angaben des Wirtschaftsministeriums bei einer CO2-Einsparung von sagenhaften 1,4 Prozent! Und selbst das nur unter ausgesprochen optimistischen, man könnte auch sagen: völlig unrealistischen Erwartungen, was den künftigen deutschen Strommix angeht."			Gezielterer Einsatz von knappen Ressourcen	" Nicht nur in der Wirtschaft, auch in der Politik sollten knappe Mittel da eingesetzt werden, wo sie am wirkungsvollsten sind."

WELT Staatliche Überforderung-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habecks Heizungsgesetz verzögert sich	Verärgerung der Grünen	"Bei den Grünen sorgt die Haltung der FDP für erheblichen Ärger."	FDP	" Ich nehme zur Kenntnis, dass die FDP sich nicht an das gegebene Wort hält.""	Wortbruch	"Dass das Gesetz nun nicht in dieser Woche im Parlament beraten wird, sei "ein Wortbruch gegenüber der Vereinbarung, die wir nach dem		

						Koalitionsausschuss getroffen haben", sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Dienstag"		
Am Rande der Handlungsfähigkeit	Regierungskrise	"Regierungskrisen kommen nicht immer mit Wucht, sondern oft schleichend. Erst nimmt man frühe Anzeichen kaum wahr, dann werden sie als Randerscheinungen abgetan. Irgendwann sind die Krisen-Symptome lästig, später chronisch, dann erst gibt es den großen Knall. Irgendwo zwischen chronisch und Knall befindet sich Deutschland derzeit."	Die Grünen + FDP	"Ein Gesetz, das die Grünen - egal wie - durch den Bundestag peitschen wollen, die Liberalen dagegen verzögern oder ganz stoppen möchten."	Nicht handlungsfähig	"Es geht darum, ob dieses Regierungsbündnis handlungsfähig ist. Stand heute ist es das nicht."	Entscheidungen von FDP & SPD	"Die Liberalen müssen sich entscheiden, ob sie Teil der Regierung oder Opposition sein wollen. Beides geht nicht, es lähmt Deutschland. Die SPD sollte endlich ihre Rolle als Kanzlerpartei annehmen und gestalten, anstatt sich auf die Rolle des Moderators zurückzuziehen, der sich darauf beschränkt, die Initiativen der Grünen mit immer neuen Steuerzahler-Milliarden sozial verträglich zu machen."
Am Rande der Handlungsfähigkeit	Uneinigkeit der Regierung	" Die Ampel gleicht einem Rennwagenteam, in dem einer Gas gibt (Grüne), der andere gleichzeitig bremst (FDP) und der Dritte zu steuern versucht (SPD) - allerdings vergeblich."	Die Grünen + FDP + SPD	" Die Ampel gleicht einem Rennwagenteam, in dem einer Gas gibt (Grüne), der andere gleichzeitig bremst (FDP) und der Dritte zu steuern versucht (SPD) - allerdings vergeblich."	Steuerung vergeblich	" Die Ampel gleicht einem Rennwagenteam, in dem einer Gas gibt (Grüne), der andere gleichzeitig bremst (FDP) und der Dritte zu steuern versucht (SPD) - allerdings vergeblich."	Entscheidungen von FDP & SPD	"Die Liberalen müssen sich entscheiden, ob sie Teil der Regierung oder Opposition sein wollen. Beides geht nicht, es lähmt Deutschland. Die SPD sollte endlich ihre Rolle als Kanzlerpartei annehmen und gestalten, anstatt sich auf die Rolle des Moderators zurückzuziehen, der sich darauf beschränkt, die Initiativen der Grünen mit immer neuen Steuerzahler-Milliarden sozial verträglich zu machen."
Am Rande der Handlungsfähigkeit	Fehlende Führung durch die SPD	" Die Ampel gleicht einem Rennwagenteam, in dem einer Gas gibt (Grüne), der andere gleichzeitig bremst (FDP) und der Dritte zu steuern versucht (SPD) - allerdings vergeblich."	SPD	"Zumal die SPD selbst nicht so recht weiß, wohin sie will."	Untätigkeit des Kanzlers	"Und der Kanzler? Schweigt."	Entscheidungen von FDP & SPD	"Die Liberalen müssen sich entscheiden, ob sie Teil der Regierung oder Opposition sein wollen. Beides geht nicht, es lähmt

								Deutschland. Die SPD sollte endlich ihre Rolle als Kanzlerpartei annehmen und gestalten, anstatt sich auf die Rolle des Moderators zurückzuziehen, der sich darauf beschränkt, die Initiativen der Grünen mit immer neuen Steuerzahler-Milliarden sozial verträglich zu machen."
Am Rande der Handlungsfähigkeit	Beratungsexistente Grüne	"Nur ein Ratschlag an die Grünen erübrigt sich, wie das derzeitige Regierungshandeln zeigt."	Die Grünen	"Nur ein Ratschlag an die Grünen erübrigt sich, wie das derzeitige Regierungshandeln zeigt."	Ohne Rücksicht	"Die ziehen ihre Agenda durch, egal, was es kostet, egal auch, ob es gut ist für das Land und die Menschen."	Keine Wiederwahl	"Daran sollte man sich bei der nächsten Landtags- oder Bundestagswahl erinnern."
Bürger-schaft streitet über Heizungen	Zerstrittenheit der Regierungskoalition und Kritik am GEG	"Die bundesweiten Nachrichten am Mittwoch waren somit bestimmt vom Krach in der Koalition und von Kritik am Gesetz. Und diese Stimmung zog sich bis ins Hamburger Parlament."	FDP	"Doch am Dienstag strichen die Berliner Ampelkoalitionäre den Gesetzentwurf wegen grundsätzlicher Bedenken der FDP von der Tagesordnung."				
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Stillstand und gegenseitige Behinderung	"Beim umstrittenen Gebäudeenergiegesetz (GEG) aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) tritt man dagegen auf der Stelle - und sich gegenseitig kräftig auf die Füße."	FDP	"Nachdem die FDP es in den Gesprächen über die Tagesordnung des Bundestags abgelehnt hatte, den Gesetzentwurf am Freitag im Plenum zu beraten, hatte Vizekanzler Habeck bereits erbot von "Wortbruch" gesprochen."	Wortbruch, Verantwortungslosigkeit, Arbeitsverweigerung	"Nachdem die FDP es in den Gesprächen über die Tagesordnung des Bundestags abgelehnt hatte, den Gesetzentwurf am Freitag im Plenum zu beraten, hatte Vizekanzler Habeck bereits erbot von "Wortbruch" gesprochen." "Am Mittwochmorgen legte die parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der Grünen, Irene Mihalic, kräftig nach. Es sei "verantwortungslos" von der FDP, das parlamentarische Verfahren zu blockieren, sagte Mihalic." "Die Co-Fraktionschefin der Grünen, Katharina Dröge, warf den Liberalen "Arbeitsverweigerung" vor."		
Jetzt bekommt Habeck auch	Gefährdung der Handlungsfähigkeit	"Damit werde die "Handlungsfähigkeit der Regierung" beschädigt.""	FDP	"Die Liberalen verhielten sich "wie eine Opposition mit Ministerämtern"	Unangemessenes Verhalten	"Die Liberalen verhielten sich "wie eine Opposition mit		

grünen Widerspruch	der Regierung			und halte sich nicht an Absprachen."		Ministerämtern" und halte sich nicht an Absprachen."		
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Unmut über FDP	"Auch die Sozialdemokraten sind über das Veto der FDP nicht glücklich."	FDP	"Auch die Sozialdemokraten sind über das Veto der FDP nicht glücklich."	Frust	"Das bedauere ich, und das nervt mich auch", hatte Fraktionschef Rolf Mützenich bereits am Dienstag im ARD-"Morgenmagazin" erklärt."		
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Vergeltungsaktion	"Dass die Grünen jetzt von "Wortbruch" reden und ankündigen, wegen der FDP-Blockade beim Heizungsgesetz nun ihrerseits beim Planungsbeschleunigungsgesetz bremsen zu wollen, wertet die FDP-Fraktionsspitze als "Sandkastenspielerien"."	Grünen	"Dass die Grünen jetzt von "Wortbruch" reden und ankündigen, wegen der FDP-Blockade beim Heizungsgesetz nun ihrerseits beim Planungsbeschleunigungsgesetz bremsen zu wollen, wertet die FDP-Fraktionsspitze als "Sandkastenspielerien"."	Selbstbehinderung	"Die Grünen schaden ihren Anliegen selbst, wenn sie bereits geeinte Gesetze nun verzögern."		
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Noch mehr Probleme für die Grünen	"Doch der Widerstand der FDP ist nicht das einzige Problem, mit dem die Grünen sich befassen müssen. In der FDP-Fraktion verweist man genüsslich auf Äußerungen des von den Grünen ansonsten sehr geschätzten Klimaökonom Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung."	Aussagen von Ottmar Edenhofer	"Doch der Widerstand der FDP ist nicht das einzige Problem, mit dem die Grünen sich befassen müssen. In der FDP-Fraktion verweist man genüsslich auf Äußerungen des von den Grünen ansonsten sehr geschätzten Klimaökonom Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung."	Unordnung beim Klimaschutz	"Die Ampel hat sich beim Klimaschutz verheddert", hatte Edenhofer Anfang der Woche der "Neuen Osnabrücker Zeitung" gesagt."	Erneuter Versuch	"Seine Empfehlung an die Ampel wäre es, "kurz durchzuatmen, einen Schritt zurückzutreten und einen neuen Anlauf für die Heizungswende zu nehmen"."
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Kritik aus den eigenen Reihen	"Noch schwerer dürften Bedenken wiegen, die inzwischen aus den eigenen Reihen vorgetragen werden."	Kretschmann	"Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zweifelt am Zeitplan für die Heizungspläne der Bundesregierung."	Zweifel	"Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zweifelt am Zeitplan für die Heizungspläne der Bundesregierung."	Überprüfung	"Er würde Bundesminister Habeck und dessen Haus empfehlen, noch einmal genau zu klären, ob das Gesetz in dieser Zeit auch wirklich umsetzbar sei, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. "Das muss man noch mal sorgfältig prüfen, denn man kann von niemandem etwas verlangen, was er nicht kann."
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Fortsetzung des Streits	"Das Hickhack setzte sich am Mittwochmittag im Bundestag fort."	Regierung	"Der Zustand der Bundesregierung sei eine "Standortgefahr für Deutschland", es herrsche "Selbstbeschäftigung, Chaos, Blockade"."	Selbstbeschäftigung, Chaos, Blockade	"Der Zustand der Bundesregierung sei eine "Standortgefahr für Deutschland", es herrsche "Selbstbeschäftigung, Chaos, Blockade"."	Zurückziehung des Gesetzes	"Beenden Sie dieses Schauspiel, ziehen Sie das Gesetz zurück!", rief der stellvertretende Unions-Fraktionschef Jens Spahn (CDU) den Ampel-Politikern zu."
Jetzt bekommt Habeck auch	Streit zwischen	"Der Sozialdemokrat Miersch warf der Union eine "üble,	FDP	"Eine Vereinbarung in der Politik sollte etwas wert	Unzuverlässigkeit	"Eine Vereinbarung in der Politik sollte etwas	Zusammenarbeit	"Lassen Sie uns diese Blockade auflösen",

grünen Wid- erspruch	Koali- tionspartne rn	populistische Kampagne" vor, auf den Klein- krieg in der Koali- tion ging er nicht weiter ein."		sein", sagte er in Richtung FDP."		wert sein", sagte er in Richtung FDP."		appellierte er."
Grüner Grund- satzstreit über Migra- tion steht an	Streit ums GEG	"Auch die Probleme haben sich vervielfacht. Immerhin wurde ein Konflikt an- derthalb Stunden vor Eröffnung der Party noch rechtzeitig abgeräumt. Denn am Dienstag um 17.30 Uhr hatten die Frak- tionschefs von SPD, Grünen und FDP im Bun- destag die Einigung beim Gebäudeenergie- gesetz verkün- det."			Erleichterung	"Vor allem Wirtschafts- minister Rob- ert Habeck dürfte ein Stein vom Herzen ge- fallen sein; auch die Frak- tionschefinnen Britta Haßel- mann und Katharina Dröge wirkten erleichtert. Bis zur Einigung sei es ein längerer und komplizierter Weg gewesen, sagte Dröge am Diensta- gabend. Sie sprach von einem "Meilenstein" für den Klimaschutz." "Auch die Grü- nen können aufatmen, weil das GEG nun endlich in die parlamentar- ische Umlauf- bahn kommt. Die Einigung sei ein Geburtstagsge- schenk der FDP an die Grünen, hatte Dürr gewitzelt, jedenfalls hatte Dröge ihn bei ihrer Rede in den Wilhelm-Stu- dios so zitiert." "Auch Vize- kanzler Habeck war die Erleichter- ung an- zusehen. "Das Verhand- lungsergebnis ist ein gutes, und ich bin zufrieden" hatte der Bun- deswirtschafts- minister erklärt."		
Grüner Grund- satzstreit über Migra- tion steht an	Erschweru- ng der Wahlkämpfe	"Eine Verzöger- ung und ein bis in den Herbst ver- längerter Koali- tionsstreit würden die Wahlkämpfe in Bayern und Hessen belasten; dort werden am 8. Oktober neue Landtage gewählt."	Verzögerung der Verabschiedung des GEG	"Eine Verzöger- ung und ein bis in den Herbst verlänger- ter Koalitionsstreit würden die Wahlkämpfe in Bayern und Hes- sen belasten; dort werden am 8. Oktober neue Landtage gewählt."				
Grüner Grund- satzstreit über Migra- tion steht an	Erschweru- ng der Erreichung der Klima- ziele	"Bei Um- weltverbänden stieß die Kom- promissfähigkeit der Grünen dagegen auf scharfe Kritik. "Mit diesem aufgeweichten Heizungsgesetz rückt das Er- reichen der Re- gierungsziele beim Klimaschutz	Kompromiss der Grünen	"Bei Um- weltverbänden stieß die Kom- promissfähigkeit der Grünen dagegen auf scharfe Kritik. "Mit diesem aufgeweichten Heizungsgesetz rückt das Er- reichen der Re- gierungsziele beim Klimaschutz in weite Ferne",	Erreichung der Klimaziele wird verzögert	"Das Er- reichen der Emis- sionsminder- ungsziele für 2030 rücke in weite Ferne."		

		in weite Ferne", erklärte Greenpeace-Energieexperte Andree Böhling."		erklärte Greenpeace-Energieexperte Andree Böhling."				
Grüner Grundsatzzstreit über Migration steht an	Schwächung des GEG	"Sie sprach von einer "Entkernung des GEGs"."	Kompromiss der Grünen	" Bei Umweltverbänden stieß die Kompromissfähigkeit der Grünen dagegen auf scharfe Kritik. "	Schlechter Witz	"Und die Klimaaktivistin Luisa Neubauer von Fridays for Future, selbst Mitglied der Grünen, sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe, die Koalitionseinigung beim Heizungsgesetz sei "ein schlechter Witz"."		
Ein Symptom politischer Schwäche	Keine Gemeinsamkeiten	" Die ohnehin überschaubaren Gemeinsamkeiten der drei Koalitionspartner scheinen nach nicht einmal der Hälfte der Legislaturperiode vollends erschöpft."			Hilflosigkeit des Kanzlers	"Angesichts schwindender Umfragewerte gilt bei FDP und Grünen das Motto: Jeder kämpft für sich allein. Und die SPD steht hilflos dazwischen. Der Kanzler sucht inhaltliche Differenzen und handwerkliche Fehler als "Ruckeleien" kleinzureden."		
Opposition wirft Ampel "verkorkstes" Gesetz vor	Unfertiges & unrealistisches Gesetz	"Das GEG, das die Ampel nun nach Monaten des regierungsinernen Streits zu einer ersten Lesung in den Bundestag einbrachte, ist dagegen der von der Realität überholte Entwurf eines mittlerweile entlassenen Staatssekretärs aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne)."	Regierungsparteien	"Das GEG, das die Ampel nun nach Monaten des regierungsinernen Streits zu einer ersten Lesung in den Bundestag einbrachte, ist dagegen der von der Realität überholte Entwurf eines mittlerweile entlassenen Staatssekretärs aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne)."	Schlechtes Gesetz	"Oder, wie es Jens Spahn (CDU) ausdrückte: "Ein Gesetz für die Tonne.""		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Heuchelei der FDP	"Die FDP feiert sich jetzt für die Abschwächung des Gesetzes . Aber das Einzige, was Lindner & Co. tatsächlich erreicht haben, ist eine zeitliche Verzögerung des Irrsinns aus dem Hause Habeck."	FDP	Die FDP feiert sich jetzt für die Abschwächung des Gesetzes . Aber das Einzige, was Lindner & Co. tatsächlich erreicht haben, ist eine zeitliche Verzögerung des Irrsinns aus dem Hause Habeck.	Bevormundung durch den Staat & Wohlstandsgefährdung	"Es bleibt ein Gesetz, das bevormundet und viele Menschen arm machen wird. Staatssekretär Graichen ist weg, aber der Graichen-Plan kommt."		
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Zu viele Freiheiten für die FDP	" Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne) wirft dem Kanzler vor, in der Ampel-Koalition die FDP nicht "gut genug" einzufangen"	Scholz	" Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne) wirft dem Kanzler vor, in der Ampel-Koalition die FDP nicht "gut genug" einzufangen"	Verantwortung nicht gerecht werden	"Kanzler Olaf Scholz (SPD) werde seiner Verantwortung nicht gerecht, findet Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne), die ihren einstigen Bündnispartner kaum wiedererkennt."		
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Kein verlässlicher Regierungschef	" In einer Zeit, in der Vieles buchstäblich aus den Fugen gerät,	Scholz	"Und dafür trägt der Kanzler eine ganz besondere Verantwortung."	Schädigung der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit	" Er will am Ende als die Stimme der Vernunft		

		erwarten die Menschen zurecht einen verlässlichen Regierungschef, dem sie vertrauen können."				und Mitte wahrgenommen werden und nimmt in Kauf, dass die öffentliche Wahrnehmung von Regierungshandeln beschädigt wird."		
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Riskierung von Streit innerhalb der Regierungskoalition	"Die FDP schießt allerdings übers Ziel hinaus. Er fängt sie nicht gut genug ein und läuft damit Gefahr, dass die Koalition so ein ums andere Mal in den Clinch miteinander gerät, sich in Teilen auch gegenseitig zerlegt."	Scholz	"Es ist ein Stück weit sein Führungselbstverständnis, dass er die Koalitionspartner mit ihren jeweiligen Themen sehr selbstbewusst auftreten lässt."	Streit überdeckt die Erfolge der Regierungskoalition	"Bitter angesichts der Tatsache, dass die Ampel ja durchaus Erfolge vorzuweisen hat."		
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Vertrauensverlust	"Wenn die FDP, als Teil der Regierung, permanent das gemeinsame Regierungshandeln in Zweifel zieht, dann wird viel Vertrauen verspielt."	FDP	"Wenn die FDP, als Teil der Regierung, permanent das gemeinsame Regierungshandeln in Zweifel zieht, dann wird viel Vertrauen verspielt."				
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Zumutung für Bundestag und Bundesrat	"Nein, obwohl ich zugeben muss, dass es schon eine ziemliche Zumutung für Parlament und Bundesrat ist."					Klarheit schaffen	"Trotzdem wäre jetzt eine zügige Verabschiedung des Gesetzes wünschenswert, damit es nach dem Hickhack der letzten Wochen endlich Klarheit gibt."
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Vertrauensverlust	"Was mich aber vor allen Dingen nervt, ist das Doppel-Foulspiel der FDP: Erst harte Kürzungen vorgeben und Sparvorschläge einfordern und sich dann empören, wenn Lisa Paus ihren Job macht. Auch hier setzt die FDP das Ansehen der Bundesregierung mal wieder aufs Spiel."	FDP	"Was mich aber vor allen Dingen nervt, ist das Doppel-Foulspiel der FDP: Erst harte Kürzungen vorgeben und Sparvorschläge einfordern und sich dann empören, wenn Lisa Paus ihren Job macht. Auch hier setzt die FDP das Ansehen der Bundesregierung mal wieder aufs Spiel."				
"Scholz setzt Vertrauen aufs Spiel"	Politische Konkurrenz	"Wir sehen jedenfalls sehr deutlich, dass Sozialdemokraten und Grüne allen Koalitionen zum Trotz politische Konkurrenten sind, keine Frage."					Kanzlerkandidaten aufstellen	"Würden Sie - Stand jetzt - Ihrer Partei empfehlen, für 2025 einen Kanzlerkandidaten oder eine Kanzlerkandidatin aufzustellen? Das wäre meine Empfehlung."

WELT Eile-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habecks falsche Reihenfolge	Große Schäden	"Schon jetzt sind die Kollateralschäden hoch, und sie			Mehr Zeit für die Ausarbeitung des GEG	"Dem neuen Heilungsgesetz täte es gut,		

		werden noch höher, wenn nicht am Timing und am Inhalt des Gesetzes grundlegend etwas geändert wird."				wenn es um mindestens ein Jahr verschoben würde - im Sinne des Klimaschutzes. Insofern ist es eine positive Nachricht, dass das Gebäudeenergiegesetz kommt und mehr Zeit für eine Überarbeitung bleibt."		
Habecks falsche Reihenfolge	Falsche Montage	"Deshalb werden viele Geräte zurzeit falsch dimensioniert eingebaut - und drohen im Winter den Kohlestromverbrauch unnötig zu erhöhen."	Zu wenig Zeit	"Den Handwerkern fehlt die Zeit, um sich mit Wärmepumpen vertraut zu machen."				
Habecks Heizungsgesetz verzögert sich	Zu wenig Zeit	"Nach einer Verabschiedung im Herbst bleibt zudem wenig Zeit für Industrie, Handwerk und Verbraucher, sich auf die neuen Regeln einzustellen."			Zu viel Unklarheit	""Zu viele grundlegende Fragen sind noch ungeklärt", sagt Daniel Föst, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion."		
Habecks Heizungsgesetz verzögert sich	Zu wenig Zeit + zu viele negative Effekte	""Das Gesetz ist übereilt und hat schon jetzt zu viele negative Effekte: Die Bürger sind verunsichert, der Markt überhitzt: Gas- und Ölheizungen werden noch in aller Eile eingebaut - was ja nicht im Sinne des Gesetzes ist - , Preise für Wärmepumpen und Installationen sind überhöht. Kommunen und Versorger benötigen mehr Zeit für die Planung von Wärmenetzen."			Umsetzung ist unrealistisch	" Ein Start des GEG schon 2024 ist nun nicht mehr realistisch."	Neues Gesetz	"FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte: "Hier brauchen wir ein neues Gesetz im Prinzip.""
Habecks Heizungsgesetz verzögert sich	Zu wenig Zeit	"Die jetzt im Gesetz vorgesehene Pflicht, bereits 2035 einen Anteil von 65 Prozent erneuerbaren Energien im Wärmenetz sicherzustellen, sowie eine Garantieflicht für den Anschluss an ein Wärmenetz bis 2035 seien aus Sicht des Städtetages " in der Fläche nicht realisierbar"."			Verfrühte Umsetzung	"Doch auch das scheint verfrüht."		
Bürgerschaft streitet über Heizungen	Kritik am Zeitplan	"SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf kritisierte den Zeitplan des Bundesgesetzes. Dieser unterscheidet "sich deutlich vom Hamburger Weg"."			Fehlgeschlagener Beschwichtigungsversuch	" "Der Großteil der Aufregung ist übertrieben." Durchdringen aber konnte er damit nicht."		
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	Zu wenig Zeit + Nicht ausgereift genug	"Er hält das geplante Heizungsgesetz teils für verfehlt und dringt			Kein Bezug zur Lebenswirklichkeit	"Das Gesetz sei bisher "ein Entwurf vom grünen Tisch mit zu	Verschiebung	"Zu viele Punkte seien ungeklärt: "Der 1. Januar 2024 ist

		sogar auf eine Verschiebung um drei Jahre."				wenig Bezug zur Lebenswirklichkeit", so Woidke."		nicht zu halten.""
Nahe- liegende Lösung im Heizungsstreit	Fehlende Verbindung	"Nur: Eine echte "Verzahnung" zwischen kommunaler Wärmeplanung und privaten Heizvorgaben war damit nicht verbunden - und steht auch weiterhin aus."	Stadtwerke & Kommunen	"Denn Stadtwerke und Kommunen müssen auch nachweisen können, dass sie ihre Wärmenetze bald aus erneuerbaren Quellen speisen können. Und diesen Nachweis kann bislang kaum ein Anbieter erbringen."			Abmilderung von Vorgaben und Fristen	"Deshalb ändert auch eine Fernwärme-Offensive nichts daran, dass die Fristen und Vorgaben des Heizungsgesetzes GEG zumindest deutlich aufgeschoben und entschärft werden müssen."
Die föderal- istische Willkür der Ener- gieperiode	Detailfragen	"Der Teufel steckt im Detail. So auch bei der Wärmewende. Wer ein Haus besitzt, soll laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) so schnell wie möglich die alte Heizung durch eine Wärmepumpe ersetzen."	Habeck	"Der Teufel steckt im Detail. So auch bei der Wärmewende. Wer ein Haus besitzt, soll laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) so schnell wie möglich die alte Heizung durch eine Wärmepumpe ersetzen."				
Hei- zungsgesetz kommt schnell in den Bun- destag	Falscher Umgang mit der CDU	"Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Ampel-Regierung angesichts der Debatten über das Heizungsgesetz, die Nationale Sicherheitsstrategie und andere zentralen Projekte einen inakzeptablen Umgang mit der Union vorgeworfen."	Regierungsparteien	"Diese Koalition darf sich nicht darüber wundern, wenn in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend Proteste aus der Mitte der Gesellschaft heraus artikuliert werden gegen die Art und gegen den Inhalt der Gesetze, die in Berlin zurzeit verabschiedet werden", sagte der CDU-Chef vor einer Sitzung der Unions-Bundestagsabgeordneten in Berlin."	Übereilter Gewaltakt	"CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte, dass die Ampel das Heizungsgesetz im Hauruckverfahren durch den Bundestag peitschen wolle, sei eine Missachtung des Parlaments."		
Für eine Wärmewende ohne Schrecken	Übereiltes Heizungsverbot	"Der hatte noch ein faktisches Einbauverbot für Gas- und Ölheizungen vorgesehen, beginnend schon ab Januar 2024, praktisch übermorgen, mitten in der Frostperiode."	Habeck + Graichen	"Denn Habecks dramatisch gescheitertes Heizgesetz war in Wirklichkeit ein Entwurf seines inzwischen beurlaubten Staatssekretärs Patrick Graichen, der sich als Ex-Agorachef vor allem dem Klimaschutz verpflichtet fühlte, wenigstens sonst."	Unehrliches Vorgehen	"Die behauptete "Technologieoffenheit" spiegelte Graichens Entwurf nur vor, kassierte sie mit zahlreichen Auflagen und Bedingungen im Kleingedruckten aber gleich wieder ein."		
Ein Symptom politischer Schwäche	Schwierige Um- setzbarkeit	"Der Ambition mangelt es allerdings zunehmend an gekonnter Operationalisierung."			Unseriös	"Ein überholtes Gesetz mit ein paar hingekritzelt "Leitplanken" zu Heizungsgesetz ergänzen, nur um es noch vor der Sommerpause durchpauken zu können, genügt den Anforderungen an ein seriöses Verfahren nicht."		

Ein Symptom politischer Schwäche	Keine Grundlage	"Der Bundestagsberatung über das Heizungsgesetz fehlt es an einer tauglichen Grundlage."			Unseriös	"Ein überholtes Gesetz mit ein paar hingekritzeltten "Leitplanken" zu Heizungsgesetz ergänzen, nur um es noch vor der Sommerpause durchpauken zu können, genügt den Anforderungen an ein seriöses Verfahren nicht."		
Opposition wirft Ampel "verkorkstes" Gesetz vor	Un-glaubwürdigkeit	"Der Schutz der Menschen, der Souveränität und der territorialen Integrität Deutschlands vor Bedrohungen aus aller Welt soll künftig die Priorität der Politik der Bundesregierung sein. So hatten es der Kanzler und vier seiner Minister am Mittwoch bei der Vorstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie verkündet. Tags darauf war das schon wieder Makulatur: Die geplante Debatte darüber wurde von den Koalitionsfraktionen im Bundestag veragt."	Regierungsparteien	"Das Vorhaben und dessen abschließende Beratung noch vor der parlamentarischen Sommerpause war der Ampel kurzfristig wichtiger als ein Nachdenken über die Sicherheit der Bürger vor Krieg und Gewalt."	Falsche Prioritäten	"Das Vorhaben und dessen abschließende Beratung noch vor der parlamentarischen Sommerpause war der Ampel kurzfristig wichtiger als ein Nachdenken über die Sicherheit der Bürger vor Krieg und Gewalt."		
Opposition wirft Ampel "verkorkstes" Gesetz vor	Unvollständigkeit	"Die wurden allerdings nicht in das Gesetz eingearbeitet, sondern nur in "Leitplanken" festgehalten - ein zweiseitiges Papier."			Unseriös	"Der CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak warf der Ampel vor: "Sie haben ein verkorkstes Gesetz vorgelegt. Und jetzt schmeißen Sie uns zwei dünne Seiten vor die Füße. Keiner kann sich seriös damit beschäftigen, das ist eine Simulation von parlamentarischer Demokratie.""		
Opposition wirft Ampel "verkorkstes" Gesetz vor	Zeitdruck	"Warum geben Sie dem Bundestag nicht die Zeit, über ein Gesetz zu beraten?"	Regierungsparteien	"Ernsts Fraktionskollege Ralph Lenkert bescheinigte der Ampel: Mit dem "grotten-schlechten Entwurf" sowie den "vagen Leitplanken" zerstöre die Regierung die Akzeptanz der Bürger für die nötige Reform."	Akzeptanz Vernichtung	"Ernsts Fraktionskollege Ralph Lenkert bescheinigte der Ampel: Mit dem "grotten-schlechten Entwurf" sowie den "vagen Leitplanken" zerstöre die Regierung die Akzeptanz der Bürger für die nötige Reform."	Unseriös	"Aber jetzt solle man in der kommenden Woche eine Expertenanhörung veranstalten ohne neuen Gesetzestext, nur mit den "Leitplanken"."
Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes	Zeitdruck	"Wegen der Zeitnot bleiben einige Baustellen"	Regierungsparteien	"Am vergangenen Freitag hatte die Ampel-Koalition exakt 111 Seiten mit neuen Formulierungen und Erläuterungen dazu vorgelegt. Bereits am Montag folgte die Anhörung im Bundestag."	Nicht genug Zeit	"Keine drei Tage Zeit blieb den Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft, um sich mit dem geänderten Heizungsgesetz zu beschäftigen."		

Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz	Unvollständigkeit	"Anhörung im Bundestag offenbart weiterhin Lücken."			Verschiebung	"Die Opposition fordert eine Verschiebung"		
Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz	Unvollständigkeit	"Vor der geplanten Verabschiedung des umstrittenen Heizungsgesetzes am Mittwoch hat eine Expertenanhörung weitere, zum Teil gravierende Regelungslücken festgestellt."			Fehlende Grundlage	"Die Opposition sieht deshalb keine Grundlage für eine zweite und dritte Lesung im Bundestag am Mittwoch dieser Woche."		
Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz	Konflikt mit anderen Regularien	"Auch einige andere der von den Parteien geladenen Experten sahen in der Anhörung noch grundsätzliche Probleme. So verwies Ingbert Liebing, Chef des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) auf rechtliche Konflikte mit der geplanten EU-Gasrichtlinie zum sogenannten "Unbündling", also der Trennung von Netzbetrieb und Vertrieb in Energieunternehmen: Falls es durch die EU-Kommission tatsächlich durchgesetzt würde, dürften bisherige Gasnetzbetreiber "die mit dem Gesetz vorgesehenen Pflichten gar nicht erfüllen"."			Nicht genug Zeit	"Wegen solcher offenen Grundsatzfragen erneuerte die Opposition ihre Kritik an dem Tempo, mit dem das Heizgesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll. "Gerade einmal das Wochenende hatten Sachverständige und Abgeordnete Zeit, den 110 Seiten starken Paragraphen-Dschungel eines völlig neuen Heizungsgesetzes zu bewerten", kritisierte CDU-Vize Jung. Die Kritik teilten auch die meisten Experten bei der Anhörung. "Die Zeit für eine Analyse und profunde Stellungnahme zu dem umfassenden Dokument war nicht ansatzweise ausreichend und wird weder dem Anspruch an ein angemessenes parlamentarisches Verfahren, noch der Tragweite des zur Beschlussfassung eingebrachten Gesetzesentwurfs gerecht", kritisierte der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima (ZVSHK), Helmut Bramann. Es stelle sich außerdem die Frage, "ob die in der Anhörung eingebrachten Hinweise und Empfehlungen überhaupt noch Berücksichtigung finden können"."		

WELT Umsetzbarkeit-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Jetzt bekommt Habeck auch grünen Widerspruch	"Problemzone" kommunale Wärmeplanung	"Als "große Problemzone" in dem Gesetz nannte Kretschmann die kommunale Wärmeplanung."					Voreiliges Vorgehen vermeiden	"Der Grüne warnte davor, etwas in Gang zu setzen, "dass sich später als nicht gut oder schwer praktikabel erweist"."
Ein Symptom politischer Schwäche	Übermächtige Ampel	"Und um die Risse zu übertünchen, wird im Parlament "Constitutional Hardball" gespielt, die Bedenken der Opposition werden durch Ausschöpfung der Ampelmacht überstimmt."			Politische Schwäche	"Wenn ein demokratisch mögliches Verfahren aber für parteipolitische Interessen ausgenutzt wird, ist das vor allem eines: ein Symptom politischer Schwäche."		
Die föderalistische Willkür der Energiewende	Wärmepumpen-Feindlichkeit	"Und in Baden-Württemberg, wo Habecks Parteifreund Winfried Kretschmann Ministerpräsident ist, gilt die wärmepumpenfeindlichste Abstandsregelung der Republik: 13 Meter (!) müssen es im reinen Wohngebiet sein, sieben Meter im allgemeinen Wohngebiet, vier Meter in urbanen Mischgebieten."	Kretschmann	"Und in Baden-Württemberg, wo Habecks Parteifreund Winfried Kretschmann Ministerpräsident ist, gilt die wärmepumpenfeindlichste Abstandsregelung der Republik: 13 Meter (!) müssen es im reinen Wohngebiet sein, sieben Meter im allgemeinen Wohngebiet, vier Meter in urbanen Mischgebieten."	Heuchelei	"Autos können durch Stuttgarts Straßen röhren, aber wehe, es flüstert irgendwo eine Wärmepumpe."		
Die föderalistische Willkür der Energiewende	Föderalismus	"Warum aber jedes Bundesland eine eigene Bauordnung mit eigenen Abstandsregelungen haben soll, das mögen mir Freunde des Föderalismus erklären. Warum müssen Reihenhausbesitzer in Berlin weiterhin mit Gas heizen, während sie in Schleswig-Holstein auf die Wärmepumpe umsteigen dürfen? "	Föderalismus	"Warum aber jedes Bundesland eine eigene Bauordnung mit eigenen Abstandsregelungen haben soll, das mögen mir Freunde des Föderalismus erklären. Warum müssen Reihenhausbesitzer in Berlin weiterhin mit Gas heizen, während sie in Schleswig-Holstein auf die Wärmepumpe umsteigen dürfen? "	Föderalistische Willkür	"Der Teufel liegt bei der Energiewende nicht zuletzt in föderalistischer Willkür."		
Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz	Verfehlung der Klimaziele	"Mit der Neufassung des Heizgesetzes würden die deutschen Klimaziele bis 2030 zudem sicher verfehlt. Das deutet sich wohl auch an: Wie Handwerkschef Bramann verwies auch Markus Staudt vom Bundesverband der Heizungsindustrie (BDH) auf die aktuell einbrechende Nachfrage nach Wärmepumpen."	Neufassung GEG	Mit der Neufassung des Heizgesetzes würden die deutschen Klimaziele bis 2030 zudem sicher verfehlt. Das deutet sich wohl auch an: Wie Handwerkschef Bramann verwies auch Markus Staudt vom Bundesverband der Heizungsindustrie (BDH) auf die aktuell einbrechende Nachfrage nach Wärmepumpen."	Kritik an Ausschluss	"Vertreter von Umwelt- und Klimaschutzvereinen kritisierten, zur Anhörung nicht eingeladen worden zu sein."		
Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz	Rückgang der Nachfrage nach Wärmepumpen	"Schon jetzt zeichne sich ab, dass 2024 nur noch halb so viele Wärmepumpen eingebaut			Verfehlung der eigenen Ziele	"Eigentlich zielte die Bundespolitik auf eine Verdopplung ab."		

		werden könnten wie 2022."						
Vermieter bei Förderung benachteiligt	Ungleiche Behandlung	"Doch diesen "Geschwindigkeit sbonus" sollen nur selbstnutzende Hauseigentümer erhalten. Private Vermieter und Wohnungsgesellschaften würden damit leer ausgehen. "			Frust	" In der Immobilienbranche reagiert man zunehmend frustriert auf die neuen Heizungsregeln aus Berlin. "Die Bundesregierung sollte sich darüber im Klaren sein, dass Wohnungsunternehmen, vor allem auch solche mit günstig vermieteten Wohnungen, viel Eigenkapital für die Wärmewende werden investieren müssen", sagt Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW. "Dieses Kapital fehlt dann für andere Maßnahmen, etwa für energetische Sanierungen oder Neubau. Es landet sprichwörtlich im Heizungskeller."		
Vermieter bei Förderung benachteiligt	Falsche Anreize	"Der Geschwindigkeitsbonus bildet zudem einen Anreiz, eine Wärmepumpe einzubauen noch bevor die Gemeinde vor Ort einen Wärmenetzplan aufgestellt hat. Denn diese Planungs-Pflicht muss bis Ende 2028 erfüllt sein - doch dann endet auch schon die Zeit mit dem höchsten Geschwindigkeitsbonus. Ab 2029 wird dieser jährlich um drei Prozentpunkte abgeschmolzen.""			Unseriöses Vorgehen	" Seine Erwartung, dass die SPD-Politikerin diesen Schritt gehen werde, sei allerdings gering, sagte Dobrindt. Der CSU-Politiker bezeichnete das zeitlich gedrängte Verfahren beim Gebäudeenergiegesetz (GEG) als "komplett unseriös". "	Stop der Beratung & Abstimmung	" CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) auf, die abschließende Beratung und Abstimmung über das umstrittene Heizungsgesetz von der Tagesordnung des Bundestages zu nehmen. "Die Bundestagspräsidentin hätte die Aufgabe, einzugreifen und dafür zu sorgen, dass so ein Ablauf nicht stattfinden darf", sagte der CSU-Politiker am Dienstag in Berlin." "Dobrindt sagte, Bundestagspräsidentin Bas müsse auch ohne Aufforderung handeln, zumal sie sich selbst gegenüber den Ampel-Fraktionsführungen bereits schriftlich über die Vielzahl von Fristverkürzungen bei Gesetzesvorhaben beklagt habe, die die Beratungszeiten des

								Parlaments zusammen- schuhen lassen."
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Große Herausforderungen wegen GEG	"Herausforderung von beispielloser Dimension" Der Chef des Heizungsherstellers Vaillant Norbert Schiedeck über das Gebäudeenergiegesetz und seine Folgen für die Branche" "Das sogenannte Heiz-Gesetz beschert den Herstellern von Klimatechnik eine dornenreiche Blüte: Zum einen sichert es über Jahre hinaus eine stetig steigende Nachfrage, zum anderen jedoch stellt es die Anbieter vor enorme Herausforderungen, was den Um- und Ausbau ihrer Kapazitäten und die Justierung ihres Geschäftsmodells angeht, den wachsenden Druck internationaler Konkurrenz und nicht zuletzt den eklatanten Fachkräftemangel."	GEG	"Herausforderung von beispielloser Dimension" Der Chef des Heizungsherstellers Vaillant Norbert Schiedeck über das Gebäudeenergiegesetz und seine Folgen für die Branche" "Das sogenannte Heiz-Gesetz beschert den Herstellern von Klimatechnik eine dornenreiche Blüte: Zum einen sichert es über Jahre hinaus eine stetig steigende Nachfrage, zum anderen jedoch stellt es die Anbieter vor enorme Herausforderungen, was den Um- und Ausbau ihrer Kapazitäten und die Justierung ihres Geschäftsmodells angeht, den wachsenden Druck internationaler Konkurrenz und nicht zuletzt den eklatanten Fachkräftemangel."	Die Herausforderung ist zu groß	" Die Firma Viessmann meinte, all den Anforderungen nicht gewachsen zu sein und verkaufte ihre Wärmepumpensparte für die spektakuläre Summe von zwölf Milliarden an den US-Konzern Global Carrier."		
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Verlust der Geschäftsgrundlage	" Ab 2030 werden Sie in Europa, Ihrem wichtigsten Markt, kaum noch Gasgeräte verkaufen können. Laufen Sie hier nicht Gefahr, Ihre Geschäftsgrundlage oder wenigstens die halbe zu verlieren?"			Vorbereitet auf radikale Transformation	" Insofern sind wir darauf vorbereitet, dass diese Transformation kommt, wenn auch radikaler, als wir es noch vor wenigen Jahren erwartet haben."		
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Großer Konkurrenzdruck	" In Deutschland ist Vaillant beim Umsatz nur die Nummer drei hinter Viessmann-CARRIER und Bosch. Wie wollen Sie den Angriff der Billiganbieter überleben?"			Fachkompetenz	" Insofern gibt es keine großen Wärmepumpenhersteller in Asien oder Amerika. In einem begrenzten Umfang werden ähnliche Komponenten in Klimageräten und Wärmepumpen eingebaut. Der überwiegende Anteil einer Wärmepumpe besteht jedoch aus hydraulischen Komponenten für Heizung und Warmwasser. Das beherrschen wir und unsere Partner im Fachhandwerk seit Jahrzehnten zuverlässig."		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Kein Zugang zu Alternativen	"Der Haken ist nur, dass es auf dem Markt bisher kaum Gasthermen gibt, die so viel Wasserstoff			Schwindel	" Die angebliche Technologieoffenheit ist also eine Farce. Und die Hoffnung, dass die notorisch		

		verheizen können, wie in ein paar Jahren verlangt wird."				klammen Kommunen ohne Unterstützung des Bundes durch einen großflächigen Ausbau des Fernwärmenetzes viele Familien retten werden, kann man getrost begraben."		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Schlechte Förderung	"Auch die staatliche Förderung löst kein Problem. Denn Geld gibt es nur für die Pumpe, nicht für die Sanierung. Aber letztere ist die eigentliche Kostenfalle."			Unwissenheit der Regierung	"Denn jeder außerhalb des Berliner Regierungsbezirks weiß: Wenig gedämmte Gebäude mit alter Heizungsanlage lassen sich mit Wärmepumpen nicht effizient beheizen."		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Kein Plan für die Strombeschaffung	" Ganz abgesehen davon, dass sich in der Regierung offenbar auch noch keiner Gedanken darüber gemacht hat, woher der von den vielen zusätzlichen Wärmepumpen benötigte Strom überhaupt kommen soll."			Widersinnigkeit	"In dieser Situation das Herausreißen intakter Gasheizungen und ihren Ersatz durch Wärmepumpen staatlich zu subventionieren, wie es das Heizungsgesetz vorsieht, ist absolut widersinnig."		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Schlechte Maßnahmen	" Der Ersatz effizienter Gasheizungen durch ineffizient arbeitende Wärmepumpen in älteren Gebäuden, deren immenser Strombedarf dann zu erheblichen Teilen mit Kohlestrom gedeckt wird, dürfte in Wahrheit Klima und Umwelt schädigen statt schützen."			Gegenteiliges Resultat	" Der Ersatz effizienter Gasheizungen durch ineffizient arbeitende Wärmepumpen in älteren Gebäuden, deren immenser Strombedarf dann zu erheblichen Teilen mit Kohlestrom gedeckt wird, dürfte in Wahrheit Klima und Umwelt schädigen statt schützen."		
Experten sehen große Mängel im Heizungsgesetz	Unklare Aufgabenteilung	" "Die Wärmeplanung als kommunale Pflichtaufgabe heißt nicht, dass auch die anschließende Wärmeversorgung sowie der Netzausbau als solche als kommunale Pflichtaufgabe begriffen wird", heißt es in der gemeinsamen Stellungnahme des deutschen Städtetages, des Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes."			Finanzielle Überforderung	"Dies würde die Möglichkeiten und die Finanzierungskraft vieler Kommunen signifikant überfordern".		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Falscher Fokus	"Dabei gäbe es Sinnvolles zu tun. Seit Jahren baut die Deutsche Bahn Kapazitäten im Güterverkehr ab, im Ergebnis wird immer mehr Verkehr von der Schiene auf die Straße verlagert."					Umgekehrte Herangehensweise	"Wie wäre es, mal den umgekehrten Weg zu versuchen?"

		"Oder im Personenverkehr: Eine heruntergewirtschaftete Bahn, bei der kaum ein Zug pünktlich sein Ziel erreicht, zwingt die Leute geradezu ins Auto."						
Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes	Einflusslosigkeit von Immobilien-Eigentümern	"Diese Vorschrift setzt das Vorhandensein von Brennstoffen voraus, auf die Eigentümer keinen Einfluss haben", kritisiert der Präsident des Eigentümerverbandes Haus & Grund, Kai Warnecke. "	Vorschrift	" Diese Vorschrift setzt das Vorhandensein von Brennstoffen voraus, auf die Eigentümer keinen Einfluss haben", kritisiert der Präsident des Eigentümerverbandes Haus & Grund, Kai Warnecke. "	Schlechte Vorschrift, weil sie Immobilieneigentümer benachteiligt.	" Diese Vorschrift setzt das Vorhandensein von Brennstoffen voraus, auf die Eigentümer keinen Einfluss haben", kritisiert der Präsident des Eigentümerverbandes Haus & Grund, Kai Warnecke. "		
Das Heizungsgesetz bevormundet und macht arm	Falscher Fokus	"Aber auch das kostet. Wären die Wärmepumpen-Milliarden in solchen Investitionen nicht wesentlich sinnvoller angelegt?"					Sinnvolle Investitionen	" Möglichkeiten eröffnet auch die digitale Infrastruktur: Moderne Glasfasernetze bieten nicht nur höhere Geschwindigkeiten als Kupferkabel, sie benötigen auch nur rund zehn Prozent der Energie je übertragenes Gigabyte. Auch ein Ausbau kommunaler Fernwärmenetze und deren Umstellung auf regenerative Energien ist eine gute Idee."
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Wohnraumknappheit	"Die Wohnungs- und Baukrise spitzt sich zu, und im kommenden Jahr dürften nur noch 180.000 von eigentlich 400.000 nötigen neuen Wohnungen fertiggestellt werden. "	Keine Bauunternehmen + keine Grundstücke	"Reihenweise sagen Bauunternehmen ihre Projekte ab, gehen sogar pleite, und selbst kommunale Wohnungsgesellschaften haben kaum noch Möglichkeiten, für neue günstige Wohnungen zu sorgen: Ihnen gehen schlicht die Grundstücke aus."				
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Fehlender politischer Wille	"Der Wille in der Politik, das Bauen zu vereinfachen und im Bestand übermäßig steigende Mieten zu bremsen, ist offenbar nicht vorhanden. Oder hat keine Mehrheit."	Regierungsparteien	"Die Ampel-Regierung stellt zwar mehr Geld für sozialen Wohnungsbau bereit. Doch das reicht nicht, denn ein neues Mietshaus muss sich insgesamt rechnen."	Die Regierung tut nicht genug	"Die Ampel-Regierung stellt zwar mehr Geld für sozialen Wohnungsbau bereit. Doch das reicht nicht, denn ein neues Mietshaus muss sich insgesamt rechnen."	Anreize schaffen	" Bauland freigeben. Bund und Länder könnten über ein Prämiensystem Städte und Gemeinden belohnen, die es schaffen, neue Stadtviertel in kurzer Zeit zu planen - und dabei nachweisen können, dass diese möglichst nachhaltig gebaut und an den Nahverkehr angeschlossen werden."
Wie wir mehr, schneller und günstiger bauen könnten	Rückbau statt Zuwachs	"Zweitens findet in schrumpfenden Landkreisen auch eine Entsiegelung, sprich Rückbau, statt."					Umweltprüfungen vereinfachen	" Neue Flächen sollten mit vereinfachten Umweltprüfungen freigegeben werden, wenn sie in Gebieten mit

								angespanntem Wohnungsmarkt liegen."
Käufer von Wärmepumpen warten weiter ab	Rückgang der Bestellungen von Wärmepumpen	"Seit Januar gehen die Bestellungen zurück."	Stark gestiegene Strompreise	"Der Vorteil der strombetriebenen Wärmepumpe hat sich damit sogar in einen Nachteil verwandelt - die Strompreise sind weiterhin hoch. Entsprechend reagieren die Verbraucher. Seit Januar dieses Jahres dümpeln die Bestellungen für Wärmepumpen vor sich hin. Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) misst das an den Förderanträgen für neue Geräte im Zusammenhang mit der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Geht man allein nach dieser Anzahl der geförderten Geräte, sank der Absatz von Januar bis August um 70 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, wie der Verband am Montag mitteilte."	Verfehlung der eigenen Ziele	"Doch "nun lässt die Nachfrage sehr nach." Rund 500.000 neu eingebaute Wärmepumpen pro Jahr sind das Ziel sowohl der Branche, als auch der Bundesregierung, doch dieses Jahr dürften es nur 350.000 werden. In fast 60 Prozent der Fälle werden wieder Gasheizungen eingebaut, deren Anteil bei Neuinstallationen steigt damit um fast 30 Prozentpunkte."	Forderung nach niedrigeren Energiekosten	"Die Hersteller rufen jetzt nach niedrigeren Energiekosten"

WELT Unklarheits-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Regierungskoalition lockert Regeln beim Heizungstausch	Verunsicherung	"Die Regierungspläne für klimafreundliche neue Heizungen ab dem kommenden Jahr erregen die Gemüter und sorgen für Verunsicherung."	Regierung	"Die Regierungspläne für klimafreundliche neue Heizungen ab dem kommenden Jahr erregen die Gemüter und sorgen für Verunsicherung."				
Regierungskoalition lockert Regeln beim Heizungstausch	Fehlende Förderung	"Viele Details etwa bei der finanziellen Förderung sind noch unklar.(...)"	Regierung	"Wie genau die von der Bundesregierung angekündigte staatliche Förderung der Wärmewende im Heizungsbereich aussieht, ist dagegen bislang noch offen."	Planungssicherheit	"Wie genau die von der Bundesregierung angekündigte staatliche Förderung der Wärmewende im Heizungsbereich aussieht, ist dagegen bislang noch offen."		
Habecks Heizungsgesetz verzögert sich	Offene Fragen	"Es gebe "noch zu viele offene Fragen", sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Markus Lewe (CDU)."	Regierung	"Der Deutsche Städtetag fordert von der Bundesregierung, den Städten und Stadtwerken mehr Spielraum für die kommunale Wärmeplanung."			Mehr Spielraum für kommunale Wärmeplanung	"Der Deutsche Städtetag fordert von der Bundesregierung, den Städten und Stadtwerken mehr Spielraum für die kommunale Wärmeplanung."
Ein Symptom politischer Schwäche	Übermächtige Ampel	"Und um die Risse zu übertünchen, wird im Parlament "Constitutional Hardball" gespielt,			Politische Schwäche	"Wenn ein demokratisch mögliches Verfahren aber für parteipolitische Interessen		

		die Bedenken der Opposition werden durch Ausschöpfung der Ampelmacht überstimmt."				ausgenutzt wird, ist das vor allem eines: ein Symptom politischer Schwäche."		
Rätselraten um die Heizungsno- velle	Unklarheit	"Die Ampel-Frak-tionen wollen dem Gebäude-Energie-Gesetz mit ihren "Leit-planken" eine ganz neue Richtung geben. Doch vieles bleibt unklar"			Unzufrieden-heit über den Zeitaufwand	" Der Plan der Ampelfrak-tionen im Bun-destag zum Umbau des Hei-zungsgesetzes ist aus Sicht von Bun-deswirtschafts-minister Robert Habeck (Grüne) grundsätzlich okay, bis auf eine Kleinig-keit: "Das einzige, was mich nicht zu-frieden ge-macht hat, ist, dass wir für zwei Seiten fünf Tage ge-bräucht ha-ben."		
Rätselraten um die Heizungsno- velle	Unklarheit + offene Fragen	"Doch sie allein sind noch kein Gesetzentwurf - und zentrale Punkte sind unklar, offen für In-terpretationen oder sogar rund heraus wid-ersprüchlich."			Unvollständ-igkeit	"Eine Über-sicht über die größten Un-gereimtheiten zeigt, dass auf den Gesetz-geber in den drei Wochen bis zur Som-merpause noch gewaltiger Klärungsbe-darf wartet."		
Rätselraten um die Heizungsno- velle	Ungewissheit	"Offen bleibt die Frage, was für Orte gilt, GEG in denen die kommunale Wärmeplanung nicht bis 2028 erstellt werden kann: Gilt das Heizgesetz dort sofort - oder nie?"			Gleiches Recht für alle	"Das Wärmepla-nungsgesetz sollte für alle Kommunen gelten. Dabei sollten gerade auch ländliche und dünner besiedelte Ge-biete mit eingeschlossen werden", findet zwar der Bun-desverband der Energie- und Wasser-wirtschaft (BDEW)."		
Rätselraten um die Heizungsno- velle	Unklarheit bei Holzpellets	" Unklar bleibt ebenso, ob es noch eine Regu-lierung bei der Verbrennung von Hackschnit-zeln oder Holzpellets geben wird."			Un-gewissheit	"So weit, so beruhigend für die Biomasse-Fans. Doch für Unsicherheit sorgt ein rätselhafter Satz in den "Leitplanken": "Beim Einsatz von Holz und Pel-lets sind Feh-lanreize zu vermeiden." Was heißt das genau? "		
Rätselraten um die Heizungsno- velle	Wid-ersprüchlich-keit	"Völlig mysteriös wird die neue Umlage zu Lasten der Mieter durch das Versprechen, dass die Hei-zungsförderung des Bundes so hoch ausfallen soll, dass die Mieter "auch unter Berücksichtigung der weiteren			Un-glaubwürdig	"Das klingt nach einer Quadratur des Kreises, die vor der par-lamentar-ischen Som-merpause wohl nur schwerlich gelingen dürfte."		

		Modernisierungsumlage finanziell profitieren" sollen.						
Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes	Unklarheit	" Insbesondere die Wohnungswirtschaft hält das Gesetz weiterhin für sehr praxisfern: "Immer noch sind im überarbeiteten GEG-Entwurf viele Punkte unklar und strittig", sagte Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW."			Unfertig	" Insbesondere die Wohnungswirtschaft hält das Gesetz weiterhin für sehr praxisfern: "Immer noch sind im überarbeiteten GEG-Entwurf viele Punkte unklar und strittig", sagte Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW."		
Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes	Wiederholung des Förderchaos	" Das sorgt insbesondere in der Immobilienwirtschaft für einige Nervosität, denn man erinnert sich dort an das Neubau-Förderchaos mit der KfW im vergangenen Jahr."			Förderkonzept fehlt	" Dem GEG-Entwurf fehlt ein klares, belastbares und mit EU-Beihilferecht abgestimmtes Förderkonzept", kritisiert die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID)."		
Die sechs größten Probleme des Eilgesetzes	Fehlen von Informationen	" "Insbesondere zum Wasserstoff gibt es derzeit nur grobe Schätzungen, wann dieser marktnah und in ausreichender Menge im Verteilnetz zur Verfügung stehen kann", heißt es in der Stellungnahme vom Deutschen Städtetag und anderen Verbänden."					Änderung des Gesetzentwurfs	"Dies könne nicht so bleiben: "
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Verunsicherung durch das GEG	"Herr Schiedeck, der sogenannte Heizhammer sorgte wochenlang für Verunsicherung im Land."			Gesellschaftlicher Konsens über CO2-Reduktion	"Aus meiner Sicht besteht gesellschaftlicher Konsens, die CO2-Emissionen schrittweise zu reduzieren, damit Deutschland bis 2045 klimaneutral wird."	Lange Übergangsfristen & Technologieoffenheit	"Gleichzeitig ist es wichtig, die Verbraucher nicht zu überfordern. Dafür sind längere Übergangsfristen und ein technologieoffener Ansatz erforderlich"

WELT Unklarheits-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Ausnahmen von der Heizungspflicht in der Kritik	Schlechte Regelungen der Regierung	" FDP-Politiker kritisiert Altersgrenze als "willkürlich""	Regierung	" Wenige Tage nach der Einigung innerhalb der Bundesregierung auf einen gemeinsamen Entwurf für das Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) regt sich erster Widerstand in den Ampel-Fraktionen im Bundestag."	Willkür der Regierung	"Die Befreiung von Menschen erst ab 80 Jahren ist vollkommen willkürlich und lässt viele Menschen außen vor, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen	Inklusion aller Rentner	" Er fordert daher, dass die Befreiung nicht an ein konkretes Alter gekoppelt wird, sondern an den Renteneintritt."

<p>Erleichterungen für Senioren beim Heizungstausch</p>	<p>Schlechte Vorschrift</p>	<p>" Im besten Fall war es gut gemeint, als die Ampel-Regierung in den ursprünglichen Entwurf des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) schrieb, dass für Über-80-jährige Wohneigentümer eine Sonderregel gelten sollte, die sie unter Umständen aufgrund ihres Alters pauschal von einem Heizungstausch im Schadensfall befreien sollte."</p>			<p>Unsinnige Regelung</p>	<p>" Der Vorstoß schlug hohe Wellen. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, sagte gegenüber WELT: "Der CO -Ausstoß ist ohne Rücksicht auf das Alter des Besitzers einer Heizung gleich." Zu vermuten, dass 80-Jährige weniger wohlhabend seien als 79-Jährige, sei kaum haltbar. Inzwischen scheinen sich auch die regierenden Parteien darauf verständigt zu haben, dass eine pauschale Ausnahme von Pflichten im Heizungsgesetz allein aufgrund des Alters wenig Sinn ergibt - und haben die Sonderregel im derzeit aktuellen Gesetzentwurf gestrichen."</p>		
---	-----------------------------	---	--	--	---------------------------	--	--	--

WELT Täuschungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
<p>Biomethan kann Gasheizung vor dem Aus retten</p>	<p>Festhalten an der Wärmepumpen-Technologie</p>	<p>" In einem Hintergrundpapier, das WELT vorliegt, stellen die Grünen klar, dass sie die Wärmepumpe weiterhin zur Standardheizung in Deutschland machen wollen, ungeachtet Befürchtungen, gerade im Winter könnte nicht genügend grüne Elektrizität für deren Betrieb zur Verfügung stehen."</p>	<p>Die Grünen</p>	<p>" In einem Hintergrundpapier, das WELT vorliegt, stellen die Grünen klar, dass sie die Wärmepumpe weiterhin zur Standardheizung in Deutschland machen wollen, (...)"</p>	<p>Nicht genügend Elektrizität</p>	<p>" (...) ungeachtet Befürchtungen, gerade im Winter könnte nicht genügend grüne Elektrizität für deren Betrieb zur Verfügung stehen."</p>		
<p>Die wahren Kosten durch die Wärmepumpe</p>	<p>Große Herausforderung beim Heizungsaustausch</p>	<p>"Doch für viele andere Eigentümer wird der Heizungstausch - im Nachgang aber auch für Mieter - eine große Herausforderung."</p>			<p>Ideologische Fixierung</p>	<p>" Der Streit um das Thema ist für Deutschland typisch und nimmt zuweilen fast religiöse Züge an: Es geht viel um Grundsatzfragen und um Emotionen, weniger um konkrete technische Lösungswege und</p>		

						deren Machbarkeit."		
"Herausforderung von beispielloser Dimension"	Verfügbarkeit von Alternativen zu Wärmepumpen	<p>"Grüner Wasserstoff wird voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren für die Beheizung von Gebäuden nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. In sehr eingeschränktem Umfang wäre es denkbar, Fernwärmenetze zu erweitern. Doch hier haben wir es mit vieljährigen Realisierungszeiträumen zu tun. Hinzu kommt, dass Fernwärme derzeit meist mit fossiler Energie erzeugt wird."</p> <p>"Fernwärme ist als leitungsgebundenes System auf eine umfassende Infrastruktur angewiesen. Deren Aufbau ist zeit- und kostenintensiv. Schon die Planung und Genehmigung neuer Fernwärmenetze dürfte in der Regel mehrere Jahre dauern. Deshalb wurde allein für die Planung der kommunalen Wärmeversorgung ein Zeitraum bis 2028 eingeräumt."</p>			Wärmepumpe ist die Lösung	"Die Wärmepumpe ist und bleibt dennoch eine Schlüsseltechnologie für einen klimaneutralen Gebäudesektor."		

WELT gesellschaftlicher Unmuts-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Bürgerschaft streitet über Heizungen	Fehlende Akzeptanz	"Und selbst SPD-Politiker Kienschner sagte, "wirksamer, konkreter Klimaschutz" sei zwar unerlässlich. "Aber dafür brauchen wir Akzeptanz.""					Überarbeitung des GEG	"Das Gebäudeenergiegesetz muss dringend überarbeitet werden."
Man nennt es Demokratie	Unmut über zukünftiger finanzieller Belastungen	"Viele Bürgerinnen und Bürger ärgerten sich über das Hin und Her um das Gesetz, das ihnen in Zukunft womöglich etliche finanzielle Belastungen bescheren würde."	Ablehnung der Regierungspolitik	"Was machen Bürgerinnen und Bürger, die mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind? Sie reichen Petitionen ein - und sie gehen auf die Straße."	Heuchelei	"Selbst da, wo solcher Protest etwa gegen die Nachrüstung in den 80er- Jahren - in seiner Zielrichtung heute als irrig gilt, wird er doch als Beitrag zur Herausbildung einer aktiven Bürgergesellschaft allgemein anerkannt und gewürdigt. Doch bei der Wärmepumpe ist Schluss. Hier findet die Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen ihre Grenze. Wer in dieser Frage der Ampel-Koalition	Einbeziehung der Proteste, in weitere Überlegungen, als Zeichen der Souveränität	"Wenn das alles so kompliziert ist, braucht es die Meinungen und die Expertise aus allen Lagern und Richtungen. Daher sollte Robert Habeck froh sein, wenn ihm in Bayern Bürgerinnen und Bürger auf immer drastischere Weise mitteilen, dass sie schwere Zweifel an seinem Abrakadabra haben. Habeck

						widerspricht, gilt sofort als "rechts" und wird aus dem demokratischen Spektrum ausgesondert. Dass die Veranstalter der Erdinger Kundgebung AfD-Redner abgelehnt haben, tut offenbar nichts zur Sache."		könnte Kundgebungen wie die in Erding auch als kritische Hilfestellung für sein klimapolitisches work in progress verstehen. Das wäre souverän."
Man nennt es Demokratie	Unmut über Politik von oben herab	"Man ärgerte sich über diese etwas dirigistische "Top-down-Politik", die eigentlich so gar nicht zum partizipativen Demokratieverständnis gerade der Grünen zu passen scheint."	Ablehnung der Regierungspolitik	"Was machen Bürgerinnen und Bürger, die mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind? Sie reichen Petitionen ein - und sie gehen auf die Straße."	Heuchelei	"Selbst da, wo solcher Protest etwa gegen die Nachrüstung in den 80er-Jahren - in seiner Zielrichtung heute als irrig gilt, wird er doch als Beitrag zur Herausbildung einer aktiven Bürgergesellschaft allgemein anerkannt und gewürdigt. Doch bei der Wärmepumpe ist Schluss. Hier findet die Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen ihre Grenze. Wer in dieser Frage der Ampel-Koalition widerspricht, gilt sofort als "rechts" und wird aus dem demokratischen Spektrum ausgesondert. Dass die Veranstalter der Erdinger Kundgebung AfD-Redner abgelehnt haben, tut offenbar nichts zur Sache."	Einbeziehung der Proteste, in weitere Überlegungen, als Zeichen der Souveränität	"Wenn das alles so kompliziert ist, braucht es die Meinungen und die Expertise aus allen Lagern und Richtungen. Daher sollte Robert Habeck froh sein, wenn ihm in Bayern Bürgerinnen und Bürger auf immer drastischere Weise mitteilen, dass sie schwere Zweifel an seinem Abrakadabra haben. Habeck könnte Kundgebungen wie die in Erding auch als kritische Hilfestellung für sein klimapolitisches work in progress verstehen. Das wäre souverän."
Man nennt es Demokratie	Unfertiges Gesetz	"Ihn stört einfach das unausgegorene Heizungsgesetz aus dem allmächtigen Hause Habeck."	Habeck	"Ihn stört einfach das unausgegorene Heizungsgesetz aus dem allmächtigen Hause Habeck."	Falsches Demokratieverständnis	"Wer sich vor Protesten wie in Erding fürchtet und sie als rechts, unpassend und illegitim ablehnt, hat nicht verstanden, wie Demokratie funktioniert."	Einbeziehung der Proteste, in weitere Überlegungen, als Zeichen der Souveränität	"Wenn das alles so kompliziert ist, braucht es die Meinungen und die Expertise aus allen Lagern und Richtungen. Daher sollte Robert Habeck froh sein, wenn ihm in Bayern Bürgerinnen und Bürger auf immer drastischere Weise mitteilen, dass sie schwere Zweifel an seinem Abrakadabra haben. Habeck könnte Kundgebungen wie die in Erding auch als kritische Hilfestellung für sein klimapolitisches work in progress verstehen. Das wäre souverän."
Die föderalistische Willkür	Kollision von GEG mit anderen	"Doch als beispielsweise ein Arzt in Berlin im Reihenhaus seiner			Ausschluss von	"Pech für alle, die ein Reihenhaus besitzen und beim		

der Energiewende	Regularien	Schwiegermutter eine Luftwärmepumpe einbauen wollte, stieß er an eine Grenze: nämlich die Grundstücksgrenze. Der Abstand von ihr zur Wärmepumpe muss drei Meter betragen. Beim Arzt waren es nur 2,99 Meter. Die Wärmepumpe durfte nicht eingebaut werden."			Reihenhausbesitzern	Klimaschutz mitmachen wollen."		
Für eine Wärmewende ohne Schrecken	Streitpotenzial	"Von denjenigen, die an den Klimawandel ohnehin nicht recht glauben und alle CO ₂ -Sparbemühungen für überflüssig halten, wird auch das noch als Zumutung empfunden werden. Streit wird es also weiterhin geben."			Nicht gut aber akzeptabel	"Doch wer überzeugt ist, dass man gegen die Gefahr der Erderwärmung nicht nichts machen sollte, für den dürften die neuen Eckpunkte des Heizgesetzes einigermaßen akzeptabel sein."		
Experten sehen große Mängel im Heizungs-Gesetz	Blindheit der Regierungsparteien	"Mit dem Prinzip ‚Augen zu und durch‘ beschädigt die Ampel das Vertrauen in das Parlament, gefährdet die Akzeptanz der Energiewende und verbaut den Weg zu einem breiteren gesellschaftlichen Wärme-Konsens.""			Vertrauensverlust, Akzeptanzverlust	"Mit dem Prinzip ‚Augen zu und durch‘ beschädigt die Ampel das Vertrauen in das Parlament, gefährdet die Akzeptanz der Energiewende und verbaut den Weg zu einem breiteren gesellschaftlichen Wärme-Konsens."		
Das Heizungs-gesetz bevormundet und macht arm	Unwürdigkeit + soziale Rücksichtslosigkeit	"Das parlamentarische Verfahren ist unserer Demokratie unwürdig. Über Wochen hat die Koalition mit ihrer sozialen Rücksichtslosigkeit und ihrem Dilettantismus die Bürger in die Arme der AfD getrieben."	Regierungsparteien	"Das parlamentarische Verfahren ist unserer Demokratie unwürdig. Über Wochen hat die Koalition mit ihrer sozialen Rücksichtslosigkeit und ihrem Dilettantismus die Bürger in die Arme der AfD getrieben."	AfD Zulauf als Resultat	"Das parlamentarische Verfahren ist unserer Demokratie unwürdig. Über Wochen hat die Koalition mit ihrer sozialen Rücksichtslosigkeit und ihrem Dilettantismus die Bürger in die Arme der AfD getrieben."		
Das Heizungs-gesetz bevormundet und macht arm	Spaltung der deutschen Gesellschaft	"Blinder Ökoaktivismus, der dem Klima nichts nützt, aber das Leben der Normalbürger noch teurer macht, spaltet Deutschland."			Ablehnung des GEG	"Die Mehrheit der Menschen will kein Heizungs-gesetz, sondern endlich wieder seriöse Politik."		

B.Z. Verlust-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Existenz Bedrohung	" Was genau kommt da auf mich zu? Muss ich gar raus aus meinem Haus?"	Regierung	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."	Zu langsames handeln	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."	Schnellere Beantwortung offener Fragen	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Zwang der EU	"Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU."	EU	"Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU."				
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Wertverfall	"Experten halten Preisabstürze für möglich!"	Regierung + EU	" Neu eingebaute Heizungen müssen ab Januar 2024 zu 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Hausbesitzern				

				droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU."				
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Wertverfall	"Es könnte bis zu 20 % Preisnachlass geben bei älteren Gebäuden."	Regierung + EU	"Neu eingebaute Heizungen müssen ab Januar 2024 zu 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungszwang der EU." "Wegen schlechter Isolierungen und alter Heizungen drohen hohe Kosten."				
Häuser verlieren wegen Heiz-Hammer an Wert	Wertverfall	"Schon im ersten Quartal ging es runter mit den Preisen: Laut McMakler um 6,2 % im Vergleich zum Vorjahr."	Bauzinsen	"Grund dafür auch: die gestiegenen Bauzinsen."				
Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Bedrohung des individuellen Glücks	"Das eigene Haus ist da: ein Glück. Doch dieses kleine Glück schmilzt gerade dahin - durch die Heiz-Wende."	Heiz-Wende	"Das eigene Haus ist da: ein Glück. Doch dieses kleine Glück schmilzt gerade dahin - durch die Heiz-Wende."	Angriff auf die Altersvorsorge	"Ein Fünftel! Futsch. Ein schwerer Schlag, nicht zuletzt für die sicher geglaubte Altersvorsorge. Hinter der Heiz-Wende verbirgt sich: die plötzliche finanzielle Unsicherheit."		
Jetzt geht es um Existenz-Fragen!	Wertverfall	"Experten sagen voraus, dass gerade kleine Häuser bis zu zwanzig Prozent an Wert verlieren könnten"	Heiz-Wende	"Hinter der Heiz-Wende verbirgt sich: die plötzliche finanzielle Unsicherheit."	Zu langsames handeln	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."	Schnellere Beantwortung offener Fragen	"Die Regierung lässt diese existenziellen Fragen viel zu lange offen."

B.Z. Unklarheits-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Ampel-Wirrwarr um Heizungsverbot	Unklare Regelungen	"Große Verwirrung um das Heiz-Gesetz!"	Michael Kruse + Wirtschaftsministerium	"Bereits eingebaute Gas-Heizungen müssen laut Entwurf schon 2035 raus, so Michael Kruse." "Das Wirtschaftsministerium widerspricht:"	Zustimmung für Kruse	"Ökonom Prof. Jens Schnellbach (50, TU Cottus) gibt Kruse recht:"	Austausch der Gas-Therme	"Wenn mein Netz auf Wasserstoff umgestellt werden soll, brauche ich eine taugliche Gas-therme." Heißt: Die alte muss raus!"
Habeck gibt über-raschendes Heiz-Versprechen	Unklarheit über den Beginn	"Aber wann soll der Heiz-Hammer für sie nun gelten? Weiter unklar!"	Habeck	"Habeck will plötzlich auch eine pragmatische, unbürokratische Härtefallregelung, die dafür sorgt, "dass von niemandem etwas verlangt wird, was er oder sie nicht leisten kann", versicherte er."	Un-glaubwürdigkeit	"Und schließlich: Er nehme die Kritik und die gesellschaftlichen Sorgen vieler "sehr ernst""		

B.Z. Altersdiskriminierungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habecks seltsame Ü-80 Regel	Gefährdung des sozialen Friedens	"Habecks seltsame Ü80-Regel spaltet	Habeck	"Habecks seltsame Ü80-Regel spaltet	Die Regierung riskiert den	"Opposition warnt vor		

spaltet Deutschlands Rentner		Deutschlands Rentner Verfassungsrechtler sehen Willkür bei Öl- und Gas-Heizungen."		Deutschlands Rentner"	gesellschaftlichen Zusammenhalt	"sozialem Unfrieden""		
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner	Erneute Probleme bei der Heizwende	"Neuer Murks-Verdacht bei Habecks Heiz-Wende."	Habeck	"Neuer Murks-Verdacht bei Habecks Heiz-Wende."	Ungerechtigkeit	"Wieso bleiben nur über 80-Jährige verschont von der Umstellungspflicht - und nicht ALLE Rentner?"	Gleichberechtigung aller Rentner	"Auch mit Mitte oder Ende 70 sind die Chancen, von der Bank einen Kredit zu bekommen, nicht größer als mit 80."
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner	Zu niedrige Lebenserwartung	"Die Lebenserwartung deutscher Männer liegt bei 78,5 Jahren!"	Habeck & Regierungsparteien	"Wenn Minister Habeck und die Ampel ihr Heizungsverbot jetzt mit einer Altersgrenze versehen wollen, müssen sie dafür schon eine sehr gute Begründung liefern."	Willkür der Regierung	"Der Plan riecht nach Willkür"	Gleichberechtigung aller Rentner	"Auch mit Mitte oder Ende 70 sind die Chancen, von der Bank einen Kredit zu bekommen, nicht größer als mit 80."
Habecks seltsame Ü-80 Regel spaltet Deutschlands Rentner	Verfassungswidrigkeit	"Andernfalls würde die Altersbeschränkung gegen den Gleichheitssatz im Grundgesetz verstoßen - und wäre damit verfassungswidrig."	Habeck & Regierungsparteien	"Wenn Minister Habeck und die Ampel ihr Heizungsverbot jetzt mit einer Altersgrenze versehen wollen, müssen sie dafür schon eine sehr gute Begründung liefern."	Ungerechtigkeit	"Das ist eine klassische Ungleichbehandlung, die die Verfassung grundsätzlich verbietet."	Gleichberechtigung aller Rentner	"Der eine darf, der andere nicht. Kommen damit nicht massive Nachbarnstreits auf uns zu?"

B.Z. gesellschaftlicher Unmut-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum ist sie so lang?	Zu viel Urlaub für Politiker	"Warum gibt es diesen langen Urlaub dann im Bundestag?"			Un glaubwürdigkeit	"Die offizielle Begründung hört sich so an: "Die Abgeordneten widmen sich in dieser Zeit ihrem Wahlkreis, befassen sich mit Detailfragen, planen Sitzungen und Anhörungen und bereiten Gesetzentwürfe für den Herbst vor." Stimmt das? Wenn dem so wäre, wenn sie also in der Sommerpause gar nicht Urlaub machen, sondern hart arbeiten, dann könnten sie sich ja auch ausführlich mit dem Heizungsgesetz befassen, bevor sie es in Kraft setzen. Dann	Gleichberechtigung	"Es ist an der Zeit, dass die Parlamentarier ihren Urlaub an die Normalbevölkerung angleichen. Sie werden gut bezahlt, dafür sollte man Leistung erwarten."

						könnten sie die unendlich vielen Einwände und Fragen klären, die so ziemlich alle haben, die von diesem Gesetz betroffen sind"		
Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum ist sie so lang?	Privilegierte Berliner Politiker	"Ende April nahm die neue Koalition mit dem Regierenden Bürgermeister Wegner (CDU) ihre Arbeit auf. Zwei Monate später ist sie schon wieder im Urlaub, für acht Wochen."			Zu wenig Leistung bei viel Arbeit	"Hat sie bereits alle Arbeit erledigt? Wohl kaum. Diese Koalition hat wenig Zeit, um ihre Pläne umzusetzen, die nächsten Wahlen stehen schon in drei Jahren an. Kann sie sich lange Sommerpausen leisten?"	Gleichberechtigung	" Es ist an der Zeit, dass die Parlamentarier ihren Urlaub an die Normalbevölkerung angleichen. Sie werden gut bezahlt, dafür sollte man Leistung erwarten."
Brandenburg will Heizungsgesetz stoppen	Verunsicherung der Bevölkerung	" Walter: "Sie machen den Menschen Angst.""			Realitätsfern	"Linke-Chef Sebastian Walter nannte das Gesetz "fernab von der Realität vieler Haushalte und ihrer finanziellen Möglichkeiten". "	Freie Heizungswahl	"Die Freien Wähler forderten die freie Wahl der Heizung."

B.Z. Grüne-Arroganz-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Verfassungs-Richter stoppen Heizgesetz!	Stopp des Gesetzgebungsverfahrens	"Tiefenschlag für Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne)! Das Bundesverfassungsgericht hat die Verabschiedung seines Heiz-Hammers im Bundestag per Eilverfahren gestoppt."	Heilmann	" Auslöser des Stopps: ein entsprechender Antrag des Berliner CDU-Abgeordneten Thomas Heilmann beim Verfassungsgericht."	Schwere Niederlage für Regierung	" CDU-Fraktionschef Friedrich Merz (68) nannte die Richter-Entscheidung eine "schwere Niederlage für die Bundesregierung von Olaf Scholz". "Dem unsäglichen Umgang der Bundesregierung mit dem Parlament und der Öffentlichkeit wurde nun ein Riegel vorgeschoben", so Merz." "CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagt: "Das ist eine schwere Klatsche für die Arroganz-Ampel und ihren respektlosen Umgang mit den Parlamentsrechten	Stopp des GEG	"Die Ampel sollte jetzt in sich gehen und dieses Murks-Gesetz endlich einstampfen."

						und der Öffentlichkeit."		
Heilmann führt Ampel-Regierung vor	Stopp des Gesetzgebungsprozesses	"Kurz nach halb zehn blinken die ersten Handys. Eilmeldung! Karlsruhe stoppt das Heiz-Gesetz!"	Karlsruhe (Bundesverfassungsgericht)	"Kurz nach halb zehn blinken die ersten Handys. Eilmeldung! Karlsruhe stoppt das Heiz-Gesetz!"	Schlechte Stimmung + Krise	" Die Stimmung beim SPD-Fest im Tipi am Kanzleramt: im Keller. Kanzler Olaf Scholz (65, SPD) zieht sich mit SPD-Chefs, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (55, SPD) in ein Seeparee zurück. Krisensitzung!"		
Die Grüne Arroganz nervt!	Arroganz	" Nun haben Richter Habeck gebremst. Und was sagt der Wirtschafts- und Selbstschutzminister lächelnd? "Kein Beinbruch ...""	Habeck	" Nun haben Richter Habeck gebremst. Und was sagt der Wirtschafts- und Selbstschutzminister lächelnd? "Kein Beinbruch ...""	Abgehoben	"Geht's noch abgehobener?"	Entschuldigen und Verhalten anpassen.	" Fehler können passieren, keine Frage. Normalerweise entschuldigt man sich danach, ändert sein Verhalten - und weiter geht's."
Die Grüne Arroganz nervt!	Keine Einsicht	"Habeck und seine Grünen haben ein Problem damit, Fehler einzugestehen. Fast in Trump-Manier suchen sie die Schuld gerne woanders.	Habeck & Die Grünen	"Habeck und seine Grünen haben ein Problem damit, Fehler einzugestehen. Fast in Trump-Manier suchen sie die Schuld gerne woanders.	Fehlende Selbstreflexion	" Beim Heiz-Hammer führen angeblich Lobbygruppen, die "Rechte", die CDU, die FDP eine Kampagne gegen das Gesetz. Auf die Idee, dass Habecks erste Entwürfe schlicht Murks waren, kam bei den Grünen wohl niemand."	Entschuldigen und Verhalten anpassen.	" Fehler können passieren, keine Frage. Normalerweise entschuldigt man sich danach, ändert sein Verhalten - und weiter geht's."
Die Grüne Arroganz nervt!					Fehlende Selbstreflexion	"Was echt nervt, ist: ständig zu glauben, man mache alles richtig. Und schuld an eigenen Fehlern seien andere. Solch ein Verhalten ist einer Regierungspartei unwürdig."	Entschuldigen und Verhalten anpassen.	" Fehler können passieren, keine Frage. Normalerweise entschuldigt man sich danach, ändert sein Verhalten - und weiter geht's."

B.Z. Umsetzbarkeit-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habecks Zeitplanung stiftet mehr Schaden als Nutzen	Umsetzbarkeit	"Und viele Probleme sind nicht geklärt: Gibt es genug Installateure? Was ist mit den Menschen, die sich keine Wärmepumpe leisten können?"			Unrealistisch	"Ein Einbauverbot ab 2024 ist nicht realistisch."	Konsolidierung der Immobilienwirtschaft, längere Übergangsfristen	Dass sich der Minister dringend mit der Bau und Wohnungswirtschaft, den Heizungsmonitoren und der Energiewirtschaft zusammensetzt und prüft: Bis wann schaffen wir welches Ziel? Es ist ganz klar: Wir brauchen beim Umbau des Wärmesystems längere und damit realistischere Übergangsfristen."
Habecks Zeitplanung stiftet mehr Schaden als Nutzen	Hohe Energiekosten gefährden die Wirtschaft	"Problem eins: Deutschland hat sehr viel energieintensive					Reduzierung des Strompreises für Unternehmen	"Wir müssen uns um diese Gefahr massiv kümmern."

		Industrie: Chemie, Glas, Stahl, Beton. Die stellen gerade fest: Die Energiepreise sind so hoch, dass die Firmen nicht wettbewerbsfähig produzieren können. Problem zwei: Die hohen Energiekosten gefährden die Ansiedlung von Zukunftstechnologien wie der Batteriezellproduktion. 80 Prozent der Projekte sind gefährdet. Da geht es um Milliarden-Investitionen, die uns verloren gehen können."						"Bis wir eine günstige Energieversorgung aus Erneuerbaren haben, muss der Staat den Unternehmen helfen. Wer in Deutschland investiert, dem müssen wir einen niedrigen Industriestrompreis garantieren."
Habecks Zeitplanung stiftet mehr Schaden als Nutzen	Umsetzbarkeit	"Es ist also richtig, dass Habeck dieses Problem anpackt. Aber das Vorgehen ist das Problem. Seine Zeitplanung ist nicht realistisch und stiftet am Ende mehr Schaden als Nutzen"	Habeck	"Es ist also richtig, dass Habeck dieses Problem anpackt. Aber das Vorgehen ist das Problem. Seine Zeitplanung ist nicht realistisch und stiftet am Ende mehr Schaden als Nutzen"	Unrealistisch	"Ein Einbauverbot ab 2024 ist nicht realistisch."	Konsolidierung der Immobilienwirtschaft, längere Übergangsfristen	Dass sich der Minister dringend mit der Bau und Wohnungswirtschaft, den Heizungsmonitoren und der Energiewirtschaft zusammensetzt und prüft: Bis wann schaffen wir welches Ziel? Es ist ganz klar: Wir brauchen beim Umbau des Wärmesystems längere und damit realistischere Übergangsfristen."
Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum ist sie so lang?	Unfertiges Gesetz	" Die Arbeit am Heizungsgesetz ist nicht getan, nicht erledigt. "Wir hätten uns mehr Zeit nehmen müssen", sagte sogar Wirtschaftsminister Habeck."	Habeck + SPD + Grüne + FDP	"Dennoch hat weder er selbst, noch haben SPD, Grüne und FDP die Arbeit zu Ende geführt."	Fassungslosigkeit	"Sie verabschieden ein unfertiges Gesetz. Da steht man fassungslos davor."		
Brandenburg will Heizungsgesetz stoppen	GEG	"Im Potsdamer Landtag übten die meisten Abgeordneten gestern harsche Kritik am Heizungsgesetz."			Schlechtes Umsetzung	"Richtig schlecht gemacht" nannte CDU-Chef Jan Redmann das nachgebesserte, aber lückenhafte Regelwerk, das der Bundestag schon verabschiedet hat."		
Brandenburg will Heizungsgesetz stoppen	Unklarheit über Verständnis & Kontrolle	"Beermann warnte: "Das Gesetz enthält 29 verschiedene Fristen für den Austausch von			Schlechtes Umsetzung	"Das Gesetz sei "traurig und völlig verpatzt". "		

		Heizungsanlagen. Es bleibt unklar, wie das verstanden und vor allem kontrolliert werden soll." "						
--	--	--	--	--	--	--	--	--

B.Z. private Überforderung-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Habeck Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge	Gefährdung der Altersvorsorge	"Für Millionen Deutsche ist das Eigenheim nicht nur Zuhause, sondern auch Basis ihrer Altersvorsorge. Doch die wird durch Habecks Heiz-Hammer gefährdet, warnen Experten!"	Habeck	"Für Millionen Deutsche ist das Eigenheim nicht nur Zuhause, sondern auch Basis ihrer Altersvorsorge. Doch die wird durch Habecks Heiz-Hammer gefährdet, warnen Experten!"	Zwangsverkauf	"Viele Menschen wären schlimmstenfalls gezwungen, ihr Haus zu verkaufen", so Warnecke."		
Habeck Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge	Gefährdung der Altersvorsorge	"Auch Bernd Raffelhüschen, Experte für Alterssicherung, warnt vor massiven Eingriffen in die Altersvorsorge. Sie treffe vor allem den kleinen Häusle-Besitzer."	Heiz-Hammer	"Durch den Heiz-Hammer wird das Eigenheim hier zur Kostenfalle!"	Kostenfalle	"Durch den Heiz-Hammer wird das Eigenheim hier zur Kostenfalle!"		
Habeck Heiz-Hammer zerstört Altersvorsorge	Gefährdung der Altersvorsorge	"Finanzielle Lebensplanungen werden mutwillig und ohne Rücksichtnahme durchkreuzt", kritisiert CDU-Rechtsexperte Günter Krings (53) die Habeck-Pläne."	Habeck	"Finanzielle Lebensplanungen werden mutwillig und ohne Rücksichtnahme durchkreuzt", kritisiert CDU-Rechtsexperte Günter Krings (53) die Habeck-Pläne."				
TOPEX-PERTE wirft Habeck "ÖKO-DIKTATUR" vor	Zu hohe Kosten	"Wohnen und Klimaschutz - bleibt beides wirklich bezahlbar? Millionen Deutsche fürchten: Nein!" "Viele Eigentümer sorgen sich deshalb, dass sie sich Wohnung oder Häuschen nicht mehr leisten können."	Heizungs-Verbote & EU Zwangssanierung	"Denn klar ist: Heizungs-Verbote (will die Regierung) und Zwangssanierung (will EU) werden richtig teuer. Experten taxieren die Kosten bis 2045 auf rund 1000 Milliarden Euro!"				
Würde sich das Klima ändern, wenn Gasund Ölheizungen verboten sind?	Verunsicherung	"Das geplante Heizungsverbot sorgt für große Verunsicherung."	Habeck	"So will es der Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)."	Zu großer finanzieller Aufwand	"Man fürchtet, dass die Menschen überfordert werden und sich die Systeme mit Wärmepumpen nicht leisten können."		
Würde sich das Klima ändern, wenn Gasund Ölheizungen verboten sind?	Gefährdung der Altersvorsorge	"Und für diese praktisch nicht erkennbare Wirkung stellt man das ganze Land auf den Kopf. Millionen Eigentümer und Mieter sehen ängstlich auf ihr Konto. Wer sich ein eigenes Dach über dem Kopf als Altersvorsorge erspart hat, der verliert alles, wenn er sich die neue			Unverhältnismäßigkeit	"Jedes Augenmaß geht verloren. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit wird vollkommen missachtet. Hemmungslos greift man in das Eigentum ein, im Namen der Rettung der Welt, die dadurch aber gar nicht gerettet wird."	Verhinderung des GEG	"Das Gebäudeenergiegesetz muss nicht "nachgebessert" werden, wie es die FDP fordert. Es darf überhaupt nicht in Kraft treten."

		Heizung nicht leisten kann."						
Brandenburg will Heizungsgesetz stoppen	Un- genügende Förderung	"Die Höchstförderung gibt es nur bis 40 000 Euro Haushaltseinkommen", sagte er."			Sozial un- gerecht	"Woidke: "Sozial un- gerecht!"		

B.Z. Regulierungs-Frame

Titel	Problemdefini- tion	Zitat Prob- lemdefinition	Ursa- chenzuschreibung	Zitat Ursa- chenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat mor- alische Bew- ertung	Handlungs- empfeh- lung	Zitat Hand- lungs- empfehlung
TOPEX- PERTE wirft Habeck "ÖKO-DIK- TATUR" vor	Regulierung	"Frondel zur B.Z.: "Deutschland ist auf dem Weg in die Öko-Diktatur." "Konkret kritisiert Fron- del, das Ver- bot sei "ein unzulässiger Eingriff in die Eigen- tumsrechte"	Habeck	"Frondel zu B.Z.: "Deutschland ist auf dem Weg in die Öko-Dik- tatur. Ich bin entsetzt über die Pläne von Robert Habeck zum Hei- zungsverbot."	Entsetzen	"Frondel zu B.Z.: "Deutschland ist auf dem Weg in die Öko- Diktatur. Ich bin entsetzt über die Pläne von Robert Habeck zum Heizungsver- bot."		
TOPEX- PERTE wirft Habeck "ÖKO-DIK- TATUR" vor	Regulierung	"Ab 2025 werden die Vorgaben laut Frondel verschärft - damit noch weniger Dreck in die Luft kommt."	Habeck	"Fazit des Ex- perten: Das von Habeck ge- plante Heizungs- Verbot ab 2024 ist "unnötig!"	Unnötig	"Fazit des Ex- perten: Das von Habeck geplante Hei- zungs-Verbot ab 2024 ist "unnötig!"		
Verheizt die Regierung fröhlich unser Geld fürs Klima?	Staatliche Bevormundung	" Wirtschafts- minister Robert Habeck (53, Grüne) will Gas und Ölheizungen verbieten."	Habeck	" Wirtschafts- minister Robert Habeck (53, Grüne) will Gas und Ölheizungen ver- bieten."	Gefährdung der gesellschaftlichen Akzeptanz	"Alexander Dobrindt (52), CSU-Chef im Bundestag: "Mit ihrer Ver- botsorgie ge- fährden die Grünen den Rückhalt für den Klimaschutz." "	Abwrack- prämie	"Dobrindt fordert stattdessen Anreize wie eine Abwrack- prämie."
Häuser ver- lieren wegen Heiz- Hammer an Wert	Zwang der EU	"Hausbe- sitzern droht zudem über kurz oder lang der Sani- erungszwang der EU."	EU	"Hausbesitzern droht zudem über kurz oder lang der Sanierungs- zwang der EU."				
Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen!	Bevormundung durch Habeck	"Mit dem Heiz- Ham- mer- Gesetz will Robert Habeck (53, Grüne) den Bundesbü- rger vorschreiben, wie sie künftig heizen sol- len!"	Habeck	"Mit dem Heiz- Hammer- Gesetz will Robert Habeck (53, Grüne) den Bun- desbürgern vorschreiben, wie sie künftig heizen sollen!"				
Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen!	Meldeverpflich- tung	"Bedeutet: Eigen- tümer bzw. Mieter müssen den exakten Heizund Stromver- brauch melden. Für JEDES Haus!"	Habeck + Geywitz	"Außerdem for- dert Habeck und Geywitz die Kom- munen auf: Sie sollen "Informatio- nen zum Gebäude" erfas- sen, "mindestens zur Lage (Adresse oder amtliche Liegenschaftsbez- eichnung), zur Nutzung, zum Baujahr sowie zu geschützter Bau- substanz (z. B. Denkmalschutz)". "	Zu großer Aufwand	" Ein Mega- Aufwand!"		
Das wollen Grüne und SPD über Ihre Heizung wissen!	Drakonische Strafen für Kommunen bzw. Versorger	"Und wenn nicht? Dann drohen satte Strafen!"			Zu hohe Strafen	"Wer nach 2045 noch Öl oder Gas durch seine Leitungen jagt, muss sogar bis zu einer Million		

						Euro Strafe bezahlen."		
Die wichtigsten Fragen zum zweiten "Heiz-Hammer"	Willkürliche Datensammlung, Ausforschung der Bürger und risieger Bürokratieaufwand	"ABER: "Der Gesetzentwurf führt zu willkürlicher Datensammlung, Ausforschung der Bürger und einem riesigen Bürokratie-Aufwand"."	Habeck & Geywitz	"Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) und Bauministerin Klara Geywitz (47, SPD) wollen die Wärmeplanung schnell vorantreiben, bevor das geplante Heiz-Gesetz (u. a. Gasheizungsverbot) greift."	Willkürlichkeit	"Braucht der Staat dafür unsere Daten? Nein! Für Kodim ist der Fehler des Gesetzes, dass für jedes Gebäude alle Daten abgefragt werden sollen."		
Die wichtigsten Fragen zum zweiten "Heiz-Hammer"	Staatlicher Zwang	" "Man öffnet den Kommunen die Tür, alles zu durchleuchten. Das kann in einem Anschlusszwang münden", sagt die Expertin."	Habeck & Geywitz	"Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) und Bauministerin Klara Geywitz (47, SPD) wollen die Wärmeplanung schnell vorantreiben, bevor das geplante Heiz-Gesetz (u. a. Gasheizungsverbot) greift."				
Würde sich das Klima ändern, wenn Gasund Ölheizungen verboten sind?	Keine Auswirkung auf das Klima	" Der Effekt der deutschen "Heizungswende" auf das Klima wäre so gering, dass man ihn statistisch nicht von einer zufälligen Schwankung unterscheiden könnte."			Unverhältnismäßigkeit	"Jedes Augenmaß geht verloren. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit wird vollkommen missachtet. Hemmungslos greift man in das Eigentum ein, im Namen der Rettung der Welt, die dadurch aber gar nicht gerettet wird."	Verhinderung des GEG	"Das Gebäudeenergiegesetz muss nicht "nachgebessert" werden, wie es die FDP fordert. Es darf überhaupt nicht in Kraft treten."
Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum ist sie so lang?	Staatlicher aufgezeigte Kosten	"Eigentümer sollen mit diesem Gesetz gezwungen werden, Heizsysteme einzubauen, die als "klimafreundlich" gelten, auch wenn sie sehr teuer sind."	Habeck	"Der zuständige Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) legte das Gesetz erst am vergangenen Freitag vor. "	Zu viele offene Fragen	"Es umfasst 111 Seiten und lässt viele Fragen offen."		
Bei Wärmepumpe starten oder warten?	Schnelle Umsetzung von Förderkonzepten	" Jetzt ist die Regierung in der Pflicht, ein neues Förderkonzept für Wärmepumpe und Co. umzusetzen - fällig bis 30. September."	Regierung	" Jetzt ist die Regierung in der Pflicht, ein neues Förderkonzept für Wärmepumpe und Co. umzusetzen - fällig bis 30. September."			Abwarten	" Wer aber von allen Boni profitiert oder eine bislang nicht geförderte Heizanlage plant, ist besser beraten zu warten, bis die neuen Zuschüsse amtlich sind. Voraussichtlich Anfang Oktober. "
Bauministerin klagt über zu viele Klimaschutz-Regeln beim Bau	Zu viele Vorschriften	"Jetzt gehen die Klimavorschriften am Bau schon der Regierung zu weit!"	GEG	"Bei einer Fachtagung zum Thema "Bauwende" knöpfte sich Bauministerin Klara Geywitz (47, SPD) das Gebäudeenergiegesetz (GEG) vor, das die Ampel kürzlich um das Heiz-Gesetz ergänzt hatte.	Zu viele Vorschriften zu mächtiges Gesetz	" Die Ministerin beklagte zu viele Einzelregeln ("Dämme mal bitte das Rohr, dämme mal bitte die Kellerdecke, dämme mal bitte dieses und jenes") und sagte, sie glaube, "dass ganz viele Hausbesitzer gar nicht wissen, dass sie jeden Tag mit	Handlungsaufforderung an die Bauministerin	"CSU-Experte Michael Kießling (50) kritisiert, dass Geywitz zwar das Problem erkenne, aber nichts daran ändern will."

						ihrem Haus gegen das GEG verstoßen". Weiter kritisierte sie ein "richtig mächtiges Werk", das "den einen oder anderen in der Anwendung wirklich zur Verzweiflung treibt".		
--	--	--	--	--	--	---	--	--

B.Z. Täuschungs-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Löst sich Habecks Förder-Verprechen in heiße Luft auf?	Täuschung	"Heißt: Ab 2024 könnten Häuschen-Besitzer z. B. beim Einbau einer Wärmepumpe (bis zu 25 000 Euro) auf den Kosten sitzen bleiben. Obwohl Habeck etwas anderes verspricht."	Habeck	"Obwohl Habeck etwas anderes verspricht."	Unrealistisch	"Steuerzahler-Chef Reiner Holznagel (46) warnt Habeck: "Hier werden Hoffnungen geschürt, die später nicht eingehalten werden können.""	Gesetzesänderung	" Kai Warnecke (50), Chef von Haus& Grund, fordert eine Änderung des Haushaltsrechts: "Der Bund muss zumindest fördern, was er von den Eigentümern gesetzlich fordert.""
DIESE Tücken stecken im Heiz-Gesetz	Täuschung der Verbraucher	" Der Verband Haus & Grund sieht ihn als Verbot von Öl und Gas-Heizungen durch die Hintertür! Präsident Kai Warnecke sagte: "Technologische Offenheit ist in der Theorie gegeben - aber in der Praxis gibt es überwiegend nur eine Lösung: Dämmung und Einbau einer Wärmepumpe."	Habeck & Regierungsparteien	"Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) hat seinen Gesetzentwurf für die Heiz-Wende vorgelegt."	Fehlende staatliche Unterstützung	"Die Ampel macht bei der Technologieoffenheit Etikettenschwindel und lässt die Menschen mit ihren Sorgen wegen der hohen Kosten allein"	Mehr Förderung statt Forderung	"Bei neuen Pflichten ist sich die Ampel einig, bei konkreter Förderung gibt es nur dichten Nebel."

B.Z. Regierungsstreit-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Gefährdung der Regierungskoalition	"Der Streit um den Heiz-Hammer droht die Regierung zu sprengen!"	Habeck	" Für Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) wird sein Heizungsgesetz zur Bewährungsprobe für die Ampel."	Anzweiflung der Koalition	" In internen Grünen-Runden erklärte Habeck nach B.Z.-Informationen: Entweder sein Heizungsgesetz komme wie geplant - oder man müsse ernsthaft darüber diskutieren, ob die Koalition in der bisherigen Form noch Sinn macht."		
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Wut auf die FDP	"Auch öffentlich lassen die Grünen ihre Wut über die FDP raus."	FDP	"Auslöser: Die Liberalen verhiinderten, dass der Bundestag ab dieser Woche über das Heizungsgesetz berät."	Wortbruch	" Habeck warf der FDP deshalb "Wortbruch" vor." "Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic (46) be-zichtigte die FDP, sich "wie		

						eine Opposition mit Ministerämtern" aufzuführen."		
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Unzufriedenheit mit FDP & Grünen	" Die SPD-Fraktion von Kanzler Olaf Scholz (64) ist nach all dem Hickhack auf BEIDE Koalitionspartner sauer."	FDP & Grüne	"Der FDP unterstellt die SPD: Sie wolle nur wegen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern das Gesetz auf Herbst verschieben. Und von den Grünen ist die SPD genervt: Der Wortbruch-Vorwurf sei eine völlig unnötige Eskalation."				
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Grün vs. Grün	" Und nun "kämpft" auch noch Grün gegen Grün: Ba.-Wü.-Ministerpräsident Winfried Kretschmann (75, Grüne) äußert Zweifel am Zeitplan des Heiz-Gesetzes seines Parteikollegen Habeck:"	Kretschmann	" Und nun "kämpft" auch noch Grün gegen Grün: Ba.- Wü.- Ministerpräsident Winfried Kretschmann (75, Grüne) äußert Zweifel am Zeitplan des Heiz-Gesetzes seines Parteikollegen Habeck:"			Überprüfung der zeitlichen Umsetzbarkeit	"Ich würde dem Minister und seinem Haus empfehlen, das noch mal genau zu klären, ob es in dieser Zeit auch wirklich umsetzbar ist", so Kretschmann."
Ist das noch Koalition oder kann das weg?	Regierungskrise	"Die Krise ist so dramatisch, dass jetzt die Rettungsaktion für die Ampel anläuft."					Problemlösung	"Scholz machte dabei klar: Löst das Problem in den nächsten drei Wochen!"
Spielt die FDP ein FALSCHES SPIEL?	Streit zwischen Koalitionspartnern	"Kein Tag ohne neuen Ampel-Zoff um den Heiz-Hammer von Robert Habeck (53, Grüne)!"	Habeck + GEG	"Kein Tag ohne neuen Ampel-Zoff um den Heiz-Hammer von Robert Habeck (53, Grüne)!"	Unentschlossenheit	"Auffällig: FDP-Chef Christian Lindner (44) und seine Partei fahren mächtig zickzack. Sie stimmen zu, lehnen ab, stimmen zu, lehnen ab... Spielt die FDP beim Heiz-Hammer ein falsches Spiel?"	Vermeidung eines Image-Schadens	"Doch Meinungsforscher Hermann Binkert (58, INSA) warnt: "Die FDP muss aufpassen, nicht als alleiniger Störenfried abgestempelt zu werden.""
Habecks Heiz-Hammer soll erst 2028 kommen	GEG	" Die Ampel-Koalition hat sich auf Eckpunkte bei dem umstrittenen Gesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) geeinigt."	Habeck	" Die Ampel-Koalition hat sich auf Eckpunkte bei dem umstrittenen Gesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) geeinigt."	Abwendung einer Demütigung	"Scholz hat damit eine Demütigung für sich und Habeck abgewendet."		
Verfassungs-Richter stoppen Heizgesetz!	Frust der Koalitionspartner	" Frust dagegen bei SPD und Grünen."			Sturmköpfigkeit	"Aus der FDP hieß es, nun bekomme Habeck die Quittung dafür, dass er mit "dem Kopf durch die Wand" gewollt habe."		
Verfassungs-Richter stoppen Heizgesetz!	Furcht vor Sonder-sitzung	"Erste Stimmen warnen nun vor eine Sonder-sitzung des Bundestags während der Sommerpause."			Keine Grund-lage	" Der FDP-Politiker Frank Schäffler: "Der Respekt vor dem Verfassungsgericht verbietet es, dass man wegen so eines Gesetze jetzt in der Sommerpause eine Sonder-sitzung macht. Dafür gibt es		

						keine Grundlage""		
Heilmann führt Ampel-Regierung vor	Peinlichkeit für die Regierungsparteien	"Die Regierung: über-rumpelt und bloßgestellt. Das Protokoll der peinlich-sten Stunden der Ampel"	Karlsruhe (Bun-des-verfas-sungsgericht)	"Diese Heiz-Klatsche aus Karlsruhe hat gesessen - das sieht man auch am Tag danach!" Gestern Vormit-tag, Bundestag: lange Gesichter, tiefe Augenringe, mür-rische Mienen. Wirtschafts-minister Rob-ert Habeck (53, Grüne) telefo-niert angestrengt. Auf den blauen Bun-destags-sesseln in einer hinteren Reihe: die SPD-Chefs Saskia Esken (61), Lars Klingbeil (45) und Parteigeneral Kevin Kühnert (34). Erschöpft, rat-los. Auf der Regierungsbank ein müder Chris-tian Lindner (44, FDP). Katerstim-mung in der Ampel. Die selbst eman-nete Fortschrittsko-alition: in Trümmern!"	Mürrisch, rat-los, erschöpft, müde			
Heilmann führt Ampel-Regierung vor	Streit um Sonder-sitzung	" Gegen 23 Uhr: Krisen-gipfel der Ampel-Spitzen. Die Stim-mung: aufge-laden. Die Grünen schieben Frust, fordern die Sonder-sitzung. Die FDP sagt: Nein! Donnerstag, 7.20 Uhr: Im "Deutsch-landfunk" hält sich Grünen-Frak-tionschefin Britta Haßel-mann (61) eine Sonder-sitzung Ende Juli offen, steht fast al-leine da. Scholz, Lind-ner und deren Frak-tionschefs: dagegen."			Rückschlag für die Grün-ten	"Die Grünen einmal mehr geschlagen."		
Brandenburg will Hei-zungsgesetz stoppen	Streit über GEG war förderlich für AfD	" Der Ärger über das neue Hei-zungsgesetz hat die AfD in Brandenburg auf 32 Pro-zent kata-pultiert."	Die Grünen	"Doch auch die anderen Parteien lehnen das Regel-werk der Bun-desregierung ab - bis auf die Grün-ten."				

B.Z. Einsichts-Frame

Titel	Prob-lemdefini-tion	Zitat Prob-lemdefini-tion	Ursa-chenzuschreibung	Zitat Ursa-chenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungs-empfeh-lung	Zitat Hand-lungsempfeh-lung
Habeck hat endlich verstanden!	Rücksicht-losigkeit	"Trotz mas-siver Kritik peitschte er das Gesetz	Habeck	"Über Monate hielt Robert Habeck un-verdrossen an	Lob für die Ein-sicht	" Jetzt lenkt Habeck erst-mals ein und zeigt: Er hat of-fensichtlich	Klärung al-ler offenen Fragen ohne Zeitdruck	"Daher muss nun eine ehrl-iche Bestand-saufnahme her: Was ist

		durchs Kabinett.		seinem Heiz-Hammer fest."		doch ein Ohr für die Ängste der Menschen, die Sorgen der Kommunen, die Bedenken vieler Experten. Richtig so!"		wirklich bezahlbar? Wie gelingt, dass künftig nicht nur mit Wärmepumpen geheizt werden kann? Die Ampel-Koalition sollte sich mit ihren Beratungen ausreichend Zeit lassen. Ein weiteres Murks-Gesetz ist Mietern und Eigentümern nicht zuzumuten."
Habeck gibt überraschendes Heiz-Verprechen	Späte Einsicht	"Kaum ist sein wichtigster Berater Patrick Graichen wegen der Filz-Affäre weg, zeigt sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plötzlich zu wichtigen Änderungen bei seinem umstrittenen Heiz-Gesetz bereit."	Habeck	"Kaum ist sein wichtigster Berater Patrick Graichen wegen der Filz-Affäre weg, zeigt sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plötzlich zu wichtigen Änderungen bei seinem umstrittenen Heiz-Gesetz bereit."	Un-glaubwürdigkeit	"Und schließlich: Er nehme die Kritik und die gesellschaftlichen Sorgen vieler "sehr ernst" ..."		
Vergeigt das Heiz-Gesetz nicht nochmal!	GEG	"Heiz-Hammer?"	Habeck	War einmal. Olaf Scholz und Christian Lindner haben Robert Habecks Heiz-Hammer zum Hämmerchen geschrumpft."	Vernunft + Unfähigkeit der Grünen Bürger für dumm verkauft Unehrllichkeit Fehler-Reflektion	"Ein Sieg gelb-roter Vernunft! Nun kann gelingen, was die Grünen allein nicht hingekriegt hätten: mehr Klimaschutz - zu einem vernünftigen Preis." " 1. Die Kopf-durch-die-Wand-Politik funktioniert nicht. Die Bundesbürger mögen nicht, wenn man versucht, sie für dumm zu verkaufen. 2. Politische Glaubwürdigkeit erwirbt man nicht durch Reden, sondern Taten. Wer Bürgern für Klimaschutz horrenden Kosten aufbrummen will, zugleich aber AKW ab- und dreckige Kohlekraftwerke anschaltet, handelt unehrlich. 3. Für eigene Fehler ist man selbst verantwortlich - niemand sonst!"	Chance wahrnehmen	" Sie sollten diese Chance nicht verpassen."

B.Z. Eile-Frame

Titel	Problemdefinition	Zitat Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Zitat Ursachenzuschreibung	Moralische Bewertung	Zitat moralische Bewertung	Handlungsempfehlung	Zitat Handlungsempfehlung
Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum	Zu wenig Zeit & Verachtung der Regierung gegenüber	"Am Montag wurden dazu Experten angehört, aber nur zwei Stunden lang. Nun bleibt			Hasst wegen Urlaub + Privilegierte Politiker	" Das alles geschieht nur, weil die Sommerpause bevorsteht. Am Freitag		

ist sie so lang?	Wählern & Parlament	den Abgeordneten des Bundestages überhaupt keine Gelegenheit mehr, um das Gesetz zu ändern, dafür reicht die Zeit bis Freitag lange nicht. Ausgerechnet das Heizungsgesetz, das so tief in das Privatvermögen eingreift und Millionen Menschen in diesem Land zutiefst verunsichert, wir in einer Art und Weise durch den Bundestag gepeitscht, die schon an eine Verachtung der Wähler und des von ihnen gewählten Parlamentes grenzt."				gehen alle 736 Abgeordnete des Deutschen Bundestages in den Urlaub. Sie kommen erst am 4. September wieder, also acht Wochen später. Wer hat so viel Sommerurlaub bei voller Bezahlung? Kaum einer."		
Hektik im Bundestag vor der Sommerpause, aber warum ist sie so lang?	Unwahrheit	"Aber das tun sie nicht. SPD, Grüne und FDP behaupten, sie müssten das Gesetz im Schnelldurchlauf verabschieden, damit die Menschen nicht bis zum Herbst im Unklaren bleiben. Das klingt zynisch, denn die Unklarheit kommt ja eben dadurch zustande, dass das Gebäudeenergiegesetz so viele Fragen offen lässt."			Zynismus + privilegierte Politiker	"Aber das tun sie nicht. SPD, Grüne und FDP behaupten, sie müssten das Gesetz im Schnelldurchlauf verabschieden, damit die Menschen nicht bis zum Herbst im Unklaren bleiben. Das klingt zynisch, denn die Unklarheit kommt ja eben dadurch zustande, dass das Gebäudeenergiegesetz so viele Fragen offen lässt." "Das gilt in jedem Betrieb. Nur im Bundestag nicht."	Arbeit fertigstellen	"Wenn die Arbeit nicht getan ist, muss man weiterarbeiten und Überstunden machen. Das wissen alle, die wollen, dass ihre Arbeit gelingt."
Die Grüne Arroganz nervt!	Übereiltes Gesetzgebungsverfahren	"Monatelang machten Robert Habeck und die Grünen Druck, das Heiz-Gesetz per Turbo durch den Bundestag zu peitschen."	Habeck & Die Grünen	"Monatelang machten Robert Habeck und die Grünen Druck, das Heiz-Gesetz per Turbo durch den Bundestag zu peitschen."				

Ich versichere, die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt zu haben. Die aus anderen Werken entnommenen Stellen oder dem Sinn nach entlehnten Passagen sind durch Quellenangabe kenntlich gemacht.

Hamburg, den _____

Unterschrift _____